

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

SPW - 43



SPORT POLITIK UMWELT

Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretariat: Christina Hausberg

Werbung: Christian Hossbach

Redaktion und Auslieferung: Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170—4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1988.
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlag: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Oktober 1988.

Die spw erscheint 1988 in 6 Hefen mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)
Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält einen Prospekt des spw-Verlags, Berlin/West.

Editorial	387
Bonner Tagebuch	390

Berichte

Monika Buttgereit	
Kurswende? Bericht vom Bundesparteitag der SPD	393
Peter Pelinka	
Auf dem Weg zur progressiven Institution	
Zweite Sommerwerkstatt Steyr	396

Lafontaine-Debatte

Stephan Krüger	
Wider den wirtschaftspolitischen Defätismus	
Bemerkungen zur Lafontaine-Debatte und zu den Spielräumen alternativer Wirtschaftspolitik	398

Dokumentation

Langweilige Bekenntnisse zu einer illusionslosen Bestandsaufnahme	
Zur Situation und Strategie der Grünen	404

Sport - Politik - Umwelt

Peter Klein	
Sport als kommunale Pflichtaufgabe?	
Grundsatzgedanken zur kommunalen Sportpolitik der SPD	414
Jochen Zimmer	
Sport und Umwelt — zwei linke Stiefel?	417
Bernhard Boschert und Manuela Goos	
Sportliche Zeiten	425
Bernhard Boschert	
Sport im Kontext der Arbeitswelt	
Zu Geschichte und Aktualität einer wichtigen Diskussion	437
Frank Heidenreich	
Frauen und Macht im Arbeitersport	
Über Geschlechterverhältnisse in einer proletarischen Massenorganisation vor 1933	443

Brecht

Sabine Kebir

Ist das Volk -tümlich?

Bertolt Brecht zu Volkstümelei und Volkstümlichkeit 450

Sigurd von Ingersleben

Boxen bei Brecht 453**Faschismusforschung**

Kurt Schilde

Allerhöchstens Pfennige

Zwangsarbeit im deutschen Faschismus. Ein Literaturbericht 457

Kampf um die Umwelt

Hans Gluck

Brauchen wir nachwachsende Rohstoffe? 465**Besprechungen***Hortleder, Gerd, und Gunter Gebauer (Hrsg.): Sport—Eros—Tod*
(Bernhard Boschert) 470*Fichter, Tilmann: SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei*
(Sigurd v. Ingersleben) 472*Duerr, Hans Peter: Nacktheit und Scham. Der Mythos*
vom Zivilisationsprozeß (Ursula Vogel) 476

Über die Autorinnen und Autoren 480

Editorial

Sport — Am 11. September vor fünfzehn Jahren errichteten die chilenischen Obristen ihr Terrorregime. Das *Fußballstadion* von Santiago war Pinochets zentrales Konzentrationslager. Die Funktionsträger der Unidad Popular wurden dort zusammengetrieben, bevor sie in die Wüsteneien des Landes deportiert wurden. Wir wissen um die Grausamkeiten, die dort verübt wurden. — Wolf Biermanns Bericht über ein »Heimspiel« erinnert daran, daß die Dinge hierzulande anders liegen:

das war ein Heimspiel / dichter / wurd das Getümmel vorm Tor / als der Schiedsrichter / pfiß / und griff / nach der Roten Karte und / als er dann spitz / mit dem Finger auf den 11-Meter- / Punkt wies / ging's rund! / da stieß / ein Gezeter / vom Rang herab: / Müller nach Auschwitz! / Müller-nach-Au-schwitz!! / auch wenn es sich ab / und zu reimt — dies hier ist ein / Bericht / kein / Gedicht/. (W.Biermann: Eins in die Presse, mein Herzblatt, 1980)

Über den aktiv betriebenen Sport schreibt W.F. Haug (1986):

»Die ideologische Form, die besonders aufnahmefähig für ... Gedanken der Zucht zur Gesundheit ist und selber fast überall ihre Brückenköpfe unterhält, ist der Sport. Erziehung und Gesundheit, Kampf und Leistung durchdringen einander hier auf 'neutralem' Gelände. Wo die Eigenlogik des Sports sich entfalten kann, abstrahiert sie diese Forderungen von den Mächten, die sie verwalten, wie von ihren spezifischen Verwendungsweisen: Arbeit, die keine Arbeit, Krieg, der kein Krieg, Schule die keine Schule ist.« (Faschisierung des Subjekts)

Bereits 1926 hatte Brecht mitgeteilt:

»Ich bin gegen alle Bemühungen, den Sport zu einem Kulturgut zu machen, schon darum, weil ich weiß, was diese Gesellschaft mit Kulturgütern alles treibt, und der Sport dazu wirklich zu schade ist. Ich bin für den Sport, weil und solange er riskant (ungesund), unkultiviert (also nicht gesellschaftsfähig) und Selbstzweck ist.« (Siehe in diesem Heft »Boxen bei Brecht«, Anm.8)

Ist das der Sportsgeist, der schon den englischen Exzentriker John Mytton beflügelt hatte?

»Einmal ritt er in vollem Galopp über ein Kaninchengehege, um herauszufinden, ob sein Pferd stürzen werde. Er fand es heraus. Roß und Reiter überschlugen sich mehrmals, um ein paar Augenblicke später heil wieder auf die Füße zu kommen ...« (E.Sitwell, Englische Exzentriker, Berlin/West 1987)

Auf dem Titelblatt hat *Holtfreter* das Sportthema zu einer schwefligen Leistungsszenarie verdichtet, der man solch' temperamentvolle Harmlosigkeit nicht recht zutrauen mag. Die Hochhaussilhouette hinter und über dem Stadion ist übrigens die Banken-Skyline der Olympiastadt *in spe* Frankfurt (Main).

Die Aufsätze über Sport und Kommunalpolitik, resp. Arbeit, resp. Umwelt (*Klein, Boschert, Zimmer*) zeichnen kein freundlicheres Bild, informieren aber detailliert. *Boschert/Goos'* literarisches Feuilleton auf den Spuren Foucaults dagegen greift mitten hinein ins konfliktreiche Sportlerleben. *Heidenreich* zeigt die Benachteiligung der Frauen auch im Arbeitersport der zwanziger Jahre.

Sieh nach bei Brecht — *Kebir* in Sachen -tümlichkeit, *Ingersleben* in *Sachen Boxen. Sport halt. Oder?*

Jubiläum — In den zwanziger Jahren gab Paul Levi die marxistische Zeitschrift *Sozialistische Politik und Wirtschaft* heraus. Es war *Burkhard Zimmermann*, der den Gründern der vorliegenden Zeitschrift 1978 vorschlug, diesen Titel wieder aufzunehmen

und das neue Organ demonstrativ in die marxistischen Traditionen der Sozialdemokratie einzureihen. Das Experiment gelang, die exkommunizierten Juso-Linken unterliefen die verordnete Marginalität nach dem Ausschluß Benneters: Das vorliegende ist das vorletzte Heft des 10. Jahrgangs der *Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft*. Der 11. Jahrgang ist in Arbeit.

Die *spw* heute machen (einige von ihnen seit 1978), wissen, daß politische Publizistik von der lebendigen und tätigen Mitarbeit vieler lebt. Die Redaktion freut sich auf das Fest mit ihren UnterstützerInnen und MitdenkerInnen am 5. November in den neuen Verlagsräumen in Kreuzberg.

à propos — Wo sah man schon die Herren Dschugaschwili, Uljanow und Bronstein (v.l.n.r.), bekannter als *Stalin*, *Lenin* und *Trotzki*, dargestellt von Schauspielerinnen (!) eines Berliner Theaterprojekts? Auch unsere Einladungskarte (s. nächste Seite) stammt von *Jürgen Holtfreter*, Berlin, der das *spw*-Projekt seit langen Jahren graphisch fördert.

Ökologie — Wir haben eine Mitteilung nachzuholen: Der *spw*-Beirat hat am 19. und 20. März 1988 in Emstal bei Kassel eine Arbeitstagung über »Neuere Entwicklungen der Produktivkräfte — Basistrends und Alternativen« durchgeführt. Anhand von Beispielen aus der Datenverarbeitung, der chemischen Industrie, der Landwirtschaft und der Energiediskussion wurde versucht, die Komplexität dieser Entwicklungen und die Schwierigkeit von Interventionen oder Alternativen darzustellen (vgl. hierzu den Bericht von Jörg Windman in *spw* 41, S.245f.).

Einen interessanten analytischen Ansatz stellen die in *spw* 41 abgedruckten Überlegungen von *Detlev Bimboes* und *Bernhard Brückner* dar. Die dort zunächst noch sehr kursorisch behandelten Probleme einer *Umstellung der existierenden Chemieproduktion auf umweltverträgliche Verfahren und Produkte* verweisen auf einen umfassenden Nachholbedarf der Theoriebildung (vgl. *spw* 41, S.248ff.). Dieser Nachholbedarf soll durch verstärkten Informationsaustausch einschlägig arbeitender KollegInnen und weitere Tagungen angegangen werden. Deshalb wurde im Anschluß an die Emstaler Tagung die *Korrespondenz Ökologie und neue Technologien* ins Leben gerufen (Kontakt: D. Bimboes, Tel. 06121 — 5631 46).

Frauen in Not — Das Frauenbündnis Bayern ruft dazu auf, den in Memmingen verurteilten Frauen zu helfen:

»Aus eigener Betroffenheit solidarisieren wir Frauen aus Parteien, Gewerkschaften, kirchlichen Verbänden, Gruppen und Initiativen uns mit den Frauen, die in Memmingen auf der Anklagebank sitzen. Wir wollen ihnen helfen, die Geldstrafen, die auf sie zukommen, aufbringen zu können. Werden die 355 Frauen nur im Druckschnitt mit 1500 Mark Strafe belegt, macht das über 500000 Mark ohne Gerichts- und Anwaltskosten. Deshalb rufen wir alle zur Spende auf an:

Memminger Frauen e.V., Kennwort '§ 218 — Frauen in Not', Kontonummer 521 418, Raiffeisenbank Memmingen, BLZ 713 607 44 — oder: Siegrid Skarpelis-Sperk, Kennwort 'Frauen in Not', Kontonummer 12 20 20 67 00, BfG Memmingen, BLZ 731 101 11.

Sigurd v. Ingersleben



Wir laden LeserInnen, AutorInnen und FreundInnen ein,
mit uns das **zehnjährige Bestehen** unseres Verlages
bei Wein, Kaltem Buffet und Chili con Carne zu feiern.

Diether Dehm rezitiert Brecht.

Samstag, 5. November 1988, 20 Uhr

in den Räumen des spw-Verlages

Graefestraße 71 · Berlin 61 (Kreuzberg)

Aufgang im 1. Hof hinten rechts, II. Stock

Telefon (030) 694 49 42

Falls Nicht-BerlinerInnen Übernachtungsmöglichkeiten benötigen,
bitten wir, uns dieses rechtzeitig mitzuteilen.

Die spw-Redaktion

(Um Antwort wird gebeten)

Bonner Tagebuch

8./9. Juli 1988. »Baracke«. Die Antragskommission zum Parteitag tagt. Ein Antrag eines Kölner Ortsvereins, der für die MitarbeiterInnen von Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordneten tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsrechte fordert, wird zur Annahme und Überweisung an die entsprechenden Fraktionen empfohlen. Auf dem Parteitag laufen Gerhard Jahn und die Bundestagsfraktionsgeschäftsführung dagegen Sturm. Die Annahmempfehlung soll weg. Beerdigung 2. Klasse ist angesagt. Der »Tendenzbetrieb« Abgeordnetenbüro soll von kollektiven Rechten der Untergebenen frei bleiben. Die Antragskommission wird zu einer eigenartigen Modifikation ihrer Aufgabenstellung gedrängt. Sie bastelt nun selbst an dem Antrag herum.

Nacheinander werden zwei veränderte Fassungen präsentiert, wobei in der ersten die »kollektive Basis« für Arbeitsverträge, in der zweiten die »rechtlich abgesicherte Interessenvertretung« verschwindet. Der frisierte Antrag wird dann dem Parteitag präsentiert. Der weiterverfolgte Versuch der Nichtbefassung scheitert am Widerstand von Ilse Brusis, Otmar Schreiner und Ludwig Stiegler. Das Chaos ist perfekt, als das Präsidium den Ursprungsantrag zur Abstimmung stellt, keiner dagegen öffentlich aufzutreten wagt und dieser beschlossen wird. Man darf gespannt sein, ob damit die Mitbestimmung und das Tarifrecht endlich auch in den Abgeordnetenbüros Einzug halten.

23. Juli 1988. Sportschau. Die Bundesliga startet in die neue Saison und das erste spw-Schwerpunktheft »Sport« steht ins Haus. Aus der Überlegung, mal was anderes zu schreiben, über die Vorzüge des Mannschaftssports (Kollektivegeist und so), Ewald Lienen statt Boris Becker und meine nostalgische Liebe zu Schalke 04, ist nichts geworden. Ich hör's schon: verklärte linke Mythen vom längst verblichenen Arbeitersport. Na und? Lebt sich's besser ohne Mythen? Die Sportschau kann ich mir nach dem Abstieg von Schalke eh sparen. Die Alternative für den linken Kopfarbeiter: nein, kein Politseminar — selbst Sport treiben!

27. Juli 1988. Sommerloch. Im diesjährigen Bonner Sommertheater wird das Stück »Der Beamte und die Rente« aus der Mottenkiste geholt. Treffender Kommentar von ÖTV-Bundesvorstandsmitglied Wilfried von Loewenfeld (pikanterweise in der »Frankfurter Rundschau mit dem »Welt«-Rechtsaußen von Loewenstern verwechselt): »Das Heil der Renten kommt nicht aus der Kürzung der Beamteneinkommen. Das wäre ja so, als wenn der Staatshaushalt über die Erhöhung der Hundesteuer saniert werden sollte.« Während H.J. Vogel alles so lassen möchte, wie es ist, kommt der einzig vorwärtsweisende Vorschlag von dem CDU-Gewerkschafter Gustl Fehrenbach. Wenn schon, so meint er, dann ein einheitliches Dienstrecht für alle im öffentlichen Dienst. Daß wir Sozis immer von anderen an unsere alten Forderungen erinnert werden müssen!

13. August 1988. »Vorwärts«. Auch das sozialdemokratische Wochenblatt ist vom neuen Wendefieber gepackt. Hatte man vor nicht allzu langer Zeit noch auf rot-grün gesetzt, ist jetzt Lambsdorff angesagt. Da setzen ihm die beiden Redakteure beim Interview schon mächtig zu: Wen will er lieber als Kanzlerkandidat, Hans-Jochen oder Oskar? Die strafrechtliche Vergangenheit des gräflichen Spendensammlers bleibt generös ausgespart. Die SPD war ja schon immer für Resozialisierung. Wer wollte da nachtragend sein. Graf Otto ist es schon. Schließlich hat Hans-Jochen im Bundestag immer so böse Zwischenrufe gemacht. Der Leser merkts, ohne daß es gesagt wurde: Oskar ist halt toleranter.

Als der Graf sein Programm auspackt — Lockerung des Kündigungsschutzes und Verzicht auf Sockellohnerhöhungen —, fällt den bohrenden Fragestellern nur der Hinweis ein, daß er diese nicht gerade neuen ökonomischen Rezepte auch in der jetzigen Wende-Koalition nicht durchsetzen könne. Die beiden sind vergeßlich. Hatte nicht auch der *Vorwärts* immer wieder darauf gepocht, daß das sog. Beschäftigungsförderungsgesetz eigentlich Entlassungsförderungsgesetz genannt werden muß?

15. August 1988. »Baracke«. Reisen bildet bekanntlich. Anke Fuchs und Wolfgang Roth kehren mit bahnbrechenden Erkenntnissen aus Schweden zurück. Roth weiß nun, daß er jahrelang Mist geschrieben hat: Arbeitszeitverkürzung schafft keine neuen Arbeitsplätze. Seinen eigenen Leitartikel hält er nun für überarbeitungswürdig. Anke Fuchs schafft es, aus der entstehenden Verwirrung eine Achterbahn zu machen. Der Presse hat sie folgendes mitzuteilen: »Wenn sie unseren Leitartikel zum Münsteraner Parteitag genauer studieren, werden Sie sehen, daß wir durch die schwedischen Erfahrungen bestätigt werden.« Wie? Sind das die Zügel, die Roth von der Fortsetzung seines Irrweges abhalten? Weit gefehlt. Es kommt noch dicker: »Schweden hat es trotz (!) der kürzesten Jahresarbeitszeiten der Welt ... geschafft, die Arbeitslosenquote auf 1,5 Prozent zu drücken.« Also ist wohl Arbeitszeitverkürzung im Normalfall der Arbeitslosenzahl förderlich! Das habe ich doch schon mal woanders gehört.

25. August 1988. Infas. Die Meinungsforscher haben herausgefunden, daß 43 Prozent der Bundesbürger der Ansicht sind, daß umfassende Arbeitsplatzverkürzungen neue Arbeitsplätze schaffen. 41 Prozent meinen, sie seien ein Weg, um höhere Arbeitslosigkeit zu verhindern. 1983 sah das noch anders aus. Da befürchteten 36 Prozent das Steigen der Arbeitslosenzahlen durch verkürzte Arbeitszeit, nur 28 Prozent sahen darin einen Weg zu mehr Beschäftigung. Ich muß mein früheres Urteil, die SPD orientiert sich zu sehr an der Demoskopie und zu wenig an politischen Inhalten und Zielen revidieren. Als wirkliche Avantgarde ist sie dem zurückgebliebenen Bewußtsein der Massen immer ein Stück voraus: 1983 mit der Erkenntnis, daß Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze schafft, 1988 mit dem Gegenteil.

6. September 1988. Deutschlandfunk I. SPD-MdB Helmut Wieczorek aus Duisburg hält schon Hof als vermeintlicher Nachfolger des zurückgetretenen finanzpolitischen Sprechers Hans Apel. Schon vor seiner — eher bescheidenen — Rede, in der er Stoltenberg in der Haushaltsdebatte Paroli bieten sollte, verkündet er den Hörern: »Hans Apel ist immer in den letzten Jahren ein enger Weggefährte von mir gewesen.« Anders ausgedrückt: Apel als treuer Vasall des Heerführers Wieczorek. Nicht, daß hier Tränen

über Apels Rücktritt vergossen werden sollen. Aber selbst wenn's ein Versprecher war, verrät er eine Menge über die Unkultur persönlicher Profilierungssucht, kaum daß der Vorgänger das Zimmer geräumt hat. Wie wird Wieczorek nur dastehen, wenn die Fraktion ihm doch Ingrid Matthäus-Maier vor die Nase setzt?!

11. September 1988. Deutschlandfunk II. Erhard Eppler war in einigen wichtigen Fragen seiner Partei schon immer ein Stück voraus. Im »Interview der Woche« bekennt er sich dazu, daß er im Laufe des letzten Jahres seine Meinung in bezug auf den Umgang mit der DKP geändert hat. Die Konsequenz, die es aus dem SPD/SED-Papier zu ziehen gelte, sei, »daß wir die DKP nicht grundsätzlich aus dem inneren Dialog in unserer Republik ausklammern, weil wir sonst selber den Ansprüchen des Papiers nicht gerecht werden.« Das heiße nicht Verbrüderung oder Eingehen von Aktionsgemeinschaften, schränkt er ein. Eppler hat Recht: Wer die DDR-Führung auffordert, den Dialog mit unabhängigen Friedens- und Ökologiegruppen zu suchen, der muß auch über eigene Unvereinbarkeitsbeschlüsse neu nachdenken, ein Nachdenken, das ja in der SDS-Sache bereits zu einem positiven Ergebnis geführt hat. Daß da die SPD-Rechte jault, war vorauszusehen. Der »Seeheimer« Jungstar Florian Gerster (MdB) äußert schon am folgenden Tag sein »Befremden« über Eppler im PPP. Aus seiner knackigen Abgrenzung nach links wird gleich ein Alleinvertretungsanspruch: »Die demokratische Linke in der Bundesrepublik wird ausschließlich durch die SPD repräsentiert.« Der SDS-Beschluß des Parteivorstandes scheint in Gersters Wahlkreis noch nicht angekommen zu sein. Darin wird die Tatsache festgestellt, »daß für fast ein Jahrzehnt die »Neue Linke« und ein demokratischer, kritischer Marxismus in der SPD kaum eine Wirkungsmöglichkeit fanden ...« Und schließlich — was werden wohl seine KollegInnen der Grünen-Bundestagsfraktion von dieser Ausbürgerung aus dem Sektor der demokratischen Linken halten?

3. Oktober 1988. Hotel Tulpenfeld. Letzte Meldung: Am angegebenen Tag, so heißt es in Bonn, wird (unser Satzbeginn liegt früher) der Öffentlichkeit ein Buch über Hans-Dietrich Genscher vorgestellt. die Laudatio soll ein gewisser O.L. halten (zum Mitraten: Otto Lamsdorff ist es nicht). Böswillige Vermutungen, die dahinter mehr sehen wollen als die Präsentation eines langersehnten Buches, werden hiermit ausdrücklich zurückgewiesen.

Uli Schöler (Bonn)

Berichte

Monika Buttgerit

Kurswende?

Bericht vom Bundesparteitag der SPD

Der Bundesparteitag in Münster hat in verschiedener Hinsicht sozialdemokratische Geschichte geschrieben:

1. Es war ein Parteitag der Frauen.
2. Es war ein Parteitag Vogels.
3. Es war die Verabschiedung Lafontaines als Kanzlerkandidat für 1990.

Mit dem Beschluß zur Quotierung bei allen Parteifunktionen und bei öffentlichen Mandaten hat die SPD endlich ernst gemacht mit der Realisierung ihrer Gleichstellungspolitik in den eigenen Reihen. Auch wenn einige Genossen kleinmütig noch juristische Argumente gegen die Quote vorbrachten oder weiter auf eine freiwillige Bewußtseinsänderung bei den Männern warten wollten, die große Mehrheit des Parteitages hatte die in der Satzung festzuschreibende Quote als Chance für die SPD begriffen, frauenpolitische Geschichte zu schreiben. Die Reaktionen der anderen Parteien bis zur CDU auf den Quotenbeschluß zeigen, daß die SPD auf dem Gebiet der Frauenpolitik nunmehr Maßstäbe gesetzt hat, an denen sich die anderen Parteien messen lassen müssen.

Angesichts dieses Erfolges verlieren einzelne Einwände gegenüber diesem Beschluß — z. B. die langen Fristen (40 % bei öffentlichen Mandaten erst ab 1998) — an Bedeutung. Der Quotierungsbeschluß der SPD wird die politische Landschaft der Bundesrepublik und West-Berlins grundsätzlich verändern. Die Beteiligung von Frauen, zu der sich die SPD nunmehr qua Statut verpflichtet hat, wird auch FDP und CDU/CSU zwingen, der Frauenpolitik nicht nur in Sonntagsreden zu huldigen und sie zum Wählerinnen-Stimmenfang einzusetzen, sondern auch sie werden in ihren eigenen Reihen mit der Gleichstellung beginnen müssen.

Die mit Spannung erwartete Rede Oskar Lafontaines auf dem Bundesparteitag erfüllte alle Erwartungen und Befürchtungen. Er präsentierte sich als Redner, dem in erster Linie der Aufmerksamkeitsgrad, den er bei der Presse erregt, am Herzen liegt. Für dieses Ziel ist er bereit, überflüssige Konflikte mit den Gewerkschaften auszufeuchten und die SPD als Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beerdigen. Lafontaines Rede war eine bewußte Provokation gegen die Konsensbeschlüsse, die zwischen dem Parteivorstand der SPD und der DGB-Führung zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit nach schwieriger Diskussion erreicht worden waren. Die SPD als Volkspartei ist für Lafontaine eine Partei, die sich nicht mehr klar zur Interessenvertretung aller abhängig Beschäftigten bekennt, sondern die sich Unternehmerinteressen gegen-

über öffnet und sich damit in vielen Punkten wirtschaftspolitischen Vorstellungen der FDP nähert. Es drängt sich der Verdacht auf, daß Lafontaine mit seinen Thesen sowohl im Saarland als auch auf Bundesebene den Boden bereiten will für eine Koalition mit der FDP.

Nun ist es für die SPD sicher notwendig, sich auch mit Forderungen und Positionen der Gewerkschaften kritisch auseinanderzusetzen. Im Bereich des Umweltschutzes z.B. gibt es einige Probleme, die eine kontroverse Diskussion mit Einzelgewerkschaften verlangen. Doch Oskar Lafontaine greift die Gewerkschaften an, indem er Positionen der Unternehmer — z.B. zur Ausweitung der Sonntagsarbeit — übernimmt. Auch seine polemischen Angriffe auf die »Faulenzer« im öffentlichen Dienst, die eh schon später kommen, früher gehen und länger Pausen machen, zeigen, daß er jeden Bezug zu den Belastungen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer längst verloren hat. Monika Wulf-Matthies und Franz Steinkühler war es zu verdanken, daß sie in sachlicher Form einiges zurecht gerückt haben. Steinkühler machte deutlich, daß eine Ausweitung von Maschinenkapazitäten durch Samstags- und Sonntagsarbeit bei konstanter Nachfrage zum Abbau von Kapazitäten an anderen Standorten führen muß. Flexibilisierung von Arbeitszeiten darf für die SPD nur bedeuten, einer Flexibilisierung im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuzustimmen und nicht die Konzepte der Unternehmer, die einzig und allein an deren Profitinteresse orientiert sind, zu übernehmen. Monika Wulf-Matthies machte deutlich, unter welchen Belastungen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst arbeiten (z.B. als Krankenschwestern, Erzieherinnen und Erzieher, in den Sozialämtern) und forderte Lafontaine auf, als öffentlicher Arbeitgeber im Saarland, den Lohnerhöhungsverzicht, den die ÖTV bei dem letzten Tarifabschluß geübt hat, nun auch in Beschäftigungspolitik umzusetzen.

Die Polemik und Härte, die Lafontaine in der Diskussion mit Gewerkschaftern zeigte, ließ er bei der Auseinandersetzung mit der Unternehmenseite leider fehlen. Zwar stellte er immerhin in seiner Rede fest, daß die Unternehmergewinne in den letzten Jahren steil angestiegen sind. Politische Konsequenzen zieht er aus dieser Tatsache allerdings nicht. Bleibt noch sein Gerede von der Volkspartei SPD, die sich den Unternehmern und Selbständigen öffnen muß. Das Volk besteht auch heute noch überwiegend aus abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern; in diesem Sinne hat sich die SPD auch als Volkspartei in erster Linie um die Interessenvertretung dieser Menschen zu kümmern.

Das Wahlergebnis Lafontaines zum stellvertretenden Parteivorsitzenden machte deutlich, daß viele Delegierte diesen Kurs nicht mitmachen wollen. Ein Kanzlerkandidat, der so leichtfertig und spielerisch das Bündnis mit den Gewerkschaften aufs Spiel setzt, scheint nicht tragbar und würde die SPD vor eine Zerreißprobe stellen.

Der von den Medien zum »Hoffnungsträger« der SPD hochstilisierte Lafontaine trifft zunehmend auch auf Kritik innerhalb der Partei. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Strategie der Zurückdrängung und Ausgrenzung der Gewerkschaften in großen Teilen der Parteimitgliedschaft auf Zustimmung trifft. Dies hängt sicher zum einen mit der Veränderung in der Mitgliedsstruktur zusammen: Nur noch

wenige Gewerkschaftsfunktionäre/innen und aktive AfA-Genossinnen und -Genossen haben Funktionen in der SPD inne. Der Beschluß des Bundesparteitags, Betriebsgruppenkonferenzen die Möglichkeit zu eröffnen, Delegierte zu Bezirks- und Unterbezirkskonferenzen zu entsenden, könnte hier Verbesserungen bringen. Zum anderen aber bieten die überkommenen autoritären Strukturen der Gewerkschaften und die in der Vergangenheit häufige Bevorzugung der Interessen der Facharbeiterschaft (z. B. lineare Lohnerhöhungen statt Sockelbeträge für die unteren Lohngruppen) Ansatzpunkte zur Kritik und fördern eine latent vorhandene Gewerkschaftsfeindlichkeit.

Hans-Jochen Vogel hat in vielerlei Beziehung Zeichen auf dem Münsteraner Parteitag gesetzt:

- Sein Engagement für die Quotierung sorgte mit für die große Mehrheit zur Statutenänderung.
- Seine ablehnenden Worte zur Ausweitung der Sonntagsarbeit wurden mit großem Beifall aufgenommen und sorgten dafür, daß etwas von dem Porzellan, das Lafontaine zerbrochen hat, wieder gekittet wurde.
- Sein überwältigendes Wahlergebnis zum Parteivorsitzenden machte deutlich, daß er die Partei unangefochten führt und daß alle diejenigen, die in ihm einen Übergangskandidaten sahen, sich gründlich geirrt haben.

Er ist zur Zeit der einzige, der in der Lage ist, als Kanzlerkandidat die Partei geschlossen in den Wahlkampf zu führen. Für die Linke ergibt sich als Konsequenz aus diesem Parteitag die Aufgabe, insbesondere die Wirtschaftsdebatte zu organisieren und gemeinsam mit den Gewerkschaften nach Konzepten zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu suchen, die sich nicht mit der Umverteilung in einer Klasse begnügen.

Ob dazu der Frankfurter Kreis in seiner jetzigen Zusammensetzung und Verfassung in der Lage ist, scheint sehr fraglich zu sein. In Münster zeichnete sich der Frankfurter Kreis in erster Linie durch die Unfähigkeit aus, Sachdebatten verbindlich zu strukturieren und eine gemeinsame Linie wenigstens im Ansatz festzulegen sowie durch den weitgehenden Verzicht darauf, Personalentscheidungen inhaltlich zu diskutieren und durchzusetzen.

Der Münsteraner Parteitag war ein Meilenstein im Kampf um den zukünftigen Kurs der SPD. Die Frage der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist keine zweitrangige Frage, sondern ist von ebensolcher Bedeutung wie seinerzeit die Entscheidung über den Kurs der Partei in Godesberg. Wer wie Oskar Lafontaine die Gewerkschaften als *eine* Lobby unter vielen begreift, negiert die SPD als Teil der Arbeiterbewegung und läßt sie zu einer angegrünten Yuppie-Partei verkommen.

Peter Pelinka

Auf dem Weg zur progressiven Institution

Zweite Sommerwerkstatt Steyr

Der äußere Rahmen der zweiten »Sommerwerkstatt Steyr« der SPÖ war mit dem der ersten identisch: Das Arbeitsweltmuseum symbolisiert das Woher der Arbeiterbewegung, die derzeit laufende »Roboter Ausstellung« die Gegenwart. Die Zukunft sollte dem Generalthema »Die nächsten hundert Jahre« vorbehalten sein.

Am Vorabend der überall ausbrechenden Hundert-Jahr-Feiern der österreichischen Sozialdemokratie wollte die Sommerwerkstatt die Themen behandeln, die über übliche Krisen-, Strategie- und Wählerfangdebatten hinausgehen: Das »Auswandern der Utopien aus der Politik« (Impulsreferat des in West-Berlin lehrenden österreichischen Ökonomen Georg Vobruba), der »Wandel des Wertewandels« (ebenfalls ein Österreich-Export in die BRD, Rolf Schwendter), die »weltweiten Bedrohungen und nationale Egoismen« (Ex-Außenminister Peter Jankowitsch), die »Anpassungszwänge in der Politik« (der Bielefelder Politologe Bernd Guggenberger), die »Amerikanisierung der Politik« (Polit-Bestseller-Autor Wolfgang Michal), »Lechts und links« (Ex-Studentenbeweger Tilmann Fichter, inzwischen SPD-Referent für Politische Bildung) sowie zum Abschluß eine kontroverse Diskussion zu der Österreich bewegenden Europa- (eigentlich EG-)Debatte.

Letztere wurde als spannendste — weil aktuellste — der rund um die Impulsreferate gegliederten Podiums- und Publikumsdiskussionen bewertet. Die KPI-Europaabgeordnete Luciana Castellina plädierte für ein neutralitätsbedachtes »Rein in die EG zwecks Demokratisierung!«. Fast ebenso positive »Zensuren« erhielt der Eröffnungabend mit zwei höchst unterschiedlichen Beiträgen. Der Betriebsobmann der Steyr-Werke Hermann Leithenmayr berichtete über die aktuellen Probleme im Werk und der davon fast ausschließlich abhängigen Region (mit weit mehr als sechs Prozent eine der höchsten Arbeitslosenraten im Land) und sparte dabei nicht mit Rundumschlägen: Gegen Management und »Bankherren« in Wien, aber auch gegen eine zu sehr an »Aufsteigern« und »Alternativen« orientierte SPÖ. Nicht mehr so aktuell scheint der Konflikt um die defizitbringende Waffenindustrie in Steyr. Der Historiker Siegfried Mattl ergänzte mit einem Horrorszenario über die »nächsten hundert Jahre«. Sein Resümee auf die Frage »Was bleibt vom Sozialismus« angesichts Bio- und Gentechnik, Verelendung der »dritten Welt« sowie weiterer Monopolisierungs- und Konzentrierungstendenzen in Ökonomie, Politik und Gesellschaft hinterließ einen leicht resignierten Eindruck: Bleibt wirklich nicht mehr als ein Abwehrkampf an verschiedenen Fronten und Ebenen, der den Sozialisten die Aufgabe einer möglichst effizienten Bündelung von »Aufmüpfigen« aller Art zuweist?

Weiter positiv bewertet wurden von den 300 TeilnehmerInnen die Einrichtung von »Workshops« (unter anderem mit Detlev Albers zur Programmarbeit der SPD), Arbeitskreisen am Nachmittag zu verschiedenen Themen und kurzen Impulsreferaten,

die der Forderung nach mehr Eigeninitiative gegenüber dem Vorjahr entsprachen. Ein Erfolg war auch das Kulturangebot mit der feministischen Kabarettistin Edith Hollenstein und Peter Turrini, der aus der »Arbeitersaga« und den »Minderleistern« las, sowie das glänzende Abschlußfest in der Aula des Museums mit griechisch-türkischer Musik, Regionalbuffet und Ausstellungsobjekten. Und das Ambiente der traditionellen Arbeiterstadt, mit all ihren Problemen und Schönheiten, trug zum Gelingen des Ganzen bei. Was auszubessern sein wird: eine bessere Verknüpfung zwischen den »Dreischritten« Referat-Arbeitskreise-Podiumsdebatte und zwischen den sechs bis acht Blöcken der vier Tage sowie eine bessere Mixtur dort zwischen »Politikern« und »Intellektuellen«. Jedenfalls wird es die Sommerwerkstatt Steyr 1989 wieder geben. Sie entwickelt sich zu einer progressiven Institution, zur echten Alternative zum konservativ-hegemonialen Alpbach, dem bisherigen Monopolort österreichischer Intelligenz und was sich dafür hält.

Lafontaine-Debatte

Stephan Krüger

Wider den wirtschaftspolitischen Defätismus

Bemerkungen zur Lafontaine-Debatte und zu den Spielräumen alternativer Wirtschaftspolitik

Oskar Lafontaines Vorstoß, den vollen Lohnausgleich bei der Verkürzung der Arbeitszeit zur Disposition zu stellen, war keine punktuelle Intervention zum Anreiz der Diskussion, wie sein Beitrag auf dem SPD-Parteitag in Münster jüngst wiederum mit aller Deutlichkeit vor Augen führte. Dahinter steht, und dies ist in seinem Text: »Die Gesellschaft der Zukunft« (Lafontaine 1988) auch nachzulesen, eine Gesamtsicht wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Optionen, oder — defensiver formuliert — eine spezifische Einschätzung der Spielräume sozialdemokratischer Reformpolitik in der Bundesrepublik für die absehbare Zukunft. Ob seine Option in Sachen Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich, theoretisch gesehen, neoklassisch oder keynesianisch begründet wird, ist dabei relativ gleichgültig; A. Heise (1988) ist zuzustimmen, wenn er die Übereinstimmung der Sichtweise Lafontaines' mit keynesianischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungstheorien hervorhebt — damit wird diese Auffassung jedoch noch keineswegs korrekt. Unser Zweifel wird dabei nicht nur durch Heises eigene wirtschaftspolitischen Visionen genährt (vgl. ebd., 332), sondern durch die theoretische Begründung selbst.

Der theoretische Hintergrund: »Sozialismus in einer Klasse«

Lafontaine konstatiert angesichts allseitiger Tendenzen der Internationalisierung der Ökonomie einen zunehmend enger gewordenen bzw. gegen Null tendierenden Spielraum für eine demokratischen Gestaltungswünschen verpflichtete und gegen die herrschende Logik und Macht gerichtete Wirtschaftspolitik: »Durch ihren (der Multis / S.K.) weltweiten Zugriff auf die jeweils günstigsten Produktionsvoraussetzungen wird jede Binnensteuerung der Wirtschaft von den technologischen und organisatorischen Innovationen des transnationalen Sektors abhängig, werden alle Instrumente nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik untauglich für seine Kontrolle.« (Lafontaine 1988, 165) Diesen Gedanken des Verlustes wirtschaftspolitischer Spielräume der Binnensteuerung hatte vorher *Fritz Scharpf* schon wesentlich präziser formuliert: Der durch die Internationalisierung der Finanzmärkte den nationalen Ökonomien als nicht beeinflussbares Datum vorgegebene Zinssatz konstituiere eine »Mindestrendite« (Scharpf 1987, 330) für real zu investierendes Kapital, hinter der Verteilungsansprüche der Arbeitnehmer oder des Staates zurückzustehen hätten. Die Anfang der achtziger Jahre deutlich gewordenen Schranken einer keynesianischen Nachfragesteuerung blieben be-

stehen, die Wirtschaftspolitik stehe weiterhin unter dem »angebotsökonomischen Imperativ der hohen Gewinne« (ebd.). Unter diesen Bedingungen wird die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung zu einem Verteilungsproblem, aber notabene, zu einem Verteilungsproblem innerhalb der Klasse der abhängig Beschäftigten:

»Wichtig bleibt jedoch die strategische Einsicht, daß vorderhand die Vollbeschäftigung weder 'kostenlos' durch eine defizitfinanzierte Wachstumspolitik, noch auf 'fremde Rechnung' durch Umverteilung zu Lasten des Kapitals zurückgewonnen werden kann — sondern allenfalls durch die Umverteilung von Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitseinkommen zu Lasten der großen Mehrheit der derzeit Beschäftigten selbst. (...) Dies bedeutet nicht das Ende sozialdemokratischer Strategiefähigkeit. Im Gegenteil: Gerade wenn nicht alle Ziele zugleich erreicht werden können, müssen strategische Prioritäten gesetzt werden. Aber Voraussetzung ist die Anerkennung der veränderten Tauschverhältnisse zwischen Kapital, Arbeit und Staat. Wenn die vorläufig irreversible Niederlage im Verteilungskampf nicht akzeptiert wird, führt die Fortsetzung des Kampfes um alle Ziele zugleich nicht zu 'systemverändernden Reformen' oder zur Verwirklichung anderer Postulate einer antikapitalistischen Rhetorik, sondern nur zum Kampf aller gegen alle im eigenen Lager.« (Ebd., S. 334f.)

In ähnlicher Weise hat auch Lafontaine selbst auf dem SPD-Parteitag in Münster seine Position nochmals vorgetragen, um dann noch weitergehende wirtschafts- und beschäftigungspolitische Optionen im Hinblick auf die Flexibilisierung der Arbeitszeit (Auflösung des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses) einzubringen. — Lassen wir etwaige politische Kalküle Lafontaines beiseite, so begründet sich die referierte Position aus zwei Elementen: *erstens* einem fehlenden Spielraum für eine binnenorientierte Beschäftigungspolitik wegen des Verlustes der 'Zinssouveränität' der nationalen Zentralbank bzw. ihrer Geldpolitik, *zweitens* dem hierdurch begrenzten Verteilungsspielraum zwischen Profiten der Unternehmen und Löhnen aller abhängig Beschäftigten (incl. derjenigen im öffentlichen Sektor). Betrachten wir beides nacheinander.

Geldkapitalakkumulation und Zinssouveränität

Nachdem der Zinssatz auf langfristiges Kapital in der akuten Krisenphase des VII. Nachkriegszyklus auf dem Weltmarkt historische Spitzenwerte erreicht hatte (USA, Jahresdurchschnitte: 1981: 12,87 %, 1982: 12,23 %; BRD, Jahresdurchschnitte: 1981: 10,53 %, 1982: 9,08 %), hat sich mit dem Übergang in den laufenden VIII. Zyklus eine deutliche Entspannung an den Finanzmärkten durchgesetzt. Der nominale langfristige Zinssatz liegt in der BRD gegenwärtig bei rd. 6 %, nachdem er 1987 einen Jahresdurchschnittswert von 5,8 % angenommen hatte (Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere). Die gleiche Entwicklung ist für den Kapitalzins in den USA zu verzeichnen. Nachdem sich der Zinsvorsprung der USA gegenüber der BRD in langfristigen Bereich von über 5 % Mitte 1984 auf unter 1,5 % Ende 1986 abgebaut hatte, stieg er im Laufe des Jahres 1987 wieder auf über 2,5 % an und liegt gegenwärtig bei rd. 2 %. In diese Zeit fällt gleichzeitig die Abwertung des US-Dollars gegenüber den wichtigsten Transaktionswährungen auf dem Weltmarkt, gegenüber der DM um rd. 50 % vom Frühjahr 1985 bis zum Jahresanfang 1988. Dabei geht der Abbau des Zinsvorsprungs der USA der Veränderung des Dollar-Wechselkurses gegenüber der DM bis Ende 1986 nahezu parallel. Erst 1987 wird die weitere Abwertung des US-Dollar wieder durch eine an-

steigende Zinsdifferenz zwischen den beiden betrachteten Währungen konterkariert (vgl. Bundesbank 1987, 58f.). Was zeigt sich hieran?

Zwischen den Zentren der US- und BRD-Finanzmärkte, d.h. zwischen US-Dollar- und DM-Kapitalmarkt hat es in der ganzen hier betrachteten Phase *keine internationale Ausgleichung der Zinssätze* gegeben. Oder handlungsbezogen formuliert, die strategischen Kalküle der international operierenden Anleger von Geldkapital, Erwartung von Zinssatz- und Paritätsänderungen, schaffen keinen internationalen Kapitalmarkt mit einer einheitlichen Verwertungsrate der hier gehandelten Ware Geldkapital. Allenfalls im kurzfristigen Bereich der Finanzmärkte mag es solche ungebrochen wirkenden Tendenzen des internationalen Ausgleichs von Zinssätzen durch Arbitragegeschäfte geben. Aber so wenig wie im nationalen Bereich der Geldmarkt den Kapitalmarkt reguliert, so wenig findet dies international statt. Es kommt hinzu, daß nur ein Teil der internationalen langfristigen Kapitalbewegung zinsinduziert ist; Direktinvestitionen sowie ein Teil des öffentlichen internationalen Kapitalverkehrs unterliegen anderen bzw. zusätzlichen Bestimmungsgründen.

Dasselbe läßt sich auch theoretisch-methodisch formulieren. Ausgangspunkt der Kapitalakkumulation ist stets das *nationale Gesamtkapital*; dies gilt für die reale Kapitalakkumulation und mit den nötigen Einschränkungen auch für die Geldkapitalakkumulation. Die unbestreitbaren Internationalisierungstendenzen, sei es innerhalb der Produktion und Zirkulation z.B. durch multinationale Unternehmen, sei es durch die Ausbildung internationaler Finanzmärkte (sogenannte Xenofinanzmärkte) und institutionell-organisatorischer Rahmenbedingungen (24-hour-banking etc.) finden auf dieser Grundlage statt. Das gesellschaftliche Gesamt- oder Nationalkapital ist in erster Instanz eben eine *ökonomische* und nicht nur eine politische Kategorie. Der langfristige Zinssatz — bei der Profitrate auf real zu investierendes Kapital versteht sich dies von selbst — ist somit zunächst eine durch Angebot-Nachfrage-Konstellationen am nationalen Kapitalmarkt bestimmte Größe, die in weiterer Instanz durch grenz- resp. währungsüberschreitende Kapitalströme fortbestimmt wird. Nach wie vor handelt es sich um den Grad der durch internationale Verhältnisse bestimmten Modifikation nationaler Verhältnisse, der — dies soll keineswegs bestritten werden — bei zinstragender Anlage von Geldkapital größer ist als bei profitorientierter Investition von Realkapital.

Dieser Akzentuierung des Einflusses nationaler Bestimmungsgründe der Geldkapitalakkumulation widerspricht nicht, daß die Devisenkurse von internationalen Transaktionswährungen zu einem immer größeren Maße nicht mehr nur durch Leistungsbilanzkonstellationen (resp. deren Widerschein in der nationalen Devisenbilanz), sondern durch Bewegungen der Kapitalverkehrsbilanz (ihres Saldos) bestimmt werden. Das beste Beispiel bietet die Entwicklung des Außenwerts des US-Dollars von Mitte 1980 bis Frühjahr 1985, wo trotz wachsender Defizite in der US-Leistungsbilanz sich die US-Devisen progressiv aufwertete; auch die neuerlichen Aufwertungstendenzen des US-Dollars lassen sich kaum durch Veränderungen der laufenden Außenwirtschaftstransaktionen der USA begründen. Was oberflächlich als zunehmende Anfälligkeit der Wechselkurse erscheint, ihre zeitweilige Entkoppelung vom Saldo der Leistungsbilanz, drückt nichts anderes als die nach wie vor bestehende und sich auch international

manifestierende Verselbständigung der Geldkapitalakkumulation von ihrer realen Grundlage, der Akkumulation von industriellem Kapital, aus.

Damit wird nur die Notwendigkeit der dem konservativen Zeitgeist zunehmender Deregulierung entgegenzusetzende Restriktion der Geldkapitalakkumulation aufs neue unterstrichen. Es ist dies unabdingbar, um die Währungsparitäten wieder zu kalkulierbaren Größen zu machen und die nationale Geld- und Kreditpolitik der Zentralbanken in den Dienst einer dem Beschäftigungsziel verpflichteten Wirtschaftspolitik zu stellen. Es besteht jedoch kein Anlaß, diese wirtschaftspolitischen Perspektiven als illusorisch, weil dem internationalen bestimmenden Einfluß ökonomischer Parameter entgegenstehend, zu brandmarken. Bei allen technischen Schwierigkeiten, beispielsweise eine wirksame und praktikable Kapitalverkehrskontrolle und -beschränkung zu installieren, steht die nationale Kontrolle grenzüberschreitender Kapitalströme keineswegs von vornherein gegen die Logik der Märkte. Diese Marktlogik selbst läßt nationale Spielräume für die Zins- und Währungspolitik, es ist Aufgabe wirtschaftlicher Reformpolitik, diese Spielräume sukzessive zu vergrößern. Für ein Land mit dem »standing« der Bundesrepublik bei Zahlungsbilanz und Währung besteht kein Grund, den angebotsökonomischen Imperativ neokonservativer Prägung in defätistischer Manier sozialdemokratisch umzuinterpretieren.

Spielräume bei der Aufteilung des Nationaleinkommens

Läßt sich so das Diktat von Zahlungsbilanz und international vorgegebener Mindestrendite für die nationale Wirtschaftspolitik relativieren, fällt auch die umstandslose Anerkennung »veränderter Tauschverhältnisse zwischen Kapital, Arbeit und Staat« fort. Die Gegenposition kann allerdings nicht darin bestehen, nur auf die heilsame Wirkung möglichst hoher Reallohnzuwächse zu verweisen.

Im regulären konjunkturzyklischen Prozeß markiert der Übergang in die Phase der zyklischen Prosperität mit ihren kumulativen Expansionsprozessen zugleich eine Verschiebung der Verteilungsposition zwischen Löhnen und Profiten im kapitalistischen Sektor der Volkswirtschaft; die (unbereinigte) Lohnquote beginnt zyklisch zu steigen. Im weiteren Verlauf des Aufschwungs ergibt sich dann notwendig die Situation, in der die angestiegenen Geldlöhne — zusammen mit den angestiegenen sonstigen Erzeugungskosten — die Expansion der Profitmasse so weit beschneiden, daß die Dynamik der Investitionen ihren Gegenschlag erfährt, was über kurz oder lang zur Überproduktion von Ausrüstungsgütern führt. Die Entwicklung der Geldlöhne als Kostengröße spielt so eine wichtige Rolle beim zyklischen Übergang der Prosperität in die Phase der Überproduktion, die den oberen Wendepunkt vorbereitet (vgl. Krüger 1986, 425ff.).

Im Gegensatz zur zyklischen Aufschwungsphase, in der die konsumtive Nachfrage nur eine den Wachstumsprozeß passiv-abstützende Rolle spielt, gewinnt sie im zyklischen Abschwung eine steuernde Funktion: ihre (reale) Bewegung entscheidet wesentlich über das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Verluste der Kapitalentwertung in allen Formen sowie der Brachlegung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers (vgl. ebd., 481). An diesem Punkt läßt sich der Einfluß des modernen Sozial- und Interventions-

staates für die Kapitalakkumulation demonstrieren: die Beeinflussung im Sinne der Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen konsumtiven Nachfrage in den zyklischen Abschwungphasen verkürzt deren Dauer und mindert die gesamtwirtschaftlichen Verluste an Wertschöpfung. Damit wirken die Stabilisatoren des Sozial- und Interventionsstaates über den kurzfristig-zyklischen Kontext hinaus und befördern auch langfristig die Dynamik der Kapitalakkumulation (vgl. Krüger 1988).

Erst über den Durchschnitt des gesamten Konjunkturzyklus gesehen kann nun eine Aussage über die Verteilungsposition zwischen Arbeit und Kapital getroffen werden. Die Reallohnposition der Lohnarbeiter des Kapitals, gegeben durch die zyklendurchschnittlichen Geldlöhne und das allgemeine Preisniveau für Konsumtionsmittel, ist die letzte resultierende Größe der Kapitalakkumulation; hierin kommt die subalterne Position der bloßen Eigentümer von Arbeitskraft im Kapitalismus zum Ausdruck (vgl. Heise 1988, 331; Krüger 1986, 364ff.). Unter Verteilungsgesichtspunkten zeigt sich aber eine ähnliche »Dialektik« des Sozialstaateinflusses: zwar wird das Verhältnis zwischen Lohn und Profit nicht unmittelbar verschoben — dies ist sichtbar an der ungefähren Konstanz der bereinigten Lohnquote in der BRD bis zum Anfang der achtziger Jahre —, jedoch wird durch die Belastung der kapitalistischen Wertschöpfung mit sozialstaatlichen Abgaben der Anstieg der allgemeinen Mehrwertrate relativ gehemmt, auf der anderen Seite durch Verminderung der Verluste an Profitmasse wiederum gesteigert.

Dieses skizzierte Zusammenwirken kurzfristig-zyklischer Faktoren und langfristiger Effekte mit Bezug auf das Verhältnis zwischen Lohn und Profit in der BRD ist jedoch *seit Anfang der achtziger Jahre* tiefgreifend verändert. Was sich schon im VII. Nachkriegszyklus (1976-1982) andeutete, ist mit dem Übergang in den gegenwärtigen Zyklus manifest geworden: das »klassische« Zyklusmuster unterliegt Auflösungsstendenzen, am augenscheinlichsten ist das Fehlen gesamtwirtschaftlicher kumulativer Expansionsprozesse. Demzufolge spielt auch die Geldlohnentwicklung nicht mehr die vergleichbare Rolle wie in früherer Zeit. Interpretiert man diese Veränderungen im Ablauf der Konjunktur nicht als Ausdruck des in der Realität endlich erreichten Übergangs zu einem von der Neoklassik schon immer unterstellten »steady growth«, sondern umgekehrt als Erscheinungsform einer anhaltenden *Überakkumulation von Kapital*, so sind auch die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten grundsätzlich andere.

Sowohl die Entwicklung der Lohnquoten (brutto/netto, bereinigt/unbereinigt) als auch die Entwicklung der allgemeinen Rate des Mehrwerts des BRD-Kapitals (vgl. Schlecht 1987) unterstreichen die Existenz einer Überakkumulationssituation: was seit dem zyklischen Periodenwechsel 1982/83 abläuft, ist eine massive Umverteilung zwischen Löhnen und Profiten — sowohl marktseitig, als auch politisch flankiert — bei insgesamt nur mäßigem Wachstum des neuproduzierten Werts. Expansive Impulse ergeben sich hauptsächlich durch das Ausland, durch Exportsteigerungen und wechselkursbedingte Kaufkraftfreisetzung im privaten Verbrauch. Trotzdem der obere Wendepunkt der Konjunktur augenscheinlich noch nicht durchlaufen ist, steht die Stützfunktion der konsumtiven Nachfrage für die Kapitalakkumulation eindeutig im Vordergrund. Dies um so mehr, um bei dem allfälligen Übergang in den zyklischen

Abschwungsprozeß den kontraktiven Multiplikator zu begrenzen. Eine Veränderung der Verteilungsposition zugunsten der Löhne, d.h. eine Steigerung der Lohnquote bzw. Reduktion der Mehrwertrate bleibt jedoch — wie stets — eine defensive Maßnahme, die unmittelbar noch keine strukturverändernden und -gestaltenden Momente aufweist. Diese müssen hinzukommen — möglich ist dies bekanntlich aber nur unter Bedingungen, in denen die Situation ökonomisch, sozial und politisch so stabilisiert ist, daß ein Krieg aller gegen alle im eigenen Lager und in der ganzen Gesellschaft ausgeschlossen werden kann.

Literaturverzeichnis

- Bundesbank, 1987: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1987, Frankfurt/M.
Heise 1988: Was ist an Lafontaines Vorschlag »neoklassisch«? In: *spw* 42, 11.Jg.
Krüger, S., 1986: Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, Hamburg
Krüger, S., 1988: Nachfragepolitik: Keynes + Marx. In: *Sozialismus* 103, 14.Jg.
Lafontaine, O., 1988: Die Gesellschaft der Zukunft, Hamburg
Scharpf, F., 1987: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/M., New York
Schlecht, M., 1987: Optimismus fehl am Platz — Entwicklungstendenzen der BRD-Wirtschaft: Akkumulation, Mehrwert, Profit. In: *Sozialismus* 93, 13.Jg.

Dokumentation

Langweilige Bekenntnisse zu einer illusionslosen Bestandsaufnahme

Vorbemerkung: Bei den Grünen steht der Konflikt um die strategische Orientierung der Partei auch weiterhin im Mittelpunkt. Auf den ersten Blick geht es um zwei sich ausschließende Entwicklungsmöglichkeiten: Systemopposition oder grün-alternatives Korrektiv innerhalb der bestehenden Parteienlandschaft. Dementsprechend gegensätzlich sind denn auch die Bündnisoptionen: Hier Sammelbecken für alle oppositionellen Gruppen, dort als »Ministerflügel« Bündnispartner der SPD. Der Strategiekongreß vom 17. bis 19. Juni hat nicht zu der erhofften Verständigung zwischen den Flügeln geführt. Der Kongreß brachte jedoch eine Differenzierung der festgefahrenen Fronten: Neben einer Mitte-Gruppierung, die zur Urabstimmung über den künftigen Kurs aufruft, sind eine ganze Reihe weiterer Strömungen sichtbar geworden. Die Situation bei den Grünen wird damit unübersichtlicher, zugleich bietet sie aber auch die Chance, daß neue Diskussionen abseits der alten Gräben entstehen können.

Zu den neuen Gruppierungen gehören auch die »Linken in den Grünen« oder auch »Undogmatische Sozialisten« genannt. Deren hier dokumentierte Analyse der Situation der Partei geht von der »heillosen Selbstüberschätzung der Möglichkeiten der Grünen« sowohl bei Realos als auch bei Fundis aus. Die UnterzeichnerInnen des Papiers kommen vor allem aus der Hamburger GAL und der Berliner AL. Die Redaktion von *spw* sieht in dieser Position auch einen wichtigen Ansatz, um einen neuen Dialog über rot-grüne Bündnisse zu eröffnen.

Andreas Wehr

* * *

I.

Die Grünen haben die politische Initiative verloren. Die Wahlergebnisse — und nicht nur diese — sind stagnierend bis rückläufig, in der Medienöffentlichkeit wird — soweit die Grünen dort überhaupt noch vorkommen — ein Bild der Zerrissenheit, Konzeptionslosigkeit und Skandale gezeichnet. Prophezeiungen über ein Verschwinden der Grünen aus dem nächsten Bundestag haben wieder Konjunktur. Die SPD hat ohne größere innerparteiliche Probleme und Auseinandersetzungen die schon immer ungeliebte Option eines rot-grünen Bündnisses abgeschrieben und liebäugelt wieder in Richtung FDP. Seit den Bundestagswahlen 1987 ist es den Grünen in keiner einzigen zentralen politischen Frage gelungen, diese zu *ihrem* Thema zu machen, öffentlichkeitswirksam zu besetzen und gegenüber den etablierten Parteien in die Offensive zu kommen. Waren die Grünen im Raketenherbst noch die Partei der Friedensbewegung, parlamentarischer Kristallisationspunkt des Widerstandes gegen die Aufrüstungspolitik der NATO, so haben sie in der politischen Auseinandersetzung um das IWF-Abkommen keine relevante politische Rolle mehr gespielt. Bildete der Flick-Skandal noch das politische Thema der Grünen, so waren sie in der Auseinandersetzung um die Barschel-Affäre nicht präsent. Konnten sie 1986 nach Tschernobyl als Partei des Ausstiegs aus der Atomenergie noch Rückenwind spüren und selber Wind machen, wird heute der Nukem/Alkem-Skandal parlamentarisch »kleingearbeitet«. Die Nordsee kippt um —

und die einzigen Schlagzeilen, die die Grünen machen, betreffen das Umkippen der Bundestagsfraktion in Sachen Mindeststrafe für Vergewaltiger.

Soweit eine knappe Zustandsbeschreibung. Sie zeigt die Symptome einer Orientierungskrise der Partei, die tiefgreifender und grundlegender ist, als die schon mehrfach durchlebten und überwundenen konjunkturellen Tiefs z.B. nach einer Wahlschlappe. Die Diagnose dieser Krise muß ansetzen bei der Untersuchung von Veränderungen in der Gesellschaft, den politischen Kräfteverhältnissen und Konstellationen, die die politischen Konzepte, die das politische Agieren bestimmt haben und bestimmen, heute wirkungslos verpuffen lassen. Wenn wir uns die Frage stellen, warum Grün nicht mehr wächst, so stellt sich zunächst die Frage, wie und warum Grün in der Vergangenheit gewachsen ist.

1. Daß sich der gesellschaftliche Protest und Widerstand Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre in der Bildung einer neuen Partei kristallisieren konnte, ist dem Zusammenfall einer Reihe spezifischer Umstände zu verdanken:

- dem Niedergang des sozialliberalen »Modells Deutschland«, während dem die SPD ihre Integrationsfähigkeit gegenüber oppositionellen Bewegungen weitgehend verlor, Anfang der siebziger Jahre von ihr geweckte und von ihr gebundene Reformhoffnungen enttäuschte und als Regierungspartei zum »Hauptgegner« der sozialen Bewegungen wurde;
- dem Aufschwung der neuen sozialen Bewegungen, vor allem der Frauen-, Friedens- und der Anti-AKW-Bewegung;
- dem Zusammenfallen der Krise des sozialdemokratischen Fortschrittsmodells mit einem wachsenden Bewußtsein über die ökologische Krise, was das Zusammenfinden verschiedener politischer Strömungen innerhalb eines parteipolitischen Projekts erleichterte und begünstigte.

Die neu entstandene Partei verstand sich als die Alternative zu der »einen reaktionären Masse« der etablierten Parteien. Sie sollte eine »Partei neuen Typs« sein, die sich in direkter Verlängerung der außerparlamentarischen Bewegung als deren Sprachrohr begriff — beides kulminierte in Petra Kellys Terminus von der »Anti-Parteien-Partei«. Mit dieser (vermeintlich) frontalen Gegnerschaft gegen das »Allparteienkartell der Etablierten« und mit dem Anspruch, die verkrusteten Strukturen des bundesrepublikanischen Parteienstaats aufzubrechen, trafen die Grünen eine gesellschaftliche Stimmung. Die SPD mußte — solange sie sich weiter an die Regierungsmacht klammerte — links Terrain freimachen. Die Logik des »kleineren Übels« (mit der Strauß-Kandidatur noch einmal kurzfristig aktualisiert) schien sich erschöpft zu haben. Das offizielle politische System war »dicht« gegenüber den Forderungen und Anliegen der neuen sozialen Bewegungen und stand diesen starr gegenüber. In dieser Situation konnten die Anliegen der oppositionellen Bewegungen nur über eine neue politische Partei im politischen System artikuliert werden. Dementsprechend bestand die Aufgabe im wesentlichen »nur« darin, verschiedene politische und soziale Kräfte um die »richtigen Forderungen« (die wesentlichen Anliegen der sozialen Bewegungen) zu gruppieren und auf dieser Grundlage zum politischen Bruch mit der SPD und der Logik des kleineren Übels aufzufordern. Das politische Instrumentarium des »Fundamentalismus«, die

»Unversöhnlichkeit in der Sache«, die »Überordnung der Inhalte über die Regierungsfrage« und die daraus resultierende schroffe Gegnerschaft zur SPD stand damit beim Gründungsprozeß der Grünen Pate.

2. Mit dem Wechsel von der sozialliberalen zur CDU/FDP Koalition 1982/83 begann sich auch die politische Konstellation, in der sich die Gründung der Grünen vollziehen konnte, zu verschieben. Die SPD, von der »Last der Regierung« befreit, beginnt sich rhetorisch den Themen der sozialen Bewegungen gegenüber zu öffnen — am deutlichsten in der Frage der Stationierung der Mittelstreckenraketen. Die Demonstrationen des DGB — ursprünglich noch gegen die unsoziale Sparpolitik der SPD-geführten Bundesregierung geplant — werden zu Mobilisierungen gegen die Wende. In Hamburg und Hessen kommt es zu rot-grünen Mehrheiten. Statt der Artikulation des Widerstandes gegen sozialdemokratische Regierungspolitik wird der Widerstand gegen die Wendepolitik zum politisch bestimmenden Thema. Die Attraktivität der Grünen resultiert nicht mehr aus ihrer frontalen Opposition gegen die Etablierten einschließlich der SPD, sondern aus ihrer möglichen Funktion, im Rahmen einer eventuellen rot-grünen Mehrheit als »linkes Korrektiv« zur SPD zu wirken. Mit dem Aufkommen der rot-grünen Hoffnungen beginnt zugleich der Abstieg des Fundamentalismus. Er erscheint in zunehmendem Maße als Hindernis dafür, eine eventuelle rot-grüne Mehrheit zur Ablösung bzw. Verhinderung schwarz-gelber Koalitionen zu nutzen und bereitet so dem Aufstieg der Realos innerparteilich den Weg, die zunehmend als die einzige Kraft *erscheinen*, die eine Antwort auf die rot-grüne Herausforderung hat. Grüne Wahlergebnisse beginnen nach einem relativ einfachen Schema zu verlaufen: scheint eine rot-grüne Mehrheit nicht erreichbar, so ist eine Stimmabgabe für die Grünen relativ »ungefährlich«, das Wahlergebnis ist vor allem von sozialer und politischer Struktur des jeweiligen Landes bestimmt (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Berlin, Bayern, Bund); erscheint eine absolute Mehrheit der SPD realistisch und ein Einzug der Grünen ins Parlament ungesichert, wählen die »rot-grünen WechselwählerInnen« sicherheitshalber SPD (Saarland, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein); erscheint eine Mehrheit gegen die Wende nur als eine gemeinsame rot-grüne Mehrheit möglich, hängt das Wahlergebnis davon ab, inwieweit die Grünen als Garant dafür erscheinen, daß diese Mehrheit auch zur Regierungsbildung genutzt wird (Hamburg 1982 und 1987, Hessen 1982 und 1987).

3. Mit dem Scheitern der rot-grünen Koalition in Hessen und den Neuwahlen in Hamburg geht diese von der Hoffnung auf ein rot-grünes Bündnis bestimmte Phase zu Ende. Es ist dabei eine der realpolitischen Lebenslügen und gleichzeitig eine politische und intellektuelle Unredlichkeit, wenn den »Hamburgern« die Alleinschuld an der Zerstörung der Hoffnungen auf ein rot-grünes Bündnis und das Wiederaufleben der sozialliberalen Option in der SPD zugeschoben wird. Die bündnispolitische Rechtswende der SPD hatte bereits eingesetzt, als sie bei der Wiederholungswahl für die rot-grüne Koalition in Hessen enorm an Stimmen verlor. Durch die Tolerierungsverhinderungspolitik der Hamburger Mehrheit wurde diese lediglich endgültig besiegelt.

Eine Koalition ist die engste Form der politischen Zusammenarbeit, die strukturell zwischen zwei Parteien möglich ist. Als Regierungsbündnis muß sie, will sie erfolg-

reich sein, auf wesentlichen inhaltlich-strategischen Gemeinsamkeiten beruhen, die über eine bloß taktische Kooperation hinausgehen. Bestehen weder diese Gemeinsamkeiten noch relevante gesellschaftliche Subjekte als TrägerInnen einer offensiven Reformpolitik, so ist eine derartige Bündnisform, wie sie die Koalition darstellt, fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Das hessische Wahlergebnis mit den massiven Verlusten der SPD nach rechts (und zu den Grünen) zeigte, daß es für eine rot-grüne Koalition keine gesellschaftliche Mehrheit gab. Die SPD wollte gar nicht für eine offensive Reformpolitik eintreten, weil das Für und Wider eines solchen Weges mitten durch ihre Reihen geht, weshalb sie befürchten muß, im Falle eines Falles nach rechts zu verlieren, während es links nichts zu gewinnen gibt, weil da die Grünen schon sind. So hat sich die propagandistische Profilierung (»Gegengewicht gegen Bonn«) schnell im Dickicht der taktischen Winkelzüge und Bremsversuche gegenüber dem kleineren Regierungspartner verloren, während Rechts bei jedem noch so kleinen Reförmchen aufschrie, daß dies auf den Einfluß der Grünen zurückgehe. Indem stinknormale sozialdemokratische Regierungspolitik als gemeinsame rot-grüne Politik verkauft und gefeiert wurde, wurden so zusätzliche Blockaden gegen auch noch so bescheidene Reformen mobilisiert. Die Horrorvision des rot-grünen Chaos konnte von rechts dem Stammtischspießier als Realität verkauft werden, was die SPD am rechten Rand zu spüren bekam. Wie schrieb Joschka Fischer 1984 so weitsichtig:

»Meine größte Angst bei diesem (hessischen) Weg besteht nicht im Identitäts-Verlust, sondern in der Tatsache, daß die Grünen objektiv mit der Sozialdemokratie unter Einigungsdruck geraten, obwohl die sozialen, ökonomischen und historischen Grundlagen nicht gegeben sind. Einem solchen Bündnis wäre das Schicksal der Labour-Party unter Callaghan beschieden, d. h. sie wäre ein hilfloses Zwischenspiel vor einem deutschen Thatcherismus«.

Recht hatte er. — Die »harte Tolerierungslinie« der Hamburger machte es der SPD nur leicht, die Abwendung von rot-grünen Bündnisoptionen innerparteilich perfekt zu machen und innerhalb des »rot-grünen Lagers« in der Gesellschaft als glaubhafte Perspektive zu zerstören. Es brauchte nicht viel politischen Sachverstand, um zu erkennen, daß die als Ultimatum präsentierten harten Tolerierungsbedingungen der GAL von der SPD niemals akzeptiert werden würden, weil sie die Umwandlung der SPD in eine große grüne Partei erfordert hätten. Stellt man die interne Heterogenität der SPD in Rechnung, hätte ein Akzeptieren *dieser* Forderungen der GAL das innerparteiliche Tisch Tuch zerschneiden und die SPD an den Rand der Spaltung gebracht. Die harte Tolerierungslinie der GAL stellte so das von SPD und Grünen umkämpfte WählerInnen-spektrum vor die Alternative: eine CDU-Regierung mit einer starken GAL als Opposition oder eine Regierung des »kleineren Übels« mit dem von ihr gewünschten Koalitionspartner plus einer GAL-Opposition. Durch die Negation des kleinen Unterschieds zwischen rot und schwarz hat die GAL-Mehrheit ihren Teil dazu beigetragen, daß er von der SPD zu einem ganz großen aufgeblasen werden konnte und hat der SPD damit die Flucht in die ohnehin nach Hessen anvisierte sozialliberale Koalition erleichtert.

Mit Hamburg und Hessen haben die Grünen die politische Initiative verloren und ist das Scheitern der beiden Flügel (eigentlich) offensichtlich. Ganz entgegen seiner Intention war der Effekt des Fundamentalismus eine Stärkung der SPD und eine Schwächung

des grünen Einflusses, während der Effekt der Strategie des Ministerflügels in der Unterordnung der Grünen unter die SPD und einer Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts, sprich: einer Verfestigung der konservativen Hegemonie in der Gesellschaft, bestand. Dieser kombinierte Effekt hat die heutige politische Situation und den Verlust an politischer Initiative bei den Grünen mitverursacht.

II.

Die Alternativen Realpolitik und Fundamentalismus sind damit Ausdruck historisch verschiedener Entwicklungsphasen und Entwicklungsbedingungen der Grünen. Sie drücken auch ein systematisches Grundproblem grüner Politik aus. Dieses Problem besteht, allgemein gesprochen, in der enormen Kluft zwischen den Forderungen grüner Programmatik und den real existierenden gesellschaftlichen Verhältnissen, der Notwendigkeit radikaler Veränderungen und ihrer aktuellen Unmöglichkeit. Dieses Dilemma wird jedoch durch den Einzug der Grünen in das Parlament noch zugespitzt. Sie haben sich damit mit der paradoxen Situation auseinanderzusetzen, »daß unter den Bedingungen dieses parlamentarischen Parteienstaates auch die radikalste Opposition 'innerhalb' der politischen Diskurse, Mechanismen und Apparate agieren muß, um überhaupt die Chance zu erwerben, jemals über den gegenwärtigen politischen Inhalt, den diese Apparate usw. reproduzieren, hinauskommen zu können« (F.O. Wolf 1988).

Mit der Etablierung als parlamentarische Partei wurden die Grünen zugleich den Mechanismen des Parlamentarismus unterworfen, wie z.B. dem Wechsel von Regierung und Opposition. Mit dem Einzug der Grünen in die Parlamente haben sie zugleich die Abwehrmechanismen des Parteienstaates gegen eine radikale Opposition aktiviert — einstmals spezifisch »grüne« Themen, die ihnen in der Phase 1978 bis 1983 weitgehend kampflos von den Etablierten überlassen wurden, werden heute von den staatstragenden Parteien »bearbeitet« und zugleich »kleingearbeitet«, in ihre jeweiligen Projekte der Modernisierung des westdeutschen Kapitalismus integriert (z.B. die Umwelt- und Frauenpolitik). Dies ist einerseits durchaus ein Erfolg grüner Politik, drückt sich hierin auch die Tatsache aus, daß sich ein gesellschaftlicher Konsens verschoben hat, daß die von den Grünen artikulierten gesellschaftlichen Probleme und Konflikte in das Bewußtsein breiter — über das unmittelbare WählerInnenpotential der Grünen hinausreichende — Schichten der Bevölkerung eingedrungen sind. Diese Entwicklung bedeutet gleichzeitig eine Gefahr für grüne Politik, ist sie doch eine Methode der Bekämpfung der Grünen mit dem Mittel des »Abkaufens« grüner Forderungen, ihrer »Integration«, ein Mittel ihnen gesellschaftliche Dynamik und Sprengkraft zu nehmen, den Eindruck erwecken, es werde ja immerhin »etwas getan«. Das Fundi-Realo-Schema stellt die zwei entgegengesetzten Pole in der Skala möglicher Reaktionsweisen auf diesen Mechanismus des parlamentarischen Parteienstaates dar: Während die Realos sich diesem Mechanismus anpassen und unterordnen, ihre Politik auch subjektiv zunehmend auf das unter den gegebenen Verhältnissen im Parteienstaat Machbare ausrichten (was ihren Eifer in Sachen Programmrevision erklärt), versuchen die Fundamentalisten diesen Mechanismus weitgehend zu ignorieren. Beiden gemeinsam ist eine Ahnungslosigkeit hinsichtlich der Wirkungsweise des parlamentarischen »Spiels« —

um so leidenschaftlicher unterscheiden sie sich in ihren banalen und falschen Schlußfolgerungen: »Mitgestaltung« durch programmatische Anpassung auf der einen, »Ultimatismus« und »Beharren auf unverfälschten Inhalten« auf der anderen Seite. In der Konsequenz ihres politischen Handelns kommen sie sich wieder verdächtig nahe: die politische Initiative bleibt bei den Etablierten.

Dieses strategische Dilemma der Grünen kann nur durch eine präzise Selbsteinschätzung der real vorhandenen Möglichkeiten der Grünen als Partei aufgelöst werden. Nur durch einen klaren Begriff von den eigenen Möglichkeiten und Aufgaben können diese auch genutzt werden und kann (wenn überhaupt) grüne Politik Initiative und Dynamik wiedererlangen. Schon bei Hegel heißt es:

»Wer etwas Großes will, der muß sich zu beschränken wissen, wer dagegen alles will, der will in der Tat nichts und bringt es zu nichts.«

Realos und Fundis leiden an einer heillosen Selbstüberschätzung der Möglichkeiten der Grünen mit dem Resultat, daß da, wo »Alles« gefordert wird, »Nichts« herauskommt. Die Grünen hätten »den Anspruch, unsere Politik selbst umzusetzen. Dafür werden wir gewählt, dafür haben wir uns gegründet«, heißt es im Realo-Manifestentwurf. Wird so die Regierungsbeteiligung zum Daseinszweck grüner Politik und stimmt es, wie wir behaupten, daß sich grüne Politik im Widerspruchsfeld zwischen der Notwendigkeit radikaler Veränderungen und ihrer aktuellen Unmöglichkeit bewegt, dann kann die realpolitische Machtphantasie nur im Opportunismus und damit in der politischen Ohnmacht enden. Dann kann dieser Widerspruch auch nur liquidiert werden, indem man sich platt auf die Seite derjenigen stellt, die die herrschenden Verhältnisse für unveränderbar erklären, die gegebenen Kräfteverhältnisse akzeptieren (»mehr ist nicht machbar«), statt diesen Widerspruch in eine produktive und politisch vorwärtstreibende Bewegungsform zu bringen und eine Strategie zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu entwickeln. Das »Machbare« wird dann zu grandiosen Möglichkeiten bzw. Erfolgen grüner Politik aufgeblasen, mit denen man sich und die Partei in einen selbstbetrügerischen Taumel zu reden versucht. Was Grüne Politik ist, wird dann nicht mehr an den Inhalten dieser Politik entschieden, verflüchtigt sich im Machbarkeitsrausch ins Beliebige. Grüne Politik ist dann, was grüne PolitikerInnen »umsetzen«, unabhängig von ihrem Gehalt. Der Dissens zwischen uns und den etablierten Parteien in der politischen Wirklichkeit kann dann nur noch in den ideologischen Nebel umgelogen werden, nachdem die Lösung der »Gattungsfragen ... eher gewaltfreien Ausgleich und Konsensbildung jenseits der tiefen ... ideologischen und politischen Gräben voraussetzt« (»Sein oder Nichtsein«, S.7). Und wenn die Etablierten sich nicht auf uns zubewegen, dann müssen sich die Grünen halt um des »Konsenses« willen, auf diese zubewegen. Dann wird die Akzeptanz der NATO-Integration, die »Entrümpelung unseres Verhältnisses zum Unternehmertum«, »Ökokapitalismus« und Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols zur logischen Folge einer Position die Durchsetzungsfähigkeit und politische Macht mit Regierungsbeteiligung verwechselt. Die Regierungsbeteiligung als Haupt- und Endzweck grüner Politik hat in der hessischen Koalition dann dazu geführt, daß die Grünen zwar »umgesetzt« haben, aber nicht »unsere«

sondern *sozialdemokratische* Politik — und die Tatsache, daß ein grüner Minister sie dann umsetzte, als Veränderung der schnöden Wirklichkeit sozialdemokratischer Regierungspolitik hochgejubelt. Und wenn sich die SPD heute wieder sozialliberalen Optionen zuwendet, ist es nur folgerichtig, wenn Joschka & Co. auf einmal mit den Liberalen in Konkurrenz treten und die Grünen als bessere, »grüne« FDP stylen wollen. So bleibt am Ende von der realpolitischen Rhetorik von der »Durchsetzung grüner Inhalte« und der »gestalterischen Politik« qua Regierungsbeteiligung nur eines übrig — nicht Umgestaltung und Umbau der Industriegesellschaft, sondern der grünen Partei.

Der Fundamentalismus mit seiner »Unversöhnlichkeit in der Sache« und seiner »Überordnung der inhaltlichen Forderungen über das Ritual des parlamentarischen Kompromisses« setzt sich genauso bequem auf der anderen Seite des Widerspruchs fest. Wenn auch seitens der ökosozialistischen Variante des Fundamentalismus mit dem Versuch der Tolerierungspolitik in Hamburg 1982 der ernsthafte gemeinte Versuch unternommen wurde, die Mechanismen der Parteienkonkurrenz »gegen den Strich zubürsten« und für die Artikulierung und partielle Durchsetzung radikaler Anliegen zu nutzen, so hat dies spätestens seit dem innerparteilichen Bündnis mit den RadikalökologInnen keinerlei strategische Konsequenz mehr, übrig geblieben ist allein die Betonung der Notwendigkeit der Polarisierung, der radikalen Gegnerschaft zum Status quo, der Notwendigkeit, den gesellschaftlichen Dissens und Gegenmacht zu organisieren.

All dies sind notwendige und unverzichtbare Elemente einer linken Strategiebildung; unter gesellschaftlichen Verhältnissen, wo es ausgeschlossen ist, daß wesentliche Anliegen der Grünen unverfälscht durchgesetzt werden können, und angesichts der Tatsache, daß die Grünen und die sie tragenden gesellschaftlichen Kräfte (trotz der Hagener Beschlüsse) aus sich heraus auch gar nicht die Fähigkeit haben, hegemonial zu werden und die Machtfrage zu stellen, kann grüne Strategie nicht nur im offensiven Berennen der Bastionen der Herrschenden bestehen, sondern muß auch — und gerade — die Fähigkeit besitzen, den Kompromiß als Mittel im politischen Kampf einzusetzen.

Grüne Inhalte können — wenn überhaupt — nur gebrochen und in Teilen realisiert werden, indem sie von anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften partiell aufgegriffen werden. Das mag einem gefallen oder nicht — es ist zunächst einmal die (bittere) Wahrheit, die zur Kenntnis genommen werden muß. Dieser Integration durch den Parteienstaat (der die Realos einfach aufsitzen) kann man nicht einfach dadurch entgehen, indem die Integrationsangebote nur denunziert und ihnen ein trotziges »Alles oder Nichts« entgegenhält. Der Effekt einer solchen Strategie kann nur ein Schlag ins Leere sein, weil — da »Alles« nicht zur Verfügung steht — nur die Alternative »Nichts« bleibt. Damit erfahren die Integrationsangebote eine unverdiente Aufwertung, da sie immer noch mehr als »Nichts« sind (oder zumindest so präsentiert werden können). Statt das gewünschte Resultat einer Vertiefung des Dissenses mit der herrschenden Politik zu zeitigen, endet eine solche Strategie, die sich nahezu ausschließlich aus dem Arsenal des Frontalangriffes speist, in der Regel nur in einer Verbreiterung der Zustimmung zur herrschenden Politik, statt in einer Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, in ihrer Zementierung. Da sich gesellschaftliche Widersprüche auch in

den Parteien und in den Staatsapparaten niederschlagen gilt es dagegen, jeden Riß im gegnerischen Lager auszunutzen und jeden — auch nur zeitweiligen und unsicheren Verbündeten in der Gesellschaft zu gewinnen, um den Druck auf die Herrschenden zu verstärken.

Derartige Kompromisse haben nichts mit der Anpassung und Unterordnung unter das Bestehende zu tun. Sie müssen existierende Brüche im gesellschaftlichen Konsens konsolidieren und vertiefen, die Bedingungen für die Verfolgung oppositioneller Ziele verbessern, partielle Errungenschaften absichern — kurz: die Option auf eine radikale Gesellschaftstransformation offenhalten und nicht blockieren. Dies verlangt auch, daß Kompromisse als das benannt werden, was sie sind — und nicht als Verwirklichung grüner Politik gefeiert werden. Eine solche Politik verlangt deshalb die (relative) Autonomie der Grünen gegenüber dem Staat.

Sie müssen einerseits innerhalb der Mechanismen der Parteienkonkurrenz wirken und können diese nicht einfach durch den Willensakt der »Überordnung der inhaltlichen Forderungen über das Ritual des parlamentarischen Kompromisses« entgehen. Sie müssen aber zugleich durch die Art ihrer Interventionen über diesen Mechanismus hinausweisen, indem sie ihren zentralen Bezugspunkt nicht im Staat, sondern in der Gesellschaft haben und ihre zentrale Funktion darin sehen, gesellschaftliche Widersprüche in die Staatsapparate zu tragen. Kompromisse haben im Rahmen dieser strategischen Bestimmung grüner Politik nichts mit einer (Re-)Integration in den staatstragenden Konsens und die Zurichtung der eigenen Programmatik auf diesen, zu tun, sondern haben die Funktion, dabei zu helfen, neue Bündnisse in der Gesellschaft herzustellen und damit zur Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse über die Vertiefung von Dissens durch die »Ausnutzung selbst des keinsten Risses« im gegnerischen Lager beizutragen.

Wir wollen versuchen, dies am Beispiel der Kampagne zur Stilllegung der AKWs nach Tschernobyl deutlicher zu machen: Die existierende Bevölkerungsmehrheit, die für einen Ausstieg aus der Atomenergie eintrat, setzte sich aus einer Minderheit zusammen, die den Sofortausstieg der Grünen befürwortete, und einer Mehrheit, die eine schrittweisen Ausstieg forderte. Die Forderung nach dem Sofortausstieg drückte die Notwendigkeit einer radikalen Umkehr in der Energiepolitik aus, die Tatsache, daß diese Forderungen nur von einer gesellschaftlichen Minderheit vertreten wurde, unterstreicht (neben dem Widerstand von Staat und Atomwirtschaft, der auch bei einer Bevölkerungsmehrheit für den Sofortausstieg erst noch gebrochen gehört) die aktuelle Unmöglichkeit des Sofortausstiegs. Das strategische Problem bestand nun darin, radikale Mehrheit und gemäßigte Minderheit der Ausstiegsbefürworter in einem politischen Bündnis zusammenzufassen, diese in einer gesellschaftlichen und politischen Mobilisierung zu bündeln mit dem Ziel, konkrete Ausstiegsschritte einzuleiten. Die Hauptauseinandersetzung auf das »Sofort« des Ausstiegs zu konzentrieren, konnte nur blockierend gegenüber der notwendigen politischen Aktionseinheit von gemäßigtstem und radikalem Lager wirken und ermöglichte der SPD gleichzeitig, sich als Partei des »realistischen Ausstiegs« zu präsentieren, ohne von den Grünen zur Nagelprobe geordert zu sein. Dieser »Kompromiß« nicht auf dem »Sofortausstieg« als Bündnis- oder

Tolerierungsvoraussetzung zu beharren, hätte nicht bedeutet, die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aufzugeben, sondern hätte als Hefe und radikalisierender Motor in einer breiten Bewegung für den »Einstieg in den Ausstieg« wirken können und so maximalen politischen Effekt erzielen können. Die politische Kunst hätte also darin bestanden, eine gewisse »Integration« unserer Forderung zuzulassen, ohne die Distanz und Kritik gegenüber diesem Kompromiß aufzugeben, ohne als Partei integriert und im Kompromiß aufzugehen, sondern als radikaler und entschiedenster Flügel in einer breiten Ausstiegsbewegung zu agieren. Während die Fundis anscheinend mit der Katastrophe im Rücken hofften, mit der Forderung nach Sofortausstieg den politischen Durchbruch erzielen zu können, waren die Realos von der Illusion bezaubert, man könne die SPD jetzt endlich über den Koalitionstisch ziehen. Laut Jochen Vielhauer

»starten in diesen Tagen alle Augen nach Hessen, weil hier konkrete Schritte möglich sind, weil hier die Grünen mitregieren. (...) Die Grünen als Regierungspartei sind *der entscheidende Faktor*, der den Marsch in den Plutoniumstaat behindert.«

Die realpolitische Allmachtphantasie mit dem Glauben an die alles entscheidende Rolle der grünen Regierungsbeteiligung tut so, als hätte es nie eine Anti-AKW-Bewegung gegeben, die mit außerparlamentarischer Mobilisierung immerhin ein de-facto-Moratorium durchgesetzt hat. Sie propagiert offen Stellvertreterpolitik und wiegt die Leute in der Gewißheit, der Minister werde es schon richten, statt deutlich zu machen, daß grüne ParlamentarierInnen oder unseretwegen auch grüne MinisterInnen bestenfalls gesellschaftliche Mobilisierungen und Kämpfe *befördern* und schließlich ratifizieren können, was in diesen erreicht wurde. Der realpolitische Realitätsverlust ist hier endgültig in opportunistische Dummheit und maßlose Selbstüberschätzung umgeschlagen.

III.

Wir könnten unsere strategischen Überlegungen noch an einer Vielzahl weiterer Beispiele illustrieren. Uns geht es zunächst um eines: daß die Grünen mehrheitlich erklären, daß die strategischen Konzepte von Realos und Fundis gescheitert sind und daß sich Rechenschaft über die Gründe dieses Scheiterns abgelegt wird. Daß die Partei sich allen selbsternannten RetterInnen verweigert, sondern ihr strategisches Problem erst einmal als solches zur Kenntnis nimmt und sich ihm stellt. Sich diesem Problem zu stellen heißt für uns vor allem, sich dem aus der politischen Perspektivlosigkeit geborenen Amoklauf des Ministerflügels zu erwehren, dem bei der Verfolgung seiner fixen Idee der Grünen als Regierungspartei offensichtlich jeder politische Schwachsinn recht ist. Die Alternative des Ministerflügels, »realpolitisch sein oder nicht sein«, ist ein dreister Erpressungsversuch gegenüber der Partei und in seiner gedanken- und phantasietötenden Zuspitzung reaktionär (Gefolgschaft ist angesagt!). Wer diese Alternative stellt, der erklärt nach der Regierungsbeteiligung auch noch die Partei zum Selbstzweck, der erklärt ihr Überleben zu einer von dem Zweck, zu dem sie einstmals gegründet wurde, unabhängigen Notwendigkeit, der macht sie von einem Instrument, das emanzipatorischen Zwecken dienen sollte, zu einem Organismus, dessen Über-

leben angeblich nur um den Preis der Zerstörung der Anliegen und Ziele für deren Verfolgung er geschaffen wurde, zu haben sei. Es geht darum, daß grüne Politik auf den Boden der Wirklichkeit zurückkommt, denn ihre Zurkenntnisnahme ist der Ausgangspunkt dafür, die Möglichkeit zu ihrer Veränderung wahrnehmen zu können. Grüne Politik und die Strömungen dürfen nicht mehr nach ihren Absichten und Bekenntnissen bemessen werden, sondern nach den Wirkungen, die sie in der politischen Wirklichkeit zeitigt. Nur so können die Grünen wieder »Stachel im Fleisch« der Herrschenden werden — nicht mehr, weil die gesellschaftlichen Subjekte einer grundlegenden Gesellschaftstransformation nicht in Sicht sind, aber auch nicht weniger, weil die »grüne FDP« ein Instrument der Modernisierung und Zementierung von Herrschaft wäre. Aus dem Widerspruch, daß die Grünen die herrschenden Verhältnisse zwar kritisieren und angreifen, aber als Grüne, solange die gesellschaftlichen Subjekte dafür nicht in Sicht sind, nicht umwälzen können, können wir uns nicht herauskatapultieren. Der Ausgangspunkt einer Wiedergewinnung politischer Initiative und grüner Radikalität kann nur die Erkenntnis der Beschränktheit der Möglichkeiten grüner Politik sein und der Versuch, *diesen Schwachsinn* selbstbewußt in Stärken zu verwandeln. Geschieht dies nicht, so bleibt nur die Konsequenz des realpolitischen Amoklaufs zurück in den staatstragenden Konsens oder Frustration und Zynismus.

Aber vielleicht gibt es ja noch genügend Leute, die das nicht wollen?

Sport - Politik - Umwelt

Peter Klein

Sport als kommunale Pflichtaufgabe?

Grundsatzgedanken zur kommunalen Sportpolitik der SPD

Auch aus dem Sport wird in den letzten Jahren die Forderung erhoben, diesen zur kommunalen Pflichtaufgabe zu erheben, vor allem auf dem Hintergrund der zunehmenden fiskalischen Zwänge der öffentlichen Hand, insbesondere bei den Kommunen. Dabei wird nicht berücksichtigt, daß diese Forderung — und solche, daß Staat und Kommunen i. d. R. Sport- und Spielstätten einrichten müssen, unterhalten und den Sporttreibenden miet- und pachtfrei zur Verfügung stehen — in der Zukunft zumindest von den Kommunen immer schwerer zu erfüllen sind. In Anbetracht der voraussichtlichen 5 Milliarden DM Defizite in kommunalen Haushalten in diesem Jahr und angesichts dessen, daß zahlreiche Städte vor dem finanziellen Aus stehen, haben Forderungen weiterer Sport- und Spielstätten einen rein appellativen Charakter. Sport als kommunale Pflichtaufgabe ist ein Notschrei, das wissen auch die verantwortlichen Sportpolitiker und Funktionäre. Denn auch kommunale Pflichtaufgaben werden in Zukunft angesichts der dramatischen finanziellen Entwicklung bei den Kommunen nur noch eingeschränkt erfüllbar sein. Solange die SPD kein Gesamtkonzept entwickelt hat, wie die öffentlichen Kassen aufgefüllt werden können, wie die Verteilung der Finanzmittel im öffentlichen Sektor erfolgen soll, bleiben solche Forderungen von Sozialdemokraten auch für die Öffentlichkeit unglaubwürdig.

Vielmehr ist ein grundsätzliches Überdenken (kommunaler) Sportpolitik gefragt, bei Berücksichtigung derzeitiger und zukünftiger Rahmenbedingungen. Es sind neue Ideen gefordert, es müssen aus kommunaler Sicht bedarfsgerechte Konzepte entwickelt werden. Hierzu ist auch ein Denken außerhalb der gewohnten Bahnen erforderlich. Es wird vor allem für die Kommunen darauf ankommen — und das mag für Sozialdemokraten ungewöhnlich klingen — den freien Sport als Mitstreiter oder gar Mäzene/Sponsoren zu gewinnen. Es geht also auch darum, sich bei der Finanzierung in den Kommunen von tradierten Sichtweisen zu lösen. Eine Gesellschaft, die sich von der Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft entwickelt, muß erkennen, daß der Dienstleistungsbereich »Sport« auch etwas mit Wirtschaft zu tun hat, daß der Sport sich zunehmend als ein Produktionsfaktor darstellt.

Bei der zukünftigen Planung im Sportbereich sind folgende Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, die darauf hindeuten, daß eine pauschale Übernahme von bundesweit vorgegebenen bzw. entwickelten Richtwerten, wie in der Vergangenheit, kaum mehr sinnvoll erscheint:

- Die regionale sowie demographische Bevölkerungsentwicklung hat auch Rückwirkungen auf die sportlichen Betätigungen der Bürger und damit auch auf den Bedarf an Sportstätten.
- Die Sportaktivitäten haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt und es ist abzusehen, daß eine stärkere Differenzierung in Zukunft Platz greifen wird.
- Die Betriebsformen von Sportstätten haben sich gewandelt; insbesondere hat eine stärkere Freizeitorientierung stattgefunden, woraus sich Auswirkungen auf die Qualität von Sporteinrichtungen ergeben können.
- Bundesweit ist eine stärkere Kommerzialisierung im Sport sowie der Trägerschaft von Sporteinrichtungen zu beobachten.
- Ein wesentliches Kriterium bei der zukünftigen Sportstättenentwicklung muß nach heutigem Erkenntnisstand die Umweltverträglichkeitsprüfung sein. Es geht bei dieser Prüfung sowohl um die soziale, als auch um die ästhetische und ökologische Umweltverträglichkeitsprüfung.
- Die kommunale Finanzsituation wird sich u.a. durch die strukturelle Arbeitslosigkeit, die vorgesehene sogenannte Steuerreform der Bundesregierung, noch dramatisch verschlechtern.

Bei der kommunalen Planung gilt daher auch für den Sport- und Freizeitbereich das Ende der Wachstumsphase. Es muß von verringerten Investitionen im Sport- und Freizeitbereich ausgegangen werden, die Bestandspflege genießt dabei den Vorrang.

Gleichzeitig muß aber der Zusammenhang zwischen Freizeit—Muße—Arbeitszeit, zwischen Sport—Kultur—Soziales berücksichtigt werden, insbesondere die zunehmende Bedeutung der Nichtarbeitszeit. Neue Bedürfnisstrukturen, neue Angebotsanforderungen müssen unter Berücksichtigung der Sozialstruktur genauestens untersucht werden. Denn eines scheint heute schon klar zu sein, bestehende öffentliche Einrichtungen im Sportbereich finden nicht mehr den gleichen Zuspruch wie früher. Das bestehende Sport- und Freizeitangebot scheint antiquiert. Davon sind die Vereine nicht ausgenommen, denn immer mehr Jugendliche bleiben den Sportvereinen fern.

Deutlich wird diese Entwicklung im Bäderbereich. Großen Zulauf erhalten sogenannte Erlebnisbäder mit vielfältigem Angebot für den Freizeit-Bade-Spaß, während herkömmliche Bäder mit ihrem für den Leistungssport genormten Becken immer weniger öffentlichen Zuspruch erfahren.

Eine weitere Entwicklung verdeutlicht sich in den letzten Jahren. Der einzelne oder die ganze Familie ist bereit, einen beträchtlichen finanziellen Eigenbetrag für attraktive Sport- und Freizeitaktivitäten aufzubringen. Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Freizeit aus dem Jahre 1987 gab ein Arbeitnehmerhaushalt mittleren Einkommens mit vier Personen 1965 einen Anteil von 9,5 % (= 1 129 DM) seines ausgabenfähigen Einkommens für Freizeitausgaben aus. 1985 betrug dieser Anteil schon 14,2 % (= 5574 DM). Die vielen privaten Sport- und Freizeitangebote profitieren von dieser Entwicklung. Die Sportvereine, als das Fundament der deutschen Sportbewegung, aber auch das öffentliche Sport- und Freizeitangebot müssen sich dieser Konkurrenz anderer Anbieter stellen und ihre Attraktivität stets aufs Neue beweisen.

Angesicht der dargelegten Rahmenbedingungen müssen Überlegungen angestellt

werden, inwieweit alternativ zum Ausbluten der öffentlichen Kassen das Angebot im Sport- und Freizeitbereich erhalten werden kann, inwieweit die Vereine selbst durch eigenes, freiwilliges Engagement zum Unterhalt und Ausbau des Sport- und Freizeitangebotes beitragen können. Hier müssen auch die Strukturen in den Vereinen reformiert werden, insbesondere das ehrenamtliche Engagement, das finanzielle und aktive Engagement des einzelnen in den Vereinen verändert und verbessert werden. Es sollte auch das sport- und vereinspolitische Engagement der Arbeitersportbewegung in Erinnerung gerufen werden, das durch *Selbsthilfe* zu attraktiven Sport- und Freizeitangeboten gelangte. Einige dieser Ideen gilt es, mit Berücksichtigung der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf ihre Realisierbarkeit hin zu überprüfen.

Auch eine Public-Private Partnership, eine Kooperation von Vereinen, öffentlicher Hand, Sponsoren und Mäzenen, wie sie im angelsächsischen Raum nicht nur im Sportbereich praktiziert wird, schein ein Weg zu sein, der der Unterstützung von attraktiven Sport- und Freizeitangeboten dienen kann.

Wie auf veränderte Bedürfnisse in anderen kommunalen Bereichen eingegangen wird, zeigt die *Kultur*, die ebenfalls als kommunale Pflichtaufgabe anerkannt sein will. Im Gegensatz zum Sport hat in der Kultur ein Umdenkungsprozeß bereits begonnen, der unter dem Stichwort »Soziokulturelle Bestrebungen« läuft. Die Entwicklung gemeindlicher Kulturarbeit ist in den letzten Jahren dadurch gekennzeichnet, daß neue Orte für kulturelle Veranstaltungen und Maßnahmen verbunden mit ungewohnten Präsentationsformen entstanden sind, die im Sinne gesellschaftlich kultureller Arbeit verstärkt den alltäglichen Erfahrungsbereich der Bürger unmittelbar miteinbeziehen. Auf den Sport bezogen müßte daher eine Forderung lauten, daß zukünftig Sport nicht mehr nur in den überkommenen Einrichtungen veranstaltet und in einer Form dem Bürger angeboten wird, wie sie schon seit Jahrzehnten praktiziert wird. Aber nicht nur die Art des Sportangebotes, auch die Formen des Angebotes müssen sich ändern, indem sie stärker auf die individuellen Bedürfnisse der Bürger abstellen.

Allerdings sollte hier eines auch klargestellt werden. Diese neuen Ideen dürfen nicht zu einem Subsidiaritätsprinzip führen, in dem die öffentliche Hand ihrer sportpolitischen Verantwortung nicht mehr gerecht wird. Immer noch sind Arbeitnehmer, Frauen, Behinderte, Ausländer, ältere Mitbürger und andere soziale Gruppen von aktiven Sport- und Freizeitmöglichkeiten ausgeschlossen. Sportangebote für sozial Benachteiligte sind öffentlich zu unterstützen. Sportliche Angebote im Freizeitbereich sollen verstärkt auf die Zielgruppen ausgerichtet sein, an denen die Forderung »Sport für alle« bisher vorbeigegangen ist.

Andererseits ist auch ein Umdenken in den Sportverbänden mit ihren ehrenamtlichen Führungskräften angezeigt, damit die sich im Umbruch befindende Entwicklung im Sport nicht an den Verbänden und ihren Vereinen vorübergeht. So ist kritisch zu hinterfragen, ob das Vereinsmanagement weiterhin in ehrenamtlicher Form bewältigt werden kann oder ob nicht auch hauptamtliches Management teilweise gefordert ist.

In den Kommunen müssen die Sportämter kritisch danach durchforstet werden, ob ihre Struktur, ihre Tätigkeit noch zeitgemäß ist. Aufgabe der öffentlichen Hand ist es, als Animator zu wirken, als Ideenstifter für ein adäquates Sportangebot in einer im

Umbruch befindlichen Gesellschaft mit sich verändernden Rahmenbedingungen. — Die SPD muß diese Fragen offensiv diskutieren. Nicht vermeintliche Rücksichtnahme auf Sportfunktionäre und Vereinsmeier ist gefragt, sondern Ideen und Zukunftsentwürfe für eine Gesellschaft, in der Sport und Freizeit, private und öffentliche Sport- und Freizeitangebote an Bedeutung gewinnen und auf zunehmenden Zuspruch stoßen.

Jochen Zimmer

Sport und Umwelt — zwei linke Stiefel?

Obwohl Untersuchungen in den USA ergaben, daß der halbstündige Lauf in einem Stadtzentrum etwa dem Konsum von 20 Zigaretten entspricht (Billion 1983, S.16-23) und obwohl Kanuten und Schwimmer sich fast nirgendwo in der Bundesrepublik mehr mit ihren Körpern oder Booten in die vergifteten und verseuchten Flüsse und Seen wagen können (DSB 1977, S.28f), drehen sich die einschlägigen Smalltalks nach dem Kicken oder Squashen, beim Après-Ski und im Surfer-Laden nicht um Nist- und Brutzeiten, Ufererosion, Landschaftsversiegelung oder Herbizidbelastungen. Am Stammtisch und leider auch bei der Mehrzahl der sozialdemokratischen Sportpolitiker ist der Konflikt zwischen Sport und Umweltschutz um die verbliebenen Restflächen ein Kommunikationsproblem: Wer der meist individuell Bewegungssüchtigen begreift sich schon als kollektiv verantwortlich für die ökologischen Folgen des massenhaften Sporttreibens?

Moderne und postmoderne Sportler und Sportfunktionäre verkörpern den Typ des »aufgeklärten Täters«. Während die von adidas gesponsorte PR-Kampagne des DSB »Sport schützt Umwelt« den Umweltverbänden die Zusammenarbeit anbietet und beteuert, der Sport habe »keine Expansionsgelüste, sondern hat sich verantwortungsbewußt Selbstbeschränkung auferlegt (DSB 1988, S.6)«, redet die Beton-Fraktion intern Tacheles. So beschwert sich die Delegiertenversammlung des DVS, des Dachverbandes der Skiverbände, im Zusammenhang der Medienberichterstattung über die Alpenschäden durch die Wintersportindustrie:

»Die Arbeit von reinen Naturschutzverbänden kann in vielen Fällen nur mehr als reinste Agitation auf unterstem Niveau bezeichnet werden, häufig ist nur geringe Kenntnis über die Naturnutzung vorhanden. (...) Die unqualifizierten Angriffe von Naturschutzverbänden müssen mit allen Mitteln zurückgewiesen werden.« (DSV 1988, S.11)

Die Unwirtlichkeit der Städte und die Einschränkungen des Alltags produzieren den demonstrativen Konsum von Wattenmeer, Alpen, Luft und Wasser. Surfen und Joggen, Extremklettern und Ultraleichtflugzeug-Fliegen sind hedonistisch besetzte Gegenwelten und Teile eines Lebensstils, der mit dem Sinnspruch-Klassiker auf den Begriff zu bringen ist: »Ich kann's mir leisten. Nach mir die Sintflut.«

Welche Lösungen im Konflikt zwischen Natur und Sport sind möglich? *Zunächst* (und diesseits des Staates) die Aufklärung, soweit der Konflikt ein Kommunikationsproblem ist sowie Aufklärung über die ökologischen Folgen des massenhaften Sporttreibens, die auf den Sinn von individuellen Maßhalten, Verantwortung und Verzicht setzt. *Zweitens* auf parlamentarischer und administrativer Ebene die Umweltverträglichkeitsprüfung für Sportanlagen und -geräte sowie Verbote, die Surfer von Seen fernhalten, Skipisten unter Naturschutz stellen, lärmende Tennisanlagen in Wohngebieten schließen oder Ölbohrungen und Schießübungen in Nationalparks stoppen. Solche Wahrnehmung der Eigenverantwortung und der parlamentarischen Möglichkeiten verschließt nicht den Blick dafür, daß *drittens* langfristig nur die Humanisierung der Arbeitswelt und der unwirtschaftlichen Städte eine Lösung für das Kaputterholen der Natur bringen kann, soll Freizeit nicht kompensatorisch bleiben, und Abenteuer und In's-Schwitzen-kommen nicht mehr mit Staus auf der Schnellstraße ins Naherholungsgebiet verbunden sein.

Wie alles anfang

Die »Eroberung« der Natur von den Turnspielen im Freien über die Sommerfrische an der See bis zur »Erschließung« der Alpen war als erste »grüne Welle« ein Akt der Emanzipation des Bürgertums. Die philanthropischen Turn- und Geländespiele der Turnväter waren sowohl ein »Zurück zur Natur« gegen die gefesselte feudale Körperlichkeit der gezierten Fecht- und Tanzschritte in Rokokokostümen als auch politische Emanzipation. Turnverbot und Demagogieverfolgung im Vormärz zielten auf den demokratischen Charakter dieser ersten Freiluftbewegung. Die Flucht ins Grüne der bürgerlichen und der Arbeiterjugendbewegung, der Schrebergärtner, Freikörperkulturanhänger und Kicker um die Jahrhundertwende war die zweite »grüne Welle« — diesmal als naturromantische Flucht aus dem spießigen Mief und der politischen Repression des Kaiserreiches. Und wie mit der demokratischen Turnbewegung von den Freiheitskriegen bis zur 48er Revolution verband sich mit der Lebensform- und der neuen Sportbewegung erneut die politische Emanzipationsbewegung einer Klasse, diesmal der Arbeiterklasse, die sich politisch selbständig in der Arbeitersportbewegung organisierte.

Natürlich waren Sport und Turnen zunächst auf Naturkonsum angelegt. Sowohl der anlagengestützte wie der naturnahe Sport benötigten Platz (für Turnhallen, Pisten, Ball- und Spielplätze oder Reitbahnen). Und Anliegen insbesondere des Arbeitersportbundes war es zunächst, die stadtnahe Natur für Arbeiter überhaupt zugänglich zu machen. Das »Vorwärts zur Natur« der Arbeitersportbewegung kämpfte unter der Parole »Für ein freies Wegerecht« gegen die private Verfügung über Natur und Landschaft und fundierte bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine sozialpolitisch begründete Umweltschutzpolitik: für den Zugang und Erhalt der stadtnahen Natur als Kompensation für die elenden Lebens- und Arbeitsbedingungen (»Soziale Grüngürtel um die Großstädte« werden die Arbeiterskifahrer und -alpinisten Ende der zwanziger Jahre fordern; vgl. Zimmer 1986, S.140-153).

Solange natur- und flächenintensiver Sport ein Privileg weniger Reicher war und die genossenschaftlich errichteten Vereinsheime und Turnhallen des Arbeitersports sowie die Hütten der alpinen Vereine allein einem mangels massenhafter Kaufkraft praktisch unentwickeltem Freizeit- und Sportmarkt gegenüberstanden, war Sport vom Umfang her keine ökologische Gefahr. Im Gegenteil: Im Arbeitersport wie auch beim bürgerlichen Alpenverein wurden oft sportliche und naturkundliche oder -schützerische Aktivitäten miteinander verbunden: Wandern sollte gleichzeitig die Liebe zur Natur fördern: man lehnte Schaufellen und Skilifte ab und verhinderte wie der Alpenverein in den Tauern auf vereinseigenen Geländen die tourismusindustrielle Erschließung (vgl. Grimm 1987, S.86-93). 1949 knüpft der Arbeitersport an seine ökologischen Traditionen an. In einer breiten Kampagne kämpften der österreichische Arbeitersportverband ASKÖ, der dort größte Sportverband, und die Naturfreunde gegen die Verliftung der Alpen: »Bei der Erbauung der Schilifte ist auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß das Landschaftsbild nicht zu sehr gestört und verunstaltet wird, wobei besonders auf die schneelose Zeit Rücksicht zu nehmen ist. Wir halten es für unsere Pflicht, mit darüber zu wachen, daß die freie Natur in erster Linie der Erholung und Entspannung des arbeitenden Volkes dienen soll und frei von allen unnötigen entstehenden Veränderungen bleibt (Der Naturfreund, Wien 1/1949, S.11).«

Die Naturfreunde, neben der Solidarität der einzige in der Bundesrepublik wieder gegründete Arbeitersportverband, vertraten seit den fünfziger Jahren erneut die von ihnen bereits in den zwanziger Jahren propagierte umwelt- und sozialverträgliche Reise- und Sportform, das »Soziale Wandern«. Der Versuch scheiterte, während gleichzeitig der Freizeitmarkt explodierte. Verfügbares Einkommen, Freizeit und Urlaub, in zahllosen Kämpfen der Gewerkschaften und Belegschaften ertrotzt, stiegen drastisch an. Die Kritik der Naturfreunde am sportlichen Naturkonsum fand angesichts des kompensatorischen Freizeitbedarfs einer Gesellschaft, die das unkontrollierte Wachstum zum Fetisch erhob, noch nicht einmal in der Arbeiterbewegung Resonanz — zumal diese Kritik mit dem Widerstand gegen die »friedliche Nutzung« der Kernenergie, die Ausgrenzung von Kommunisten und der Unterstützung des Ostermarsches verbunden war (vgl. Zimmer 1986, S.148-170).

Je mehr die Arbeiterbewegung die Ausbeutung des Menschen mäßigen konnte, desto intensiver wurde die Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen. Doch seit Ende der sechziger Jahre wird die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Kolonialisierung des Alltags immer kritischer wahrgenommen. Eine Folge dieses Prozesses ist der wachsende Bedarf an naturnahen Sportarten wie Paddeln, Wandern, Surfen, Golf, Ski, Bergsteigen etc., um Bewegungsarmut und Naturferne zu kompensieren. Bis heute steigt die Beteiligung an den naturnahen Sportarten bei weitgehender Stagnation des anlagegebundenen Sports.

Wieviel Sport hat die Natur zu verkraften?

Die Folgen der temporären Stadtflucht sind vielfältig: Zerstörung der traditionellen Lebensbedingungen und Kulturlandschaften durch die touristische und Naherholungs-

Infrastruktur, Trassierungen für Lifte und Pisten, Golfrasen statt naturnaher Vegetation; Abfälle, Reinigungsmittel und Öle in Gewässern, Auftau- oder Staubbindemittel auf Motorrennplätzen; Wassersport im Vogelstraum Wattenmeer, Landschaftszersiedlung und -verdichtung durch die Service-Einrichtungen für Sportarten wie Segeln, Reiten, Segelfliegen oder Fallschirmspringen (Stege, Häfen, Flugplätze, Liegeplätze, Parkplatz- und Clubanlagen, Straßen, Restaurants, Hotels). Heute ist die anlagegebundene Sportfläche etwa so groß wie die der Naturschutzgebiete (jeweils ca. 1 % der Fläche der BRD). Ganz zu schweigen vom Naturverbrauch der nicht-anlagegebundenen Sportarten wie Surfen, Joggen, Ski-Lang- und Tourenlauf. Mehr als die Hälfte der Naturschutzgebiete sind kleiner als Neun-Löcher-Golfplätze.

Allein in den dem DSB angeschlossenen Verbänden sind 18 Millionen Menschen organisiert; hinzu kommen noch einige Millionen aus den alpinen sowie aus den Gebirgs- und Wandervereinen. Die von der Touristik- und Sportindustrie mobilisierten Winterurlauber und Wassersportler sind in ihrer geballten Zerstörungskraft quantitativ kaum erfaßt. Einige Daten können trotzdem einen ersten Eindruck vermitteln: Auf 18000 organisierte Motocross-Fahrer kommen rund 200000 Besitzer von Gelände-Motorrädern. Mit Spaß, Freiheit und Abenteuer wirbt auch die Automobilindustrie für allradgetriebene Fahrzeuge. Die Zahl der Surfbrett-Besitzer soll von 1988 1,2 auf 3,6 Millionen bis 1990 steigen, ginge es nach den Herstellern. Für die derzeit 86000 organisierten Golfer stehen 229 Golfplätze zur Verfügung; nach Schätzungen des Bundesernährungsministeriums werden in den kommenden Jahren noch 300 Plätze hinzukommen. 50 Anlagen sind derzeit im Bau. Rund 800000 Reiter sind auf Reithallen und insbesondere auf die freie Landschaft angewiesen. Sie werden zunehmend in Wälder und Landschaftsschutzgebiete abgedrängt, da ein Großteil der ehemaligen Landwirtschaftswege durch die Flurbereinigung beseitigt wurden und ehemals unbefestigte Straßen, die »Sommerwege«, heute befestigt und damit für Pferde nicht mehr geeignet sind.

Seit einigen Jahren überqueren zunehmend Ultraleichtflugzeuge und Gleitschirme Bergschneisen und Waldungen, die bisher unberührte Rückzugsgebiete für zahlreiche bedrohte Tierarten waren. Im bayerischen Alpenbereich wurden 1700 Flugscheine für Gleitschirme ausgegeben; die ULF- und Gleitschirmhersteller hoffen auf einen Jahresumsatz mindestens in Höhe des heute vorhandenen Fluggeräts.

Die Zahl der Skifahrer in Alpen und Mittelgebirgen wird auf 15 Millionen geschätzt. Bei extremstem Natur- und Energiekonsum droht in den stark erschlossenen Skigebieten die Selbstzerstörung der »weißen Industrie«. Die durch die bisherige Infrastrukturpolitik erzeugten sogenannten Sachzwänge (Pistenkreisel, automatisierte Überwindung natürlicher Engpässe, Skiregionen-Verbunde, Überkapazitäten an Betten usw.) ziehen immer neue Investitionen für die Spitzenzeiten nach sich. Sind Großinvestitionsprojekte nach einigen Jahren abgeschrieben, ziehen die Investoren und Betreiber weiter und lassen verwüstete Mondlandschaften zurück. In den Schweizer Alpen wird jede Sekunde ein Quadratmeter Landschaft verbaut, werden jährlich 50 neue Skianlagen erstellt und verbrauchen diese »Aufstiegshilfen« pro Winter eine Million kWh Energie (vgl. zum sportlichen Naturkonsum: Mäder 1985, Arbeitsgemeinschaft beruflicher und ehrenamtlicher Naturschutz 1985, Verwaltungsakademie des DSB 1984).

Ökosport und roter Stemmbogen?

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre sucht zunächst der politische Liberalismus und Konservatismus das Feld der Umweltpolitik politisch zu besetzen. So wie in der Koalition Brandt—Scheel die FDP die Umweltschutzpolitik und das aus dem von ihr besetzten Innenresort stammende »Umweltpolitische Sofortprogramm der Bundesregierung« von 1970 für die Gewinnung von Masseneinfluß zu instrumentalisieren versuchte, Dahrendorf auf NATO-Tagungen empfahl, gegen die Jugend- und Studentenbewegung eine Nebenkriegsschauplatz »Umweltschutz« zu eröffnen, der Club of Rome seine warnende öko-ethische Stimme erhob — so sprang 1971 auch der DSB auf diesen Zug.

Er solidarisierte sich mit der »Erklärung zum Umweltschutz« des International Council of Sport on Physical Education, in der es nicht nur hieß, der Sport sei durch die wachsende Umweltverschmutzung gefährdet, sondern auch selbstkritisch gefordert wurde, »die Sportorganisationen sollten dafür Sorge tragen, daß in der Sportplanung und in der Erziehung der Sporttreibenden die Prinzipien des Umweltschutzes beachtet werden (Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung 1972, S.5).«

Angeregt von der Abteilung Wissenschaft und Bildung des DSB wird 1974 eine ad-hoc-Kommission »Herausforderung des Sports durch die Umwelt« gebildet, die sich mit der Erarbeitung einer Systematik der Sport-Umwelt-Beziehung sowie der ökologischen Revision des »Goldenen Planes«, des großen Forderungskataloges des DSB zum Sportstättenbau, befaßt. Vorbereitet durch zahlreiche Anhörungen legt die Kommission schließlich zwischen 1978 und 1980 fünf Gesamtentwürfe zum Thema Sport-Umwelt vor, die 1981 in einen endgültigen Entwurf münden. Fünf Jahre benötigte der DSB zur Erarbeitung einer offiziellen Stellungnahme; dann wurde der Entwurf mit so vielen Anmerkungen und Bedenken versehen, »daß sich das Präsidium des DSB entschloß, das Papier zurückzuziehen und die Arbeit der ad-hoc-Kommission einzustellen (dsj 1984, S.22).«

Brisante Kernaussagen des Entwurfes waren, »der gegenwärtige Sport steht im Sog technologischer, sportlicher und ökonomischer Leistungs- und Wachstumsbestrebungen (DSB 1981, 2)«; der Spiel- und Sportstättenbau habe »das immer stärker werdende Bedürfnis der Menschen nach mehr natürlicher Umwelt auch in den Erfahrungsbereichen von Bewegung, Spiel und Sport (ebd. 12)« zu beachten; der Sport müsse sich selbst Einschränkungen in seiner Ausbreitung auferlegen, da »spezielle Sport-Umwelten (z.B. nicht richtig angelegte Skipisten, Sportflugplätze, Schießplätze, Großstadion) das Leben in anderen Umweltbereichen erschweren oder stören (ebd. S.12).«

Als 1983 der Abschlußbericht der vom Bundesinnenministerium eingesetzten Projektgruppe »Aktionsprogramm Ökologie« zu dem Vorschlag kam, »sportliche Einrichtungen« in »ökologisch und landwirtschaftlich bedeutsamen Bereichen« generell abzulehnen und sportliche Betätigung nur dort zu fördern, »wo ökologische Belange nicht nachteilig berührt werden (Bundesinnenminister des Innern 1983, S.104)«, reagierte der DSB mit heftiger Polemik und machte den Sport-Umwelt-Konflikt zum Hauptthema seines Bundestages 1984. Aus der Angst, seine ideologische und realpolitische

Durchsetzungsfähigkeit durch allzuviele ökologische Selbstzweifel zu beeinträchtigen, schwenkte der DSB um: Massiv forderte er rechtliche Mitwirkungsmöglichkeiten in Naturschutzbelangen und seine Anerkennung als »Träger öffentlichen Interesses«. Vereine mußten von der von der EG auch für Sportanlagen vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung ausgenommen werden; die eigentliche Gefahr für den Sport seien sportfeindliche und lebensunlustige Anlieger, die zunehmend daran gingen, vor Gericht wohngebietsnahe Sportanlagen schließen zu lassen (Deutscher Bundestag 1986). Konsequenterweise forderte der DSB 1984 im 3. Memorandum zum »Goldenen Plan« 55 Millionen Quadratmeter neue Sportplatzfläche, 2,7 Millionen Quadratmeter neue Hallenfläche, 6400 neue Tennisplätze, 700 Schieß- und 450 Reitanlagen. Und dies alles, obwohl die demographische Entwicklung nicht nach neuen Trainingsplätzen für Jugend- und Kindermannschaften verlangt, sondern nach Orten und Projekten für die rasch wachsende Gruppe kontakt- und bewegungssuchender, selbstbewußter »Senioren«, wie der Sport pauschal alle über 18jährigen nennt.

Natürlich standen hinter der Entscheidung gegen den ökologischen Umbau des Sports massive politische Ängste: Mit der Deutschen Sportjugend (dsj) bestand neben dem DSB faktisch ein zweiter Sport-Erwachsenenverband, der auf Jugendtagen und Veranstaltungen Friedens- und Umweltschutzarbeit bereits als seinen Politikbereich besetzt hatte. Die Tendenzwende im Leistungsverständnis vieler junger Sportler hin zu einer lustvollen Selbstverwirklichung und Erprobung der Auseinandersetzung mit sich selbst und der Natur und weg von dem traditionellen sportlichen Wertvorstellungen hat zu einem politischen und Generationswandel im Sport geführt. Bereits 1981 hatte die Shell-Jugendstudie ermittelt, daß etwa ein Viertel der jungen Grünen-Anhänger in Sportvereinen organisiert sei; das waren damals schon viermal so viele wie bei den Grünen und anderen alternativen Gruppen selbst. Inzwischen hat sich der Organisationsgrad von Grünen-Anhängern noch einmal drastisch verstärkt. Nach einer Studie der Forschungsgruppe Wahlen für das Bundesinnenministerium (Veröffentlichung im September) betreibt heute etwa die Hälfte der Grünen-Anhänger aktiv Sport. Vergleichbar sportlich seien nur die FDP-Anhänger; weit abgeschlagen blieben SPD und CDU/CSU.

Was tun?

Die dsj und die Sportjugendverbände der Landessportbünde konnten mit ihren Umweltschutz-Lagern, -Treffen oder Aktionstagen wie jüngst der Fachtagung »Sport und Umwelt« der Sportjugend NRW am 24. September 1988 in Duisburg an das, was spätestens seit Mitte der siebziger Jahre vom Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband (ADH), der Alpenvereinsjugend und der Naturfreundejugend an Alternativen zum harten Sport entwickelt worden war, anknüpfen. Da die Naturfreundejugend, aber auch etwa die hessische Sportjugend, damals davon ausgingen, daß die ökologische Krise und ihre zunehmend bewußtere Wahrnehmung kein kurzfristiges oder nur ideologisches Phänomen seien, suchten sie nach langfristigen Lösungsperspektiven für das gestörte Verhältnis von Bewegung, Sport und Umwelt. Abnehmende Bewegungser-

fahrung in der Arbeitswelt und die Trennung von Alltag, Spannung und Spiel verlangten integrierte Modelle für körperliche Beanspruchung, Bewegungsvielfalt, aktive Wahrnehmung der natürlichen und kulturellen Umwelt und Sensibilisierung der Sinnlichkeit. Kontinuierlich ausgebaute Modellprojekte der Naturfreundejugend von sanftem Sport und Tourismus sind das »Soziale Wandern« (die Kombination von natur-, volkskundlicher, kunsthistorischer, geologischer und ökologischer Fuß-, Boots- oder Radwanderung), die Initiierung der »Allgäuer Gespräche für sanften Tourismus« gemeinsam mit ADH und Alpenvereinsjugend zur konzeptionellen Absprache von Alternativen insbesondere im Lehrwesen, der Abbau der vereinseigenen Lifte am Fellhorn, die Festlegung einer Schnee-Mindesthöhe von 30 cm, unter der bei den Winterfreizeiten der Bundesjugendleitung nicht mehr Ski gefahren wird, die Beteiligung an »Sportlerinnen für den Frieden«, Wiederbepflanzungsaktionen auf vereinseigenen, durch die eigenen Sportaktivitäten zerstörten Geländen oder spektakuläre öffentliche Aktionen wie die Besetzung der Tower-Bridge durch Naturfreunde-Bergsteiger anlässlich der Nordsee-Schutzkonferenz in London.

Die schon jetzt beobachtbare Tendenz, das Umweltbewußtsein und ökologische Katastrophen für einen »Luxus-Sport und -Tourismus« zu nutzen, droht, aktive Körperkultur und Umwelterfahrung wieder zum sozialen Privileg zu machen: (So kontingentieren einige österreichische Edel-Skiorte die Liftkarten und filtern damit sozial unerwünschte Gruppen aus) Als einen Ausweg praktizieren die Naturfreunde bei einzelnen Maßnahmen ein »ökologisches Eintrittsgeld«: die Hineinverlagerung der zur Sicherung bzw. Wiederherstellung einer relativen Stabilität der Natur notwendigen Arbeiten in die Segelkurse, Sommerschulen oder Lager.

Zahlreiche sporttreibende Menschen bemerken immer noch nicht, wie sehr sie z.B. Wildtiere stören oder Pflanzenstandorte schädigen. Vor DKV und DSV haben die Naturfreunde auf diese Herausforderung reagiert:

- durch das Einbeziehen ökologischer Fragen in die Übungsleiterausbildung für Kanu-, Ski- und Bergsteigerlehrwarte, die später als »Durchlauferhitzer« gegenüber ihren Schülern wirken sollen,
- durch die Einführung von Sperrvermerken (Nist-, Ruhe- oder Brutzeiten) in Boots-, Touren- oder Wanderführern,
- durch den Ausbau des Bundes-Alpin- und -Leistungszentrums »Kanzlerwandhaus« zum Alpenschutzzentrum und Info-Zentrum für den geplanten Naturpark Oberallgäu,
- durch exemplarisch umweltverträgliche Ver- und Entsorgung von Hütten und Häusern wie jüngst die Solarenergieversorgung des Schutzhauses der Naturfreunde St. Pölten.

Solche Wahrnehmung der Eigenverantwortung diesseits des Staates ermöglicht es, mit einiger Legitimation heute auch gesetzliche Restriktionen gegen sportliche Umweltzerstörung zu fordern.

Die Sportangebote heute sind noch längst nicht ausreichend gerade für in ihren Freizeit Chancen diskriminierte Gruppen wie die Schichtarbeiter (auf die weder Hallenöffnungszeiten noch Vereinsübungsstunden Rücksicht nehmen), Alleinerziehende, aus-

ländische Arbeitnehmer, Senioren und Behinderte. Notwendig ist ein Diskriminierungen aufhebendes Wachstum von Sport- und Freizeitmöglichkeiten. Selbstverständlich müssen sich weitere Erschließungen der Umweltverträglichkeitsprüfung unterziehen und unter Beweis stellen, daß auch ihr dauerhafter Betrieb keine ökologische Destabilisierung bedeutet. Die Betreiber von Sportanlagen sollten verpflichtet werden, auftretende Probleme zu beseitigen oder die Anlagen »rückzubauen«. Eine rechtliche Handhabe hierfür wäre die Einführung der befristeten oder vorbehaltlichen Betriebserlaubnis in das Baugesetzbuch.

Folgende ökologischen und sozialen Aspekte scheinen mir für einen verantwortungsbewußten urbanen Sport, eine bewegungs- und menschengerechte Stadt sowie eine sportoffene Landschaft prioritär: *Erstens* die Durchsetzung des Prinzips der minimalen Eingriffe in Landschaft und Soziokultur. *Zweitens* die Abkehr vom raumplanerischen Prinzip der räumlichen Trennung: Bewegungsmöglichkeiten und Sportstätten müssen dort zugänglich sein, wo Menschen leben und arbeiten. An die Stelle der autogerechten Stadt wird die menschengerechte Stadt treten, wo Erholungsräume nicht durch Schnellstraßen an die Wohngebiete angebunden sind, sondern öffentlicher Nahverkehr und Fahrradwege, Spiel- und Bolzplätze oder Sportanlagen »an der Ecke«, das heißt auch in »reinen Wohngebieten«, wo sie heute nicht erlaubt sind, Sport und Spiel alltäglich machen. Der Westberliner Landessportbund arbeitet z.Zt. im Zusammenhang der Bundesgartenschau an einem Konzept für eine An- und Einbindung des Gartenschaugeländes an die umliegenden Quartiere bei Bevorzugung unspezialisierter Spiel-, Bewegungs- und Erlebnisräume vor »regelrechten« Anlagen. Die solchermaßen »sportgerechte« Stadt erlaubt das Kicken auf den Wiesen, Geländespiel zwischen den Hecken, Fahrrad-Cross-Rennen über die Lärmschutzwälle, das Abkommen vom rechten Weg oder das Planschen auf den Tiefgaragendächern. Natürlich fährt man in der »sportgerechten« Stadt im Sommer mit dem Rad, im Winter mit den Langlaufbrettern zum Einkaufen oder Ausgehen.

Drittens hat sozialdemokratische Sportpolitik genossenschaftliche Betriebs- und Nutzungsformen vor profitwirtschaftlichen Einrichtungen (Squash-Center, Sauna-Club, Tennis-Hotel) zu fördern. Vereinsheime, Alpenvereinsgehütten oder Naturfreundehäuser sind immer wieder freie Kommunikationsräume bei direktem und breit gestreutem sozial verpflichteten Eigentum. Leider hat die Sozialdemokratie bisher die Bedeutung der Vereine für die Herausbildung des politischen Bewußtseins und die Stabilisierung sozialer und politischer Milieus sträflich vernachlässigt. *Viertens* besteht immer noch ein gigantischer Nachholbedarf an Öffentlichkeit bei Planungsverfahren. Materiell muß Sportstättenplanung, wie Landes- und Stadtentwicklung insgesamt auf möglichst vorhandene, bescheidene Kapazitäten, die mit geringem Energie- und Kapitalaufwand sowie lokalen, regenerierbaren Ressourcen zu betreiben sind, verpflichtet werden. Kleine Anfänge könnten mit der naturnahen Bepflanzung von Reserveflächen in den Sportanlagen, dem Anlegen von Hecken oder dem Verzicht auf Versiegelung der Parkflächen gemacht werden.

Obwohl Sportfunktionäre und Sportpolitiker an mehr Forschung zur Umwelt- und Sozialverträglichkeit des Sports, an einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die

Sportanlagen, an einer Nordsee ohne Killeralgen oder tote Seehunde und an der Realisierung kleiner Schritte in die vorgeschlagene Richtung interessiert sein müßten, reagieren sie bislang auf die Interventionen des Umweltschutzes emotional und gekränkt. Es wird Zeit, daß aus dieser heute anscheinend noch geschlossenen Gesellschaft von »aufgeklärten Tätern«, die selbstbewußt zu ihren Taten steht, zumindest die sozialdemokratischen Sportpolitiker ausscheren.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgemeinschaft beruflicher und ehrenamtlicher Naturschutz (Hrsg.), 1985: Sport und Naturschutz im Konflikt. Bonn
- Billion F., 1983: Auswirkungen der Umwelt auf den Sport — Umwelt als Sportverhinderer? In: FVA des DSB (Hg.): Sport und Umwelt. Akademieschrift 18. Berlin-West
- Billion F., 1984: Aktivitäten des DSB auf dem Sektor Sport und Umwelt. In: dsj (Hrsg.): Die dsj und der Umweltschutz. Frankfurt/M.
- Bundesminister des Innern (Hrsg.), 1983: Abschlußbericht der Projektgruppe »Aktionsprogramm Ökologie«. Bonn
- Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung (Hrsg.), 1972: Sport und Gesundheit. Wuppertal
- Deutscher Verband für das Skilehrwesen. Protokoll der Delegiertenversammlung am 15.4.1988.
- DSB (Hrsg.), 1977: Umweltprobleme des Sports, Anhörung durch die ad-hoc-Kommission des wissenschaftlichen Beirats des DSB am 15.9.1977. Frankfurt/M.
- DSB (Hrsg.), 1981: Entwurf der ad-hoc-Kommission des wissenschaftlichen Beirats »Sport und Umwelt, Probleme und Perspektiven«. Frankfurt/M. (unveröff.)
- Grimm P., 1987: Der Weg des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins zwischen den Kriegen. Gebeutel, gebeugt, verboten. In: Zeitschrift des DAV 1, 5, 6
- DSB (Hrsg.), 1988: Informationsdienst »Sport schützt Umwelt« 9
- Mäder U., 1985: Sanfter Tourismus — Alibi oder Chance? Zürich
- Deutscher Bundestag, Sportausschuß, 1986: Ausschußdrucksache 160. Bonn
- Zimmer J., 1986: Naturfreundejugend als frühe Ökologiebewegung. In: H. Hoffmann, J. Zimmer (Hrsg.): Wir sind die grüne Garde. Geschichte der Naturfreundejugend. Essen, S.140-153

Bernhard Boschert und Manuela Goos

Sportliche Zeiten

Immer schon hat den modernen Sport ein mächtiger Strom der Ideologisierung und Entpolitisierung begleitet, der ihn als schönste Nebensache der Welt feiern und als harmloses Freizeitspiel außerhalb des Territoriums gesellschaftlicher Macht und Herrschaft verstanden wissen will.

Literarische Erzählungen über den Sport schwimmen sozusagen gegen den Strom dieser selbstgefälligen Rede; sie sind eine spezifische Form der Thematisierung der gesellschaftlich-politischen Dimension des Sports¹; sie zeigen auf, was jene Rede verschweigt und machen gleichzeitig die gesellschaftlichen Gründe für dieses Schweigen transparent. Ob sie damit zu den Quellen des Phänomens Sport vordringen, möge der Leser selbst beurteilen.

Wir werden im folgenden zunächst versuchen, allgemein Aspekte des Politischen in bezug auf den Sport aufzuzeigen (I), um dann zwei literarische Texte über den Sport vorzustellen (II), die uns in dieser Hinsicht besonders interessant erschienen sind.

I.

Nicht erst seit die Großereignisse des Sports die Titelseiten der Tageszeitungen erobert haben, und die Tagesschau schon mal, wenn ein Boris Wunderbar zum Stolze der Nation sein Racket schwingt, von ihrem geheiligten Stammplatz weichen muß, ist der Sport in den Rang des Politischen aufgestiegen. Schon die Ursprünge des modernen Sports in England führen ihn als ein Politikum vor Augen: Der moderne Sport stellt sich historisch als ein System der sozialen Abgrenzung vor, der dem Adel und vor allem den höheren Bürgerschichten vorbehalten ist, die ihn exklusiv in vornehmen Clubs zelebrieren. Und wenn auch heute tendenziell jeder jeden Sport treiben kann, so ist er nicht minder Mittel, soziale Unterscheidungsmerkmale zum Ausdruck zu bringen.² Noch die Gratifikation des gesellschaftlichen Aufstiegs und materiellen Wohlstandes, die einer sportlichen Karriere winkt, schreibt jene Vergangenheit fort.

Daß der Sport sich nicht nur in seinen sozialen Implikationen als ein Politikum darstellt, sondern sich für politische Zwecksetzungen aller Art funktionalisieren läßt, hat die Geschichte des Nationalsozialismus drastisch vor Augen geführt. Der Menschen-schlächter Adolf Hitler³ schreibt 1924 in seinem berühmten Pamphlet: »Man gebe der deutschen Nation 6 Millionen sportlich tadellos trainierte Körper ... und ein nationaler Staat wird aus ihnen, wenn notwendig, in nicht einmal zwei Jahren eine Armee geschaffen haben.«⁴

Auf solch brisantem Hintergrund erscheint es nicht zufällig, daß ausgerechnet nach Hitlers Machtergreifung mit dem Reichssportabzeichen die erste große deutsche Trimbewegung ins Leben gerufen wurde⁵ und der Sport zur Kontrolle des Volkskörpers in der nationalsozialistischen Erziehungspolitik eine Schlüsselstellung einnahm.

Allerdings konnte seine staatliche Vereinhaltung nur deshalb so reibungslos funktionieren, weil der organisierte bürgerliche Sport offensichtlich auch keine Schwierigkeiten hatte, sich in den Dienst der »nationalen Erhebung« zu stellen. So schrieb beispielsweise Eduard Neuendorff, seinerzeit Vorsitzender der Deutschen Turnerschaft, 1933 an Adolf Hitler, daß die DT unter Hitlers Führerschaft »Schulter an Schulter mit SA und Stahlhelm den Vormarsch ins Dritte Reich antritt.«⁶

In den Augen seiner linken Kritiker steht der Sport deshalb immer schon im Verdacht, der Staatsräson zu dienen, haftet dem Sport deshalb das Image von Konservatismus und reaktionärer Weltanschauung, von Anpassertum und militanter Staatstreue an, wird ihm als Ideologieträger und Instrument zur staatlichen Steuerung der Gesellschaft und Befriedung der Bürger mißtraut.

Aber es gibt auch eine andere Geschichte des politischen Sports, die sich mit der Arbeitersportbewegung und den Arbeitersportolympiaden verbindet, eine Gegengeschichte, die an den Sport utopische Hoffnungen und die Erwartung gesellschaftlicher Veränderungen knüpft.⁷

Die Beispiele, die für die Verbindung von Sport und Politik stehen, lassen sich

scheinbar endlos fortsetzen: das jüngste Ringen um eine mögliche gemeinsame Austragung der Olympiade zwischen Süd- und Nordkorea, die Olympiaboykotte der Vergangenheit, die schwarze Faust der »black panther«-Bewegung auf dem Siegespodest der Olympischen Spiele von Mexiko, die Konkurrenz der Systeme und Nationen um die Führungsrolle in den Medaillenrängen, der Nationalismus, der in den Arenen des Sports Nahrung findet.

Man mag einwenden, daß der Sport dabei mehr Opfer als Täter sei, zu schwach, um sich vor der Instrumentalisierung durch Politik oder Wirtschaft zu schützen, man mag den Optimismus haben, daß solche Vereinnahmung nur punktuell bestehe und dem Sport letztlich äußerlich bleibe. Aber alle diese Einwände verharren im Grunde dort, wo sie das Politikum des Sports mutmaßen: an der Oberfläche. Doch der Sport wird nicht erst politisiert, wenn beispielsweise Helmut Kohl nach Mexiko zum Endspiel der Fußballweltmeisterschaft reist, um etwas vom Glanz des Siegers zu erhaschen. Der Sport ist politisch in einem grundsätzlicheren Sinn, als jene es sich träumen lassen, die dem Mythos vom »Sport an sich« huldigen und dessen politisches Problem nur darin sehen wollen, ihn von allen »wesensfremden« Einflüssen fernhalten zu müssen.

Der neuzeitliche Sport ist ein Konstrukt der bürgerlichen Gesellschaft, Resultat einer sozialen Ordnung, deren Kontext seine spezifische Form konstituiert und ohne die er folgerichtig nicht denkbar wäre. Der Sport ist deshalb politisch wie diese Gesellschaftsform selbst, deren Herrschaftscharakter noch in ihm manifest wird.

Und dieses Gebilde, dessen Namen auf sein englisches Mutterland verweist, ist in einem rasantem Wachstum begriffen. Längst hat der Sport die Ghettos der Körperertüchtigung verlassen und begonnen, die moderne Lebenswelt bis in die intimsten Sphären des Individuellen hinein zu kolonisieren. Wir sehen uns heute gleichsam mit einer sportiven Revolution konfrontiert, die sich anschickt, auch noch die letzten sportfreien Räume bzw. dem Sport randständige Gruppen zu erobern. Mehr noch als die »Instrumentalisierung« des Sports springt deshalb heute als seine politische Problematik eine Verselbständigung des Sports ins Auge, die sich bereits zu einer Diktatur des Sportiven ausgeweitet zu haben scheint.

Unüberhörbar kündigt von der sportiven Revolution die Sprache selbst; und nirgends scheint dies deutlicher zu werden als beispielsweise im Vokabular der Tagespolitik: Strauss hat mit dem Flugbenzinskandal »ein Eigentor geschossen«, Geißler mal wieder seine politischen »Tiefschläge verteilt«, die SPD wird in der Endphase des nächsten Bundestagswahl »in einem fulminantem Endsprint« die CDU noch »kurz vor der Zielinie abfangen«. ⁸

Der Hegemonie der Sportmetaphorik in der Sprache korrespondiert die Eroberung der Märkte und Lebensstile durch den Sport. In einer Kultur, die der Göttin der Jugend huldigt und unendlicher Leistungsfähigkeit das Wort redet, hatte und hat das Sportive leichtes Spiel. — Das schlägt sich nicht nur in den Umsatzzahlen von Sportartikelherstellern nieder. ⁹ Kaum eine Produktwerbung, die es sich leisten könnte, auf ein sportliches Image zu verzichten. Sport-Müsli, Sport-Schokolade, Sport-Sakkos, Sport-Autos natürlich, sogar die Sport-Zahnpasta hat sich vor kurzem auf dem Jahrmarkt des Konsumterrors vorgestellt. ¹⁰

Aber nicht nur die Produktwerbung segelt im Aufwind des Sportiven. Diese ist vielmehr nur Gradmesser seiner Bedeutung in der Alltagswelt: Die Mode kennt ihre sportlich-eleganten Kollektionen, der Friseur den sportlichen Haarschnitt und überhaupt ist KönigIn, wer eine sportliche Figur macht, sind sportliches Flair und outfit im privaten und öffentlichen Leben Trumpf geworden.

Selbst die politische Linke zollt der Expansion des Sportlichen ihren Tribut. Nicht erst seit der Turnschuh zum Symbol für den Marsch durch die Institutionen und durch einen Umweltminister gekrönt wurde, ist das Sportive zu einer Art Lebensphilosophie der Alternativbewegung avanciert. Der sportliche Körper schlechthin hat Konjunktur, ein Idealismus des Körperlichen ist gleichermaßen zur Quelle von neuen Emanzipationshoffnungen und utopischen Energien wie zum Zentrum individueller Befreiungsbestrebungen geworden. Die Nachfrage körperorientierter Selbsterfahrungsgruppen oder Therapieformen, die unzähligen workshops im Umkreis von Tanz und Bewegung, die Großoffensive in Sachen asiatische Kampfsportarten, Aerobic, Bodybuilding, Fitness- und Gymnastikkursen zeigen, daß ein anderes Körperideal, eine Körperökologie gleichsam, in der Mensch und Natur als versöhnt erstrebt sind, sich im Bewußtsein der Menschen eingegraben hat und zum Leitstern einer anderen Lebensführung geworden ist.

Mit der Allgegenwart des Sportiven ist aber zugleich auch eine Sensibilität entstanden, die der gesellschaftlichen Vereinnahmung des Körpers in der Moderne jene Beachtung schenkt, die sie verdient. Spätestens seit Michel Foucaults Geschichte der modernen Disziplinargesellschaft ist der Körper zu einem zentralen Thema der politischen Philosophie geworden. Wie eine Gesellschaft mit dem Körper umgeht, welche »politische Besetzung« der Körper in ihr erfährt, ist nach Foucault der Schlüssel zum Verständnis einer Gesellschaftsformation im allgemeinen und der modernen Gesellschaft im besonderen.¹¹

II.

Der Schriftsteller Siegfried Lenz hat diesen Verweisungszusammenhang schon Anfang der sechziger Jahre explizit für den Sport behauptet:

»Wer zum Verständnis der modernen Gesellschaft gelangen will, kommt — so scheint mir — ohne Berücksichtigung des Sports nicht mehr aus; denn die Arenen der Welt sind zu Spiegeln geworden, in denen sich vieles abbildet: die Wünsche, Ehrgeize, die Hoffnungen und Sehnsüchte der Zeitgenossen, aber auch ihre Leidenschaften, Neurosen und Hysterie, ihre Rausche und Ansprüche.«¹²

Die Bedeutung, die dem Sport nach seiner Einschätzung für die heutigen Gesellschaft zukommt, war für Lenz Anlaß genug, das Phänomen Sport wiederholt literarisch zu bearbeiten. Sein Roman *Brot und Spiele*¹³ ist die heute wohl bekannteste deutsche Sporterzählung. In ihrem Zentrum steht der erfolgreiche Langstreckenläufer Bert Buchner, der noch einmal »mehr aus Gewohnheit, denn aus Überzeugung ... für die Europameisterschaften aufgestellt worden ist«.¹⁴ Die Erzählung setzt somit an einem Punkt der Karriere eines Athleten ein, sozusagen »ein(em) Lauf in die Vergessenheit« (S.33), an dem sich die Sportberichterstattung gemeinhin verabschiedet, weil sie nur die Sprache der SiegerInnen spricht und für die unvermeidliche Niederlage, mit der

jeder sportliche Höhenflug enden muß, buchstäblich keine Worte findet. — Auffällig ist die Erzählstruktur des Romans: Sie verknüpft eine Reportage über den letzten großen Wettkampf der Zentralfigur mit Reflexionen über dessen Lebensgeschichte. Von der Schilderung der Dramaturgie des Laufes springt die Erzählung immer wieder in die Turbulenzen chronologisch entwickelter Schlüsselszenen aus Bert Buchners Leben. Indem die Runden um das Oval der Aschenbahn mit den einzelnen Phasen und Stationen von Buchners Leben in Verbindung gebracht werden, erscheint das Rennen als »Lauf ums Leben« (S.164) und Lebenslauf zugleich. Die Lebensgeschichte des Helden ist dabei aus der Perspektive des enttäuschten Freundes geschrieben, einem kriegsversehrten Sportreporter, der Berts sportlichen Werdegang nicht nur publizistisch begleitet hat: »Ich wünschte, daß Bert ein Läufer werden sollte, ich wollte ihn siegen sehen« (S.74); »es war mitunter, als suchte ich mein Leben in seinem anzulegen« (S.70), sich dann aber von seinem einstigen Freund abwandte.

Für den Ich-Erzähler muß dieser Lauf das Urteil über Bert Buchners moralische Entwicklung im Zusammenhang seines sportlichen Aufstiegs fällen:

»Bert darf nicht siegen, jeder mag gewinnen, nur nicht er ... Er wäre der miserabelste Meister, der je auf Wettkämpfen ermittelt wurde.« (S.150).

Ein schwerer Fehltritt — Buchner hatte mit Vorsatz, aber anscheinend nur für den befreundeten Sportjournalisten sichtbar, während eines Rennens seinem härtesten Rivalen die Dornen seiner Laufschuhe in die Fersen gerammt und diesen damit auf seine Weise »für immer besiegt« (S.156) —, sollte in diesem Lauf durch eine alles entscheidende Niederlage gesüht werden. Und wirklich erfüllt sich seine Beschwörung:

»Buchner führt achtzig Meter vor dem Ziel, führt und gibt nichts ab. Eine halbe Drehung — seine Hände greifen in die Luft, er stolpert, nur noch siebzig Meter vor dem Ziel. Er stürzt, wird nach vorn gerissen, fällt aus der Drehung auf die Schulter, schlägt mit dem Gesicht auf und bleibt liegen.« (S.172)

Der Sport als ein System höherer Gerechtigkeit und das Scheitern eines Athleten als ein individuelle Schuld, als persönliches Versagen? Das wäre zu einfach, denn der Roman entfaltet, zunächst unterschwellig, im Verlauf der Erzählung aber immer zielstrebig, eine andere Geschichte, die das scheinbar nur individuelle Versagen seines Helden in eine soziale Tragödie und den anklagenden Schuldspruch in selbstkritische Betroffenheit des Ich-Erzählers verwandelt.

Denn für Bert scheint das Laufen eine Form des Überlebenskampfes gewesen zu sein. Als der Ich-Erzähler ihn zum ersten Mal laufen sieht, flieht Bert gerade aus einem Gefangenenlager. Und das Laufen bleibt für Buchner, das ist die Tragik seiner Athletenexistenz, auch im sportlichen Spiel immer der Ernstfall des Lebens: Laufen ist für ihn Flucht aus der Armut, aus sozialer Nichtidentität, aus der Not der Einsamkeit. Mit der sportlichen Karriere schien er einen Ausweg gefunden zu haben:

»Seine Siege, die Empfänge, die man ihm bereitet, die Popularität, die er genoß — das alles hatte ihm, wie er glaubte, einen anderen Kurswert verschafft. Er schätzte sich anders ein ...« (S.115)

Doch die subjektive Verwirklichung, die der Rausch des Sieges ihm scheinbar gewährt, die Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit seiner Person, die darin erfüllt zu sein scheint, wird eingeholt durch einen sozialen Kontext, der solche Hoffnungen zwangs-

läufig unterminiert und ihn zu immer neuen Fluchten zwingt. Denn für jene, deren »erwählter Vollstrecker« (S.21) er nur ist, die nicht ihm, sondern sich selbst zjubeln, wenn sie seine Siege feiern, die nicht ihn, sondern sich selbst meinen, wenn sie seinen Erfolgen Beifall klatschen, ist er nur austauschbare Person, bloßer Funktionsträger, »König für die Dauer eines Wochenendes« (S.135), dem die Gefolgschaft verweigert wird, wenn er sich nicht mehr als Sieger präsentieren kann.

Ohne Sieg »werden sie ihn vergessen, schnell und unwiderruflich, nur der letzte Lauf zählt für sie, ein Läufer ist ihnen nur soviel wert wie sein letzter Lauf« (S.10). Ihr Beifall ist die »Peitsche, die gegen den Athleten geschwungen wird, ihn hetzt und antreibt« (S.34) und Bert Buchner, »verwundet von einem Verlangen« nach ihrer Zustimmung, »das sich alles unterwirft« (S.146), in einen moralischen Abgrund stürzen läßt.

Gejagt von der Angst, fallengelassen zu werden und ins soziale Nichts zurückzusinken, versucht er, der nur den Versprechungen des Sports gefolgt ist, die Flucht nach vorne und sich mit allen Mitteln auf dem Podest des Siegers zu halten, um doch um so gnadenloser im Namen einer scheinheiligen Moral hinabgestoßen zu werden.

»Das, was er geworden ist, ist er nicht allein geworden: Jeder von uns hat mitgezogen«, lautet deshalb das Fazit des Ich-Erzählers.

»Wir haben ihn mit unseren Forderungen und Erwartungen gehetzt. Wir haben ihm Kränze gewunden, die nicht zuletzt für uns selbst bestimmt waren. Wir haben fleißig an der Schraube gedreht, bis sie fest angezogen war. Er hat nichts Schlimmeres getan, als unserer Begeisterung zu vertrauen. Er verliebte sich auf unsern Beifall, und dabei beging er den Irrtum, ihn für eine Art Lebensversicherung zu halten.« (S.170)

Zwar hat Lenz, indem er als Motiv, die Lebensgeschichte des Bert Buchner aufzuschreiben, seinen Ich-Erzähler formulieren läßt: »Ich möchte verstehen, wie sich dies magnetische Feld bildete, in das wir wie Eisenspäne hineinschossen« (S.164), die tragische Geschichte des Helden als soziales Drama angelegt.

Aber diese Dimension des Romans, die das Problemfeld des modernen Sports, seine Versprechungen hinsichtlich der Entfaltung erfüllter Subjektivität in ihrer prinzipiellen Widersprüchlichkeit und ihrem Bezug zum gesellschaftlichen Ganzen betrachten will, wird nicht wirklich strukturell und analytisch entwickelt. Indem Lenz aus der Schuld eines einzelnen letztlich nur die Schuld der vielen macht, kann er seinen Anspruch einer wechselseitigen Beleuchtung von Sport und Gesellschaft nicht einlösen.

Das scheint dem schwedischen Autor Per Olov Enquist eher gelungen. Sein 1971 erschienener Roman *Der Sekundant*, vielleicht die bedeutendste literarische Auseinandersetzung mit dem Sport, ist, wie Lenz 1981 beim Erscheinen einer deutschen Taschenbuchausgabe¹⁵ in der FAZ kommentierte, »kein Sportroman in herkömmlichen Sinn, hier werden nicht Aufstieg und Fall eines Athleten verhandelt« (Klappentext).

Der schwedische Autor weiß über Verbreitung und Entwicklungsstand unterschiedlichster Sportarten in Ost und West bestens Bescheid und hat sich offensichtlich intensiv mit den sporthistorischen und -soziologischen Diskussionen beschäftigt, die in den zwanziger Jahren und seit dem Zweiten Weltkrieg geführt wurden. Im Horizont interessanter theoretischer Fragestellungen gelingt es ihm auf der Basis dieses reichhaltigen Materials ein Panorama der Welt des modernen Sports zu entwerfen und dabei

»ein Weilchen«, das 347 Seiten lang ist, über »die Rolle des Sports in der Gesellschaft als Ganzen« (S.50) nachzudenken.

Seine Reflexion über die Komplexität des modernen Sports vermag den Leser zu fesseln, weil sie in die autobiographischen Aufzeichnungen des Sportliebhabers und ehemaligen, zur erweiterten Spitze, zum »Rest of the Best« zählenden Hochspringers Christian Lindner integriert ist. Die zwischen 1968 und 1970 entstandenen Notizen über »Papa und sein Leben« (S.125) wurden für den von tiefen Selbstzweifeln geplagten und nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings auch politisch verunsicherten Sozialisten zu einer Art Rettungsanker, zu einer Überlebensstrategie:

»Der Winter hatte begonnen und würde sehr lang werden. Diejenigen, deren Hoffnung überleben wollte, mußten sich mit großer Kraft wappnen. Wenn die Hoffnung in der Lage sein sollte zu überwindern, mußten die Träume gepanzert und gegen Kälte und Feuchtigkeit resistent gemacht werden. Was sollte ich tun? Die Aufzeichnungen über Mattias Jonsson-Engnestam-Lindner zu Ende führen, würde ohne Zweifel eine adäquate Aufgabe sein.« (S.78)

Denn sie versprochen, ihm Auskunft zu geben, »welche Träume ... man sinnvollerweise ... opfern«, und welche man in dieser Lage »behalten« sollte (S.76). Wie war es dabei um den Traum vom Sport bestellt?

Die Aufzeichnungen über den 1965 verstorbenen Vater, der in den vierziger Jahren in Schweden ein wohlbekannter Hammerwerfer war, bis er im August 1947 wegen Täuschungsversuchs disqualifiziert und für immer aus der »Welt des Sports«, die er »in seinem ganzen vierundvierzigjährigen Leben ... geliebt« (S.30) hatte, ausgeschlossen wurde, sind aus der Sicht eines Sekundanten verfaßt: »ein Sekundant betrachtet den Kampf von unten, aus der Nähe, aber durch die Seile geschützt, und in den Pausen ermuntert und dirigiert er die eigentlichen Teilnehmer des Kampfes mit Hilfe von Hocker, Wasserflasche, Handtuch und beruhigenden Wörtern« (S.57).

Deswegen gelingt es, die Geschichte der tragikomisch endenden Sportlerkarriere voller Empathie und zugleich aus Distanz, im Sinne einer solidarischen Kritik¹⁶ zu erzählen: Die Frage, wie es möglich war, daß sein Vater, ein durch und durch ehrlicher, loyaler, pflichtbewußter und angepaßter Mensch, ein Musterbild eines liebenswürdigen Sportkameraden also, zum Betrüger werden konnte, wird immer wieder aufgeworfen, ohne wirklich abschließend beantwortet zu werden.

Was hat den Hammerwerfer dazu bewogen, mit einem regelwidrigen, weil mehr als 400 Gramm zu leichten Wettkampfgerät zu werfen und der Sportwelt eine beständige Verbesserungen seiner Bestleistung vor-zumachen und schließlich gar einen schwedischen Rekord, den ein Vereinskamerad mit diesem leichten Hammer erzielen konnte?

Entgegen der einhelligen öffentlichen Meinung des Jahres 1947, die diese Mogelei »als Verrat an der Idee des Sports« und als eine »Sauerei gegenüber den Sportkameraden« (S.331) verurteilte und höchstens auf eine geistige Umnachtung des Delinquenten zurückführen wollte, erklärt der Ich-Erzähler die offensichtliche Regelverletzung seines Vaters als Ausdruck äußerster Loyalität gegenüber dem Sport, als Folge außergewöhnlicher Großzügigkeit gegenüber den Sportkameraden: Sein Vater sei

»wie bei einem Kaffeekränzchen rumgegangen und hatte die hammerwerfenden Tanten des schwedischen Sports aufgefordert zuzulangen. Jeder sollte werfen. Jeder sollte seine eigenen großen Ergebnisse erzielen ... dann würde er ... vor Glück schnurren, weil er der schwedischen Leichtathletik, dem Publikum und der Sache des Hammerwerfens loyal gedient hatte ...« (S.238)

Nach dieser Darstellung bestand die Unmoral des »Weltmeisters im leichten Hammerwurf« lediglich darin, der inneren Logik des Sports bis in die letzte Konsequenz gefolgt zu sein:

»Wenn ich an Papas Liebe zum Sport denke und daran, unter welchen Umständen sie wuchs, bis sie so stark wurde, daß sie ein ganzes Gesellschaftsmuster zu sprengen und freizulegen schien, manchmal, wenn ich an diese Liebe denke, verstehe ich ...« (S.117) »Papa (erbrachte) Leistungen um jeden Preis oder etwas, was wie Leistungen aussah« (S.319): er sorgte für neue Rekorde, verbesserte die Ergebnisse — »in den Ergebnissen liegt das Wesen des Sports.« (S.257)

Auch dann, wenn man nicht akzeptieren will, daß seine Verbesserung der Ergebnisse im Hammerwerfen im Prinzip nach dem Muster — Veränderungen am Material und/bzw. an der Bewegungstechnik — erfolgte, nach dem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in allen Sportarten Ergebnisverbesserungen erzielt wurden, kann man in der Mogelei des Mattias Engnestam nicht mehr sehen als ein Zusammenspiel von Zufall und treuherziger Sportbesessenheit. Denn zum leichten Hammerwurf kam er wie die heilige Jungfrau zum Kind: Bei einer fälligen Reparatur in einer Werkstatt hatte

»irgendeine wohlmeinende Seele das Ganze mißverstanden und leichteres Material nachgefüllt, vermutlich Zinn ..., und das Kunststück zurückgegeben. Papa ging nach Hause und warf am folgenden Abend beim Training annähernd 55 Meter. Er trug dabei einen Trainingsanzug und fühlte sich überhaupt nicht in Wettkampflaune. Von dem zufälligen Glücksgefühl einmal abgesehen, war ihm sofort klar, daß etwas nicht stimmen konnte ...« (S.316)

Daß er nun, nachdem er das unreguläre Gewicht festgestellt hatte, weiter mit dem leichten Hammer trainierte und ihn schließlich sogar im Wettkampf einsetzte, kann auf eine Vervollkommnungsmanie zurückgeführt werden, die den Vater beherrscht:

»Man hatte ihn jahrelang ausgeschimpft, daß er zu langsam sei, er drehe sich zu langsam. Diese Vorfälle hatte er ... akzeptiert: Ja, er war langsam; der Langsame muß sich ändern und weniger langsam werden. Es gilt, sich zu vervollkommen, es gilt, besser zu werden, nicht nur im eigenen Interesse, sondern im Namen des Sports.« (S.316)

Als er den leichten Hammer in die Hand bekommen hatte, schien mit einem Mal ein Weg gefunden, seine Schnelligkeit entscheidend verbessern zu können: »Wenn er mit einem zu leichten Hammer warf, konnte er die Drehungsgeschwindigkeit erhöhen. Und das tat er dann auch« (S.314). Und wie sich die gewünschten Erfolge bei ihm und noch beeindruckender: bei einem jungen Schützling — »ein großer starker Achtzehnjähriger, der bereit war, sein Leben dem Hammerwerfen zu opfern« (S.314) — schnell einstellten, schien der Vater »auf irgendeine Weise von der Verbesserung der Ergebnisse eingefangen zu werden; er wurde auf die abnorme Leistungssteigerung fixiert« (S.318).

»Papa war ein Verbesserer« (S.249) in allen Lebenslagen: Ausgerüstet mit diesem Sportsgeist überlebte er z.B. auch die schlimme Zeit nach der Verbannung aus der Welt des Sports, als er nur noch unter Tage als Kanalreiniger in einer kleinen Stadt Arbeit finden konnte. Anstatt sein Schicksal zu beklagen oder darüber empört zu sein, daß er buchstäblich »unten in der Scheiße« saß, hat er schlicht und ergreifend »für jeden

Streckenmeter die Zeit gemessen ... Es ist ihm gelungen, die Ergebnisse bei der Abwasserreinigung zu verbessern« (S.266f.).

Für den Sozialisten Christian Lindner ist diese Verbesserungswut letztlich symptomatisch für eine Welt, »in der man alles außer dem Zynismus beiseite gefegt hat, in der man den Glauben aufgegeben hat, daß die Entwicklung ein Ziel hat, und in der die Bewegung nach oben als Sinn des Lebens definiert worden ist: die Bewegung ist der Sinn der Bewegung« (S.250).

Diesem desillusionierenden Befund über den modernen Sport, der als Spiegel eines hoffnungslosen Zeitalters erscheint, stellt der Ich-Erzähler eine positive Definition des Sports gegenüber, die von der europäischen Arbeiterbewegung vor 1933 vertreten worden sei. Sie habe die Bewegung der Entwicklung, der Verbesserung der Ergebnisse, des rein quantitativen, in Zahlen meßbaren Fortschritts nicht mit dem Endziel oder gar mit Glück verwechselt, sondern als Mittel und Weg verstanden, um zu einem wichtigeren Ziel zu gelangen: zur solidarischen Gemeinschaft, zur »endgültigen Befreiung« (S.337).

In Brechts Film *Kuhle Wampe* (1931) sieht Christian Lindner die Utopie dieser Bewegung ins Bild gesetzt:

»... 'Vorwärts, und nicht vergessen — unsere Solidarität!' — ... als die große reportageähnliche Montage des letzten Drittels über die Leinwand zog, als ich die Kulmination der deutschen Arbeitersportbewegung sah, war mir, als hätte ich Papa in jungen Jahren gesehen, inmitten der unzähligen Gesichter, als wäre gerade er es, der das Lied von der Solidarität sang. 'Vorwärts, und nicht vergessen!'« (S.62)

Diese Bilder sind für den Ich-Erzähler einerseits ergreifende historische Dokumente. Andererseits erscheint ihm der Versuch, an dieser Fiktion einer realisierten Sportutopie im Sinne einer Pflege des sozialistischen Erbes anknüpfen zu wollen, als anachronistisches, ja geradezu grotesk anmutendes Unterfangen.

Seiner Auffassung nach hat sich die »Verbürgerlichung«, in deren Folge sich erst eine systematische »Isolierung des Sports von den übrigen Problemen der Zeit« (S.117) ergeben habe, nach 1933 — befördert durch den faschistischen Terror — ein für alle Mal durchgesetzt. Am Beispiel seines Vaters, eines »der Pioniere des Arbeitersports in Schweden« (S.50), glaubt er den reibungslosen Übergang zum »Nursportlertum« im Zusammenhang mit der Instrumentalisierung des Sports durch den Nationalsozialismus begreifbar machen zu können: 1934, nach dem Scheitern einer Protestaktion gegen den Leichtathletik-Länderkampf zwischen Schweden und Nazi-Deutschland — mit Transparenten bestückte Ballons, die über dem Stockholmer Stadion schweben sollten, wurden von einem aus der falschen Richtung blasenden Wind verweht — habe »Papa einen Teil seiner ideologischen Überzeugungen« verloren und sei deshalb ganz dem Rausch des Sports verfallen. Auf diese Weise sei schließlich auch das vom Ich-Erzähler behauptete andere Sportideal der Arbeiterbewegung aufgegangen in einem »pfadfinderische(n), ehrliche(n) Schwedengeist, bei dem es auf Kämpfen ankam, auf das Gesundsein und vor allem darauf, daß man sich sportlich verhielt.« (S.154)

Es zeichnet die besondere Qualität dieses Romans aus, daß ihm trotz seiner mythisierenden Darstellung der (insbesondere deutschen) Arbeitersportbewegung vor 1933 eine scharfsichtige Analyse des modernen Sports gelangt.

Der Ich-Erzähler schildert, wie er den modernen Sport selbst erlebt hat: Bei aller Erfahrung eines »Teilhaftigwerdens« von »Gemeinschaft« empfand er immer »eine andere Art von Einsamkeit, als wäre ich in einer neuen, rituellen Gemeinschaft vereinigt worden, die eine auf leeren und toten Formeln beruhende Vereinsamung bedeutet« (S.260). Denn er ließ sich »wie die meisten in der gleichen Situation ... vom technischen Zeremoniell gefangennehmen. Er ertrinkt im Meer der technischen Sprache. Er sitzt im Käfig der Sporttechnokratie ... Er denkt an die Stellung des Fußes beim Absprung« (S.216). »Die Formelwelt war dermaßen kompliziert und verlockend, daß sie nie ihre Attraktivität verlor ... und ... (die) zum Schluß gelöste Gleichung, die ihn auf die Ebene des Erfolgs heben sollte, auf der er sich ... anrechnen konnte, als eine attraktive Ware angesehen zu werden. (Denn) das Muster, in das er sich einfügte, schrieb seine eigenen Gesetze: Das Geld würde ihn als bedeutende und am Ende auch erfolgreiche Ware definieren.« (S.220)

Mit diesen Einsichten in die gesellschaftliche Formbestimmtheit des modernen Sports¹⁷ verwirft Christian Lindner den bürgerlichen Traum vom Sport, der in seinen eigenen Träumen in der Gestalt des erinnerten Vaters immer wiederkehrt. Denn er macht damit bewußt, daß die »autonome Welt« des Sports kein utopischer Ort ist, an dem sogenannte Entfremdungserfahrungen aufgehoben — im Sinne von »überwunden«- sein könnten. Viel mehr scheinen sie aufgehoben im Sinne von »aufbewahrt« und »verdoppelt«. Der Roman vergegenwärtigt somit die leeren utopischen Versprechungen des modernen Sports, und er läßt keinen Zweifel daran, daß dieser Sport nicht zu den Träumen zu zählen ist, an denen mit Blick auf eine wie auch immer gestaltete sozialistische Gesellschaft festzuhalten wäre.

Doch wer nun davon ausgeht, daß mit dem Ablegen des Sports unter der Rubrik »erledigte politische Träume« auch jede weitere linke Diskussion über das Thema Sport ein für alle Mal vom Tisch sei, der hat Enquists Roman mißverstanden.

Allein auf Grund seines realen utopischen Gehalts, der darin zu sehen ist, daß der Sport »einem ... das Gefühl gibt, daß das eigentliche Leben sich nicht hinter der Wolkenbank der Zukunft oder der Dunkelheit des Todes verbirgt, sondern gleich um die Ecke liegt, gleich um die Ecke« (S.114), kann eine politische Bewegung, die von der »endgültigen Befreiung«, oder, anders ausgedrückt, vom »richtigen« Leben träumt, nicht umhin, über einen wirklich anderen Sport nachzudenken.

Dies setzte eine radikale Infragestellung, wenn nicht die Verwerfung ein jeder historisch realisierten Sportpraxis, also auch der »sozialistischen«, voraus. Erste vorläufige Schritte in dieser Richtung könnten z.B. bewußte Regelverletzungen sein. In diesem Horizont wird verständlich, daß der Ich-Erzähler in dem »leichten«, weil regelverletzenden Hammerwerfen seines Vaters mitunter eine subversive Handlung zu erkennen vermag:

»Habe ich die ganze Zeit falsch gedacht? War es im Grunde eine Befreiung, eine Revolte, die (Papa) weit hinter allem gemeint hatte? — Als ob er plötzlich die Form gesprengt und sich hingestellt und geschrien hätte: ich scheiße auf euch, ich gehe nicht darauf ein ... ich sage nein ...?« (S.336)

Das Ergebnis des ungewollten Aufbegehrens des Mattias Engnestams gegen die »Grundgesetze« (S.336) des Sports scheint zu beweisen, daß er damit, ohne es zu

wissen, auf dem »richtigen« Weg war, und zwar sowohl in persönlicher wie in politischer Hinsicht. Zum einen konnte er erst, nachdem er die Anerkennung und Einhaltung gewisser sportlicher Regeln verworfen hatte, das irdische Glück, das für ihn im Hammerwerfen lag, uneingeschränkt genießen:

»Im Sommer 1948 durfte Papa endlich das Leben leben, das er sich schon immer gewünscht hatte ... er war wie neugeboren ...« (S.320)

Zum anderen zeigt die gewaltige Reaktion der Gesellschaft auf diesen sportlichen Fehltritt, daß er den Nerv einer sozialen Ordnung getroffen hat, deren Herrschaft auf der fortwährenden symbolischen Unterwerfung ihrer Mitglieder und der Produktion von sich selbst kontrollierenden Gehorsamssubjekten beruht. Auch das kleinste Vergehen, und geschehe es auch noch im marginalsten Bereich, scheint deshalb mit aller Macht verfolgt und bestraft werden zu müssen, weil es den gesellschaftlich festgelegten Rahmen zu sprengen droht.

Zur Wiederherstellung der durch den leichten Hammerwurf verletzten Ordnung bedurfte es deshalb auch einer symbolischen Hinrichtung, die über das Auslöschen der Erinnerung an einen Menschen zugleich seine Existenz vernichtete:

»Er durfte ... nicht einen Rekord behalten. Die Disqualifikation war auf Lebenszeit ausgesprochen worden, und mit einem einzigen Federstrich wurde alles ausgelöscht, alles vernichtet. Nach der Scham und der Lächerlichkeit kam die große weiße Leere, die entsteht, wenn alles vernichtet wird.« (S.340)

Es spricht für den hohen Erkenntniswert von Literatur, daß Enquists Roman durch das Erzählen einer unwichtig erscheinenden Geschichte aus der Welt des sportlichen Spiels den tiefliegenden politischen Charakter des modernen Sports, seine Disziplinarwirkungen und Normierungszwänge ins Bild zu setzen vermag.

Anmerkungen

- 1 Wer sich mit der Literatur über den Sport beschäftigen will, sieht sich mit weit verbreiteten Behauptungen konfrontiert, wonach der Sport für die Literatur kaum existiere (Reich-Ranicki), sich als Thema der Literatur erst gar nicht eigne (Andersch) oder, soweit vorhanden, ästhetisch gehaltlos sei. Solche Fehleinschätzung der tatsächlichen Bedeutung der Literatur über den Sport wird verständlich, wenn man sich klar macht, daß sie in eine der hartnäckigsten Mythen der bürgerlichen Gesellschaft verstrickt ist, in eine tiefliegende Vorurteilsstruktur, die alles Geistige gegenüber dem Körperlichen höherbewerten will. Da in der Literatur über den Sport in dieser Perspektive gleichsam die edle Welt der Kunst und die gemeine Welt des Sports aufeinander stoßen, scheint es insbesondere für die deutsche Literaturwissenschaft bis vor kurzem noch eine Zumutung gewesen zu sein, sich in die Niederungen der Welt des Sports zu begeben, obwohl doch der Sport als Thema der Literatur — zumal von professionellen Literaturwissenschaftlern — kaum übersehen werden kann. Denn es gibt sie freilich, die literarische Thematisierung des Sports. Und eher würden wir die Behauptung wagen, daß es kaum einen Autor oder eine Autorin gibt, die den Sport nicht in irgendeiner Weise behandelt hätten, und sei es nur in Form der Bearbeitung traumatischer Erinnerungen an den eigenen Sportunterricht.
- 2 Pierre Bourdieu führt aus, inwieweit »Sport wie jede andere Praxis auch ein zentrales Objekt von Auseinandersetzungen ebenso zwischen den einzelnen Fraktionen der herrschenden Klasse wie zwischen den sozialen Klassen insgesamt darstellt«: »Das Feld der Sportpraktiken ist Schauplatz von Kämpfen, in denen es, neben anderem, um die monopolistische Durchsetzung einer legitimen Bestimmung von Sportpraxis wie der legitimen Funktion derselben geht: Amateurismus vs. Professionalismus, Sport-Praxis vs. Sport-Schau, exklusiver 'Eliten'-Sport vs. populärer Massensport,

- usw. Und diese spezifischen Kämpfe sind nun noch weiter eingebettet in ein umfanglicheres Feld von Auseinandersetzungen, die die Definition des legitimen Körpers und des legitimen Gebrauchs des bzw. Umgangs mit dem Körper zum Gegenstand haben ...« (Vgl. dazu Bourdieu, Pierre: Historische und soziale Voraussetzungen des Sports. In: Gert Hortleder/Gunter Gebauer: Sport—Eros—Tod, Frankfurt/M. 1986, S.98f.)
- 3 Es soll hier keineswegs der Eindruck erweckt werden, daß das Problem des Faschismus personalisiert und gleichsam mit dem Dämon Adolf Hitler identifiziert werden könnte. Vielmehr kann der Nationalsozialismus und seine Verbrechen, wenn überhaupt, dann nur in seinem strukturellen gesellschaftlichen Kontext begriffen werden.
 - 4 Adolf Hitler: *Mein Kampf*. Zit.n.: Leo Kreutzer: *Das geniale Rennpferd. Über Sport und Literatur*. S. 570.
 - 5 Sehr noch als der Re-Militarisierung Deutschlands sollte die staatlich verordnete Fitnesswelle jedoch der integrativ-befriedenden Entpolitisierung der Massen dienen. Insbesondere als Köder für die politisch zerschlagene, aber sportbegeisterte Arbeiterbewegung. Das gewaltsame Ende, das die Nazis der politischen Kultur der Weimarer Republik bereiteten, wurde überdeckt durch eine mit aller Macht geförderten Blüte des organisierten Sports. Die spektakulär inszenierten Olympischen Spiele von 1936, ein legendäres Fest des Sports nicht erst durch die Riefenstahl-Verfilmung, ließ fast die ganze Welt vergessen, daß Demokratie, Frieden und Menschenrechte in Deutschland liquidiert waren. Es war vielleicht das Geheimnis der faschistischen Bewegung, daß es ihr gelungen ist die großen emotionalen Bedürfnisse der Bevölkerung aufzunehmen und die Begriffe der kritischen Öffentlichkeit und der Arbeiterbewegung zu besetzen, um sie für die eigenen Zwecke zu kanalisieren. Der Sport ist nur ein Beispiel dieser Strategie, die Religion ein anderes.
 - 6 In: DTZ. Nr. 23. 6. Juni 1933.
 - 7 So z.B. in bezug auf den NS: Im Unterschied zur bürgerlichen Sportbewegung setzten sich Teile der Arbeitersportbewegung Deutschlands gegen die Gleichschaltung ihrer Organisationen vehement zur Wehr und fanden Wege, diese noch über das Jahr 1934 hinaus als Keimzellen antifaschistischen Widerstands zu nutzen, bevor der faschistische Terror sie ausschalten konnte.
 - 8 Kanzler Kohl schafft es allerdings (Sigmund Freud läßt grüßen), sich selbst in der Sportmetaphorik zu verheddern: »Wir haben eine schwere Niederlage errungen«, bekennt er heldenhaft in der Fernsehrunde zur letzten Saarlandwahl und fügt hintersinnig hinzu: da gibt es nichts zu beschönigen.
 - 9 1987 gab ein Vier-Personen-Arbeiter-Haushalt mit mittlerem Einkommen rund 6340 DM für die Gestaltung der Freizeit aus. 1977 waren es erst 3949 DM. Laut *Tagesspiegel* vom 31.8.88 spiegeln diese Zahlen das Gewicht der Sportmode- und Sportartikelindustrie wider. »Für die Zukunft liegt in diesem Bereich eine beträchtliche Dynamik«, zitiert er BIMin Zimmermann anläßlich der 29. ISPO-Eröffnung.
 - 10 Kein Wunder, daß die Spitzenathleten zu den fragttesten Werbeträgern avanciert sind.
 - 11 Vgl. insb. Michel Foucault: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Dt. Frankfurt 1976.
 - 12 Lenz Siegfried: Betrifft: Anrainer von Sportplätzen. In: *Der Tagesspiegel* vom 26.1.1964. S.41.
 - 13 Zuerst 1959. Hier im folgenden nach der dtv-Taschenbuchausgabe von 1964 zitiert.
 - 14 Lenz Siegfried: *Entstehungsgeschichte eines Sportromans*. S.98.
 - 15 Die deutsche Erstausgabe ist bereits 1979 im Hanser Verlag erschienen. Wir zitieren im folgenden nach der Taschenbuchausgabe des Fischer Verlags Frankfurt.
 - 16 Damit ist »Der Sekundant« zugleich Beispiel dafür, daß »Väterliteratur«, die sich auf die Zeit des NS bezieht, nicht zwangsläufig, wie z.B. Christoph Meckels »Suchbild«, auf symbolischen Vatermord hinauslaufen muß. Enquists Roman ist Trauerarbeit im positivsten Sinn.
 - 17 Darüber hinaus wird am Beispiel des Turnens, Boxens, Radrennfahrens und Fußballspiels gezeigt, wie diese Formbestimmtheit konkret in den einzelnen Sportarten manifest wird.

Bernhard Boschert

Sport im Kontext der Arbeitswelt

Zu Geschichte und Aktualität einer wichtigen Diskussion

Die sogenannte Studentenrevolution von 1968 hat nicht nur auf der Ebene autoritärer Organisationsstrukturen die Landschaft der alten Ordinariatenuniversität verändert, sondern vor allem in inhaltlicher Hinsicht einen Kurswechsel der einzelnen Fachrichtungen erzwungen. Man kann deshalb im Zusammenhang der 68er-Bewegung von einem Paradigmenwechsel innerhalb der Sozialwissenschaften sprechen, von dem auch die Sportwissenschaft trotz heftiger Gegenwehr, Gott sei's gedankt, nicht verschont geblieben ist.

Wenn die Sportwissenschaft gewissermaßen als Gralshüter des Körperlichen verstanden werden kann, müßte ihr diese Kulturrevolution, die in der Universität nur ihren Ausgangspunkt genommen hatte, eigentlich sehr nahe gestanden haben. Denn es ist eine Kulturrevolution, die ihre Radikalität gegenüber der verkrusteten Vätergesellschaft vor allem in einer Symbolik des befreiten Körpers zur Schau trägt. Lange Haare, nackte Leiber, freie Sexualität, Abstreifen alter Bekleidungszwänge: Hosen ja bitte, BHs nein danke, Parker für alle, Krawatten nur noch, um — metaphorisch — die Bonzen zu würgen, sind die auffälligsten Insignien dieser Revolte in körperlicher Hinsicht.

Aber dem Körper als explizitem Thema wandte sich die neulinke Sportkritik, wie sie später genannt wird, zunächst nicht zu, sondern in erster Linie einer Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Spätkapitalismus auf das Subsystem des Sports. Zweifelloso spielte dabei der Körper eine bedeutende Rolle, aber nicht als Ausgangspunkt emanzipatorischer Hoffnungen, sondern als Opfer des kapitalistischen Unterdrückungsapparats, der das bürgerliche Subjekt noch im Bereich der Freizeit und des Sports in seinem Würgegriff halte.

Abgedankt hätte, ginge es nach jener Kritik, eine liebgewordene Vorstellung Carl Diems, einem der Päpste der traditionellen Sportwissenschaft, wonach der Sport in erster Linie als eine Erscheinungsform des Spiels und somit des zweckfreien Tuns zu verstehen sei, das im Gegensatz zur Zweckbestimmtheit der Arbeitswelt stehe.¹

Demgegenüber konstatierten die neulinken Vordenker in der Sportwissenschaft auf der Grundlage einer im Zuge der 68er Bewegung reaktualisierten Marxschen Theorie ausdrücklich einen strukturellen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Produktionsweise, der Organisation kapitalistischer Arbeit also, und den Organisationsformen des Sports in der industriellen Gesellschaft und insistierten damit auf dessen Herrschaftscharakter. Dahin sein sollte demnach der schöne Traum der Ideologen vom freiheitlichen und demokratischen Wesen des Sports, in dem Chancengleichheit und Gerechtigkeit verwirklicht seien und natürliche Triebe und transhistorische menschliche Werte einen Residualbereich fänden.

Besonders die zentrale Bedeutung des Leistungsgedankens für den Sport, in dem die neulinke Sportkritik weniger ein menschliches Bedürfnis als eine Inkarnation der kapitalistischen Arbeitsethik verwirklicht sah, stand im Schnittpunkt der widerstreitenden Meinungen und ließ den radikalen Kritikern des Sports diesen als verlängerten Arm einer kapitalistischen Unterdrückungsmaschinerie erscheinen, die es zu überwinden galt.

Die These von der strukturellen Affinität von Sport- und Arbeitswelt ging dabei vor allem von den Erscheinungsformen des modernen Leistungssports aus, seiner Dopingkandale und Kommerzialisierung, seiner Professionalisierung und Verwissenschaftlichung, seiner gesundheitsschädlichen Wirkungen und Gewalthaftigkeit und fand im Protest gegen die Olympischen Spiele in München einen politischen Brennpunkt.²

Die zahlreichen Autoren, die die Behauptung vom Zusammenhang von Sport und kapitalistischer Arbeitsform facettenreich ausformuliert haben³, konnten sich auf verstreute Arbeiten aus den fünfziger und sechziger Jahren stützen.⁴ Helmut Plessner beispielsweise beschrieb schon 1952 den Sport als eine Folge des Industrialisierungsprozesses, hob aber dessen Ausgleichsfunktion gegenüber den Folgeerscheinungen der industriellen Arbeitswelt, wie Anonymitätserfahrungen, Frustrationsstau oder Störungen des Körpergefühls hervor.⁵

Später bezeichnete Plessner in Anlehnung an Gehlen, der im Sport ein Abbild der industriellen Arbeitswelt sah⁶, den Sport als eine zweite Arbeitswelt.⁷ Er näherte sich damit der Position von Jürgen Habermas an, der den Sport als eine Verdopplung der Arbeitswelt kennzeichnete. Habermas begreift den Sport dabei als ein kompensatorisches Freizeitverhalten: mit ihm solle ein arbeitsfremdes Verhalten eingeübt werden, das die Folgen einer psychisch erschöpfenden und nervös verschleißenden Tätigkeit ausgleicht. Der Sport sei um so mehr der Macht der Berufssphäre ausgesetzt, je mehr er in dessen scheinbares Gegenteil zu entkommen suche.⁸ Ganz ähnlich formulierte Adorno 1955:

»Der moderne Sport, so ließe sich sagen, sucht dem Leib einen Teil der Funktionen zurückzugeben, welche ihm die Maschine entzogen hat. Aber er sucht es, um den Menschen zur Bedienung der Maschine um so unerbittlicher einzuschulen. Er ähnelt den Leib tendenziell selber der Maschine an. Darum gehört er ins Reich der Unfreiheit, wo immer man ihn organisiert.«⁹

Bero Rigauers 1969 erschienenes Buch *Sport und Arbeit. Soziologische Zusammenhänge und ideologische Implikationen*, das neulich erst in einer amerikanischen Ausgabe erschienen und in den USA auf großes Interesse gestoßen ist, hat wohl am nachhaltigsten die Diskussion um diesen Themenkomplex bestimmt.

Rigauer geht von der Annahme aus, daß der Leistungssport in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts parallel zum Industrialisierungsprozeß entstand. Industrielle Arbeits- und Produktionsweisen stiegen zu so dominierenden Verhaltensweisen auf, daß sie normativ bis in die sogenannten Freizeittätigkeiten hineinwirkten. Diesem Kolonisierungsprozeß industrieller Arbeit habe sich auch der Sport nicht entziehen können.⁹ Rigauer, der sein Augenmerk vor allem auf die formalen Eigenarten von Arbeitsmethoden und deren Abbildung und Anwendung im Sport legt, betont zugleich, daß der

Sport in diesem Sinne als Teilsektor sozialer Anpassung an Industrie und Bürokratie fungiere. Im einzelnen stellt Rigauer folgende Parallelen zwischen Sport und Arbeit fest: 1. Die zentrale sowohl Arbeit wie Sport bestimmende Kategorie sei die Leistung. Sport sei demzufolge wie die Arbeitswelt organisierter Konkurrenzkampf. 2. Der Sport wie die Arbeitswelt ständen unter dem Diktat eines Rationalisierungsprozesses. Damit sind z.B. die Verwissenschaftlichung und Taylorisierung des Trainingsprozesses oder auch die Bürokratisierung des Sports gemeint. 3. Der Leistungssport entwickle entsprechend den Arbeitsprodukten Warencharakter. Sportliche Leistung wie die Sportler selbst würden zu Objekten warenstruktureller Beziehungen.¹¹ 4. Die analoge Struktur von Sport und Arbeit zeige sich in einem ähnlichen Sprachgebrauch. So spräche der Sport z. B. von Aufwärm-, Kraft- oder Trainings-Arbeit.

Im Gegensatz etwa zu Adorno, und das wirkt angesichts des zuvor noch konstatierten strukturellen Zusammenhangs von Gesellschaftsform und Sportform ein bißchen naiv, erscheint Rigauer die Situation des Sports aber nicht ausweglos. Der Sportler müsse lediglich die fremde Zwecksetzung erkennen und den Sport nach eigenen Vorstellungen gestalten, um ihn von der Vorherrschaft der Arbeitswelt zu befreien.¹²

Es hat mit Recht eine Reihe von Einwänden gegen Rigauers Thesen gegeben, die der traditionellen Sportwissenschaft zu, dem einen oder anderen linken Kritiker wiederum nicht genug radikal waren.¹³

Aber sowohl Rigauer als auch alle seine Kritiker scheinen den Sport doch zu sehr zu lieben, als daß sie nicht trotz allem an ihm festhalten wollten. Entgegen ihrer Analyse, daß der Sport unter dem Diktat industrieller Arbeit und des kapitalistischen Verwertungsprozesses stehe, nur durch diesen überhaupt existiere, begreifen sie den Sport zugleich immer als ein Medium, das den Herrschaftscharakter des kapitalistischen Systems partiell durchbrechen könne. Damit nähern sie sich aber gerade jener Position an, von der sie sich kritisch abzusetzen glaubten: Sie halten letztlich an einem wertfreien Charakter des Sports, am Mythos eines »Sports an sich« fest, an einem »guten«, nicht entfremdeten Sport, der jenseits aller gesellschaftlichen Bildungs- und Verbildungsprozesse stehe.

Die Anziehungskraft und Virulenz, die den Thesen um den Zusammenhang von Sport und Arbeit Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre einmal zukamen, sind heute im Horizont eines neuen, postmodernen Zeitgeistes, der vielleicht vor allem die Marxsche Theorie vorschnell verabschiedet hat, verblaßt.¹⁴ Dies mag nicht zuletzt daran gelegen haben, daß sich die hochgesteckten revolutionären Erwartungen, die einige Autoren an ihre ideologiekritischen Analysen geknüpft hatten, nicht erfüllt haben. Andererseits hat es die zweifellos problematische Bearbeitung des Themas, die es an Basis-Überbau-Reduktionismen und allzu vereinfachender Polemik nicht hat fehlen lassen, den kulturkonservativen Kritikern viel zu leicht gemacht, das Thema vom Tisch zu wischen und das Kind wie so oft dann gleich mit dem Bade auszuschütten.

Daß der Sport jedoch kein aus sich selbst verständliches, autonomes Subsystem ist, in dem lediglich sogenannte »ewig menschliche Bedürfnisse« ihre Spielwiese finden, sondern ein hochbrisantes, sozial generiertes Gebilde, scheint heute außer Frage zu stehen. Es ist deshalb das Verdienst der neulinken Sportkritiker, auf den Zusammen-

hang von Sport, Gesellschaft und Geschichte eindringlich aufmerksam gemacht zu haben. In dem von ihnen miteröffneten Kontext muß sich zweifellos nach wie vor jede Theorie bewegen, die zu einem Verständnis des modernen Sports gelangen will. Daß dabei der Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsform und den Formen des modernen Sports nicht unberücksichtigt bleiben kann, zeigt sich schon oberflächlich an ihren analogen Erscheinungsformen: Wie der Warenproduzent auf dem Markt, steht auch der Sportler in einem Konkurrenzfeld, dessen Gesetzmäßigkeiten er bei Strafe seines eigenen Untergangs folgen muß; zielt der Kampf um die maximale Mehrwerterschöpfung auf die äußerste Ausnutzung der Arbeitskraft wie der Wunsch nach sportlichem Ruhm und Erfolg auf die höchste Optimierung der Körperleistungen; und nicht weniger wie die Ingenieure in ihrer Produktionsplanung, bedient sich der Sport in seinen modernen wissenschaftlichen Trainingsformen der Methoden rationaler Zurechtung der Körperkräfte, suchen Sport und industrielle Produktion gleichermaßen den Körper mit der Präzision einer Maschine arbeiten zu lassen.

Zur Beantwortung der Frage, wie der Zusammenhang zwischen Gesellschaftsform und Sportform gegeben ist und was der Sport genau mit der Organisation der Arbeit zu tun hat, erscheinen mir dabei aus heutiger Sicht vor allem die Ansätze von Karin Rittner und Henning Eichberg fruchtbar.¹⁵ Sie zielen weniger darauf, lediglich jene Analogien zwischen Sport und Arbeit oder die Funktionalisierung des Sports für die Arbeit, etwa als Feld zur Reproduktion der Arbeitskraft aufzuweisen, als vielmehr auf einer grundsätzlicheren Ebene auf die *conditio sine qua non*, gleichsam die transzendente Bedingung von Sport und Arbeit gleichermaßen hinzuweisen. Beide kommen, so können ihre Untersuchungen gedeutet werden, in unterschiedlichen Kontexten zu dem Ergebnis, daß das *tertium comparationis* von Sport und Arbeit in den Formen okzidentaler Rationalität zu suchen sei. Rationale Arbeit am Körper, abstraktes Wissen, das sich technologisch vergegenständlicht, scheinen demnach sowohl für die moderne industrielle Produktion wie für den modernen Sport konstitutiv.

Eugen König hat diesen Gedanken unter Heranziehung der Marxschen Analyse der Manufakturarbeit und der Foucaultschen Analyse der Disziplinalgesellschaft in einer Untersuchung über die pädagogischen Leibesübungen der Philantropen¹⁶ verfolgt. Anders als z. B. bei Eichberg steht im Zentrum des Erkenntnisinteresses von König die Frage nach dem Herrschaftscharakter des rationalen Wissens und damit — wie bei Riggauer — auch die Emanzipationsfrage.

König zeigt einerseits, wie in der beginnenden Phase reeller Subsumtion der Arbeit unter das Kapital die Arbeit selbst einem systematischen Transformationsprozess unterzogen wird und wie andererseits dieser im Disziplinaruniversum philanthropischer Körperbehandlung seine strukturellen Entsprechungen hat. Beide Male ist der Zugriff auf den Körper nur auf der Grundlage abstrakter Wissensformen möglich und beide Male ist dieser Zugriff selbst mit Macht- und Herrschaftswirkungen verbunden, die gerade durch die vermeintliche Neutralität der wissenschaftlichen Methode verschleiert werden und gleichsam mit dem Habitus der Verwirklichung von Natur auftreten. König geht es hingegen darum nachzuweisen, daß Wissenschaft kein wertneutrales Instrumentarium zur Rationalisierung körperlicher Bewegungsformen ist, dem

gesellschaftliche und persönliche Absichten erst im nachhinein von außen hinzutreten müßten; vielmehr hat die Wissenschaft selbst in ihrer Binnenstruktur und ihrer Funktionsweise disziplinatorisch-normierenden Charakter. Demnach beginnt das Problem des modernen Sports nicht erst mit einer wie immer gearteten Instrumentalisierung oder Politisierung, sondern bereits in dem Augenblick, in dem der Körper Untersuchungsgegenstand eines bestimmten Wissens wird.¹⁷

In der Konsequenz dieser Betrachtungsweise liegt, daß sich Kritik am modernen Sport nicht mehr auf den Leistungssport beschränken läßt, denn auch der sogenannte Freizeit-, Breiten- oder Alternativsport kennt die im Gewand der Wissenschaft auftretenden Bewegungsnormen und Normalisierungszwänge, die den Körper eher in einem Netz von Disziplinen¹⁸ organisieren als ihm (diesem), wie die Idealisten des Sports es annonciieren, zu seinem Recht zu verhelfen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu zu Carl Diem: *Wesen und Lehre des Sports und der Leibesübungen*. Berlin 1960. S.2f.
- 2 Vgl. z.B. Ulrike Prokop: *Soziologie der Olympischen Spiele*. München 1971.
- 3 Neben der Kompensationshypothese sind vor allem, jeweils stark schematisiert, nach einem Schlagwort erfaßt und einem seiner Hauptvertreter zugeordnet, zu nennen: a) die Konformitätshypothese von Gerhard Vinnai (Fußballsport als Ideologie. Frankfurt 1970): In Anlehnung an Rigauer werden Sport und Arbeit als strukturell und formell konforme Handlungssysteme begriffen. b) die Reproduktionshypothese von Sven Güldenpfennig (ders./u.a.: *Sensumotorisches Lernen und Sport als Reproduktion der Arbeitskraft*. Köln 1974, insb. S.11-59): Sport wird als Teil des Reproduktionsbereichs der menschlichen Arbeitskraft im Interesse des Verwertungsprozesses des Kapitals verstanden. c) die Manipulationhypothese von Jac-Olaf Böhme (Ders./u.a.: *Sport im Spätkapitalismus*. Frankfurt 1971): Der Sport gilt als ein bewußt eingesetztes Mittel der Herrschenden zur politischen Befriedung der Massen. d) die Rationalisierungshypothese von Henning Eichberg. (*Der Weg des Sports in die industrielle Zivilisation*. Baden-Baden 1973.) Sport und Arbeit werden gleichermaßen als gesellschaftliche Handlungsfelder im Zusammenhang mit der Herausbildung der abendländischen Rationalität verstanden. d) schließlich die Aufspaltungshypothese von Karin Rittner (*Sport und Arbeitsteilung. Zur sozialen Funktion und Bedeutung des Sports*. Bad Homburg 1976): Sport wird als Erscheinungsform einer zunehmenden Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit betrachtet.
- 4 Für Anregungen, Informationen und Diskussion möchte ich Hans-Uwer Rösner danken.
- 5 Vgl. Helmut Plessner: *Soziologie des Sports. - Stellung und Bedeutung des Sports in der modernen Gesellschaft*. In: *Deutsche Universitätszeitung*. Heft 22/23. 1952.
- 6 Vgl. Arnold Gehlen: *Sport und Gesellschaft*. In: U.Schultz (Hrsg.): *Das große Spiel*. Frankfurt/Hamburg 1965. S.28.
- 7 Vgl. Helmut Plessner/Hans-Eberhard Bock/Ommo Grupe: *Sport und Leibeserziehung. Sozialwissenschaftliche, pädagogische und medizinische Beiträge*. München 1967.
- 8 Vgl. Jürgen Habermas: *Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit*. In: G.Funke (Hrsg): *Konkrete Vernunft. Festschrift für E.Rothacker*. Bonn 1958. S.219-231.
- 9 Adorno, Theodor W.: *Veblens Angriff auf die Kultur*. In: Ders.: *Prismen. Kulturkritik und Gesellschaft*. Berlin/Frankfurt 1955. S. 92.
- 10 Vgl. dazu auch Theodor W.Adornos Formulierung in: *Prismen. Kulturkritik und Gesellschaft*. Berlin/Frankfurt 1955. S.76. 'Der technische Sektor hat sich vom entscheidenden Sektor der industriellen Arbeit in einer Weise, deren Vermittlungsglieder längst noch nicht aufgedeckt sind, über das ganze Leben ausgedehnt. Es formt die Subjekte, die ihm dienen und zuweilen ist man versucht zu sagen, es bringe sie geradezu hervor.'

- 11 Vgl. dazu auch Rigauers Arbeit: Warenstrukturelle Bedingungen leistungssportlichen Handelns. Mörfelden 1979.
- 12 Rigauer geht es zwar in bezug auf den Sport, das ist der Vorzug seiner Arbeit, um Dechiffrierung von Herrschaft und um Emanzipation, aber indem er die Frage der Befreiung nur auf der Ebene von individueller Erkenntnis und subjektivem Wollen verhandelt, unterschätzt er die Wirkungsmächtigkeit jener gesellschaftlichen Struktur, die er verändern will.
- 13 Aus unterschiedlichen Perspektiven wurde z. B. Rigauers Arbeitsbegriff kritisiert, der Lenk zu allgemein gefaßt ist (Vgl.: Hans Lenk: Leistungssport: Ideologie oder Mythos? Zur Leistungskritik und Sportphilosophie. Stuttgart 1972. S.27f) und Güldenpfnig zu bürgerlich gedacht erschien. Eichberg weist Rigauer nach, daß er die Entstehungszeit des modernen Sports mit einer Parallelisierung zur Entstehungsphase der großen Industrie falsch datiere und die Verwissenschaftlichung und Systematisierung der Leibesübungen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts übersehe. Lenk wiederum hat zurecht auf die Ausklammerung der Erlebniskategorie hingewiesen. Rigauer vermag aus seiner Perspektive nicht die Faszination zu erklären, die der Sport auf die Menschen ausübt und kann deshalb die Freiwilligkeit des Sporttreibens nur als fehlgeleitetes Bedürfnis eines gesellschaftlichen Verblendungszusammenhangs erklären. Freilich macht es sich Lenk zu einfach, wenn er Faszination, Lust und Freiwilligkeit im Sinne von frei von gesellschaftlichen Bezügen und Konstitutionbedingungen versteht. Wohl kann der Sport nicht wirklich begriffen werden, solange nicht die subjektive Seite in die Analyse einbezogen wird, aber auch die subjektivste Erfahrung verweist noch in ihrer Intimität und Innerlichkeit auf einen gesellschaftlichen Kontext, der diese erst ermöglicht. Karin Rittner wiederum sieht den Mangel von Rigauers Untersuchung dagegen in ihrer nur äußerlichen Analogisierung von Sport und Arbeit, die offenlasse, wie die Normen der Arbeitswelt in den Sport eindringen können.
- 14 Es scheint gegenwärtig kaum noch Veröffentlichungen zu geben, die sich explizit auf den Zusammenhang von Sport und Arbeit beziehen. Die letzten mir bekannten größeren Arbeiten stammen von Gert Eichler (Spiel und Arbeit. Zur Theorie der Freizeit. Stuttgart 1979) und Sven Güldenpfnig (Texte zur Sporttheorie und Sportpolitik. Köln 1980, insb. S.10-57.). Eine Beschäftigung mit diesem Thema muß deshalb als eine Art Nachlaßsichtung betrieben werden. Gerade aber aus der Distanz der Jahre sollte um so genauer geprüft werden, inwieweit jene Thesen für das Verständnis des modernen Sports auch heute noch fruchtbar gemacht werden können.
- 15 Vgl. die Literaturangabe zu diesen Autoren in Anmerkung 3.
- 16 Die philanthropische Bewegung, die ihren Ausgang von dem im Jahre 1774 durch Basedow gegründeten Philanthropinum in Dessau nahm, verstand sich als 'Schule der Menschenfreundschaft' (Johannes Bernhard Basedow), die für eine Erneuerung der Erziehung auf der Grundlage einer vernünftigen, naturgemäßen Lebensweise kämpft. Für die Entwicklung der Leibesübungen war aber vor allem das Philanthropin in Schnepfenthal (1784) bedeutend, das als Wirkungsstätte Guts Muths, dem Begründer des Schulturnens, bekannt geworden ist.
- 17 Vgl. die Dissertationsschrift von Eugen König: Körper-Wissen-Macht. Studien zur Geschichte des Körpers in Philosophie und Körperpädagogik, die im Frühjahr 1989 im Reimer-Verlag erscheint. Zu ergänzen bliebe freilich eine Konstitutionsanalyse dieser durch methodische Gesetzeshypothesen geleiteten Erfahrungswissenschaft, ohne die es weder industrielle Produktion noch modernen Sport geben könnte. Dazu wäre es notwendig, die Denkformanalysen in der Tradition Sohn-Rethels heranzuziehen (Sohn-Rethel bringt das abstrakte Denken in einen genetischen Zusammenhang mit der Realabstraktion des Tausches. Vgl. ders.: Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis. Frankfurt 1970. Sowie ders.: Warenform und Denkform. Mit zwei Anhängen. Frankfurt 1978), um zu zeigen, wie - und hier schließt sich der Kreis zur Frage nach der Strukturverwandtschaft von Sport und Arbeit - diese Wissensform genuin mit der Organisation kapitalistischer Ökonomie und industrieller Produktion zusammenhängt.
- 18 Vgl. zum Begriff der Disziplin: Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Dt. Frankfurt 1976.

Frank Heidenreich

Frauen und Macht im Arbeitersport

Über Geschlechterverhältnisse in einer proletarischen Massenorganisation vor 1933¹

Ob müßiges Vergnügen oder Ausdruck antifeudalistischen Selbstbewußtseins, Leibesübungen gehörten im 19. Jahrhundert zunächst zum Katalog aristokratischer oder bürgerlicher Klassenprivilege. Daß Turnen und Radfahren einmal eine Exklusivität besaßen, die das Golfspiel oder das Pferdereiten von heute vergleichsweise als Volkssport erscheinen läßt, mag 100 Jahre danach kaum mehr vorstellbar sein. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890, teilweise in Fortsetzung der Turnabteilungen der frühen Arbeitervereine, bildete sich als Teil der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland eine sozialistische Turnerbewegung heraus. Sie reagierte auf die politische und kulturelle Ausgrenzung der Arbeiterklasse aus der seit der Reichseinigung »von oben« 1871 zunehmend preußisch-deutschnationalen »Deutschen Turnerschaft (DT)«. Ohne Zutun der Sozialdemokratischen Partei, die lange mißtrauisch blieb, weil sie eine Zersplitterung der Kräfte befürchtete, gründeten klassenbewußte Arbeiter 1893 in Gera den Arbeiter-Turnerbund (ATB). In den angeschlossenen Vereinen ebenso wie in anderen Arbeiterkulturorganisationen konnten nun Arbeiter ihre angesichts zwölfstündiger Arbeitstage noch gering bemessene arbeitsfreie Zeit unter Gleichen und Gleichgesinnten selbst nutzen.

Nicht gleich waren die Frauen. Turnen war Männersache, und Freizeit hatte die Arbeiterin, die in Fabrik und Haushalt arbeitete, noch weniger als die männlichen Arbeiter. Die klassenspezifische Ausschließung wurde von einer geschlechtsspezifischen überlagert. »Sowohl das Deutsche Turnen als auch der aus England importierte Sport gehörten von Anfang an ausschließlich in die Lebenswelt der Männer: Sie wurden von Männern für Männer mit den Zielen der Männlichkeit und Wehrhaftigkeit konzipiert.«² Kulturell galt dies auch für die sozialistische Turnerorganisation. Zwar entstanden im ATB seit Mitte der neunziger Jahre die ersten Frauenturnabteilungen, und dessen Vereine und Gliederungen räumten den Frauen im Gegensatz zur DT gleiches Stimmrecht in den Versammlungen ein.³ Aber nur ein Zehntel der ATB-Mitglieder vor dem Ersten Weltkrieg waren Frauen. Erst in der Republik bewirkten neue Frauenansprüche und Frauenrechte sowie die allgemeine Sportbegeisterung, daß mehr Frauen in den Sportorganisationen aktiv wurden.

Funktionäre des Arbeiter-Turn- und Sportbunds (ATSB), wie sich der ATB seit der offiziellen Anerkennung des Fußballsports 1919 nannte, vermerkten diesen Trend auch in den eigenen Reihen mit bisweilen übertriebener Selbstzufriedenheit. »Erfreulich ist die Tatsache, daß in den Kreisen des weiblichen Geschlechts die Leibesübungen in den letzten Jahren eine günstige Aufnahme gefunden haben.«⁴ Die bevorzugten Sportarten waren Turnen, Leichtathletik und Ballspiele mit Ausnahme des für Frauen nicht zu-

gänglichen Fußballsports. Allerdings fehlten etwa in den Ballsportarten häufig geeignete Trainer bzw. Trainerinnen, was verschiedentlich, etwa im Frauenhandball, zur Auflösung bestehender Mannschaften führte. In Kleinstädten und auf dem Land war ihre Zahl so gering, daß die Durchführung von Wettbewerben, damit auch die Werbung für den Frauensport, erschwert wurde. Der Frauenanteil im Arbeitersport erreichte in den zwanziger Jahren nicht mehr als 18 Prozent.

Nur ein Problem der Attraktivität des Frauensports?

Die Vorstellungen zur Perspektive der Geschlechterverhältnisse gingen im ATSB weit auseinander; sie waren von Widersprüchen und Begrenzungen geprägt. Hauptstreitpunkt war — vereinfacht gesagt —, ob Frauen *sich selber* im organisierten, oder ob sie von ihren männlichen Sportgenossen organisiert wurden. Aktive Frauensportlerinnen verlangten nach der Novemberrevolution nach »Selbstverwaltung« innerhalb der Organisation, um Frauen zu mehr Selbständigkeit und Selbstvertrauen zu erziehen. Die Gründe dafür, daß auch zehn Jahre später erst Ansätze dieser Selbstbestimmung Wirklichkeit wurden, lagen im Verhalten der männlichen Funktionäre, aber auch von Frauen: »...in vielen Vereinen traut man sich an die Selbständigmachung der Frauenabteilungen nicht heran, weil das alte Vorurteil herrscht, die Turnerinnen verstehen das nicht.«⁵ Sicher hatte das Vereinsleben auf Arbeitersportlerinnen, verglichen mit Frauen, die nur Heim und Herd kannten, einerseits so etwas wie eine befreiende Wirkung, wenn sie für Beitritt und Mitarbeit in einem Sportverein nur erst die Zustimmung ihrer Väter und Männer erreicht hatten. Und der Verein »bot den Frauen politische Aufklärung, z. B. durch Vorträge, aber auch durch Teilnahme an politischen Veranstaltungen.«⁶

Männer dagegen wollten Frauen gewinnen, um die eigene Organisation zu stärken, nicht aber, um sie durch Frauen verändert zu sehen. Aus ihrer Argumentation sprach vor allem die Besorgnis über die Erfolge der gegnerischen Sportverbände. »Sie führen einen bewußten, aber stillen Kampf um die Seele der Frau«, schrieb der sächsische Frauenturnwart *Walter Heyne*. »Die uns nahestehenden Frauen müssen wir für unsere Weltanschauung zu gewinnen trachten.« Denn »Männer mögen noch so ... sinnreiche Einrichtungen schaffen, an der Stupidität einer indolenten Frauenschaft würde schließlich vieles Gute scheitern müssen.«⁷ Die Angst, Frauen an die Konkurrenz zu verlieren, und die Gewißheit, die männlich dominierten Arbeiterorganisationen seien schon auf dem richtigen Weg, bestimmte die Sportfunktionäre vielfach in ihrer Denk- und Handlungsweise.

Trotz seiner fortschrittlicheren Position zur Gleichstellung der Geschlechter war der Frauenanteil im Arbeitersport geringer als in der DT; Ende der zwanziger Jahre vergrößerte sich der Rückstand noch.⁸ Ein etwas besseres Bild des Arbeitersports ergibt sich, wenn berücksichtigt wird, daß der ATSB auch die ausschließlich männlichen Fußballer organisierte, während die nicht-sozialistischen Kicker im »Deutschen Fußballbund (DFB)« einen eigenen Verband bildeten.

Gleichwohl wird die marginale Stellung von Frauen im ATSB bei einem Blick auf die

Altersstruktur der weiblichen Mitglieder und auf die Zusammensetzung der Funktionskörper sichtbar. Ungefähr jede zweite Sportgenossin trat im Alter von 20 bis 25 Jahren aus ihrem Sportverein aus. 1926 stellten Frauen und Mädchen in Sachsen zwar 27,6 Prozent der jugendlichen Mitglieder, hingegen waren unter den fast 67000 Erwachsenen nur rund 6000 Frauen, was einem Anteil von 9,1 Prozent entsprach. Das war ein beunruhigendes Faktum. Da Frauen nicht bloß unterrepräsentiert waren, sondern der Bewegung zu einem erheblichen Teil in einem bestimmten Lebensabschnitt wieder verlorengingen, suchten selbst traditionell denkende männliche Funktionäre nach Erklärungen. Von einer Lösung des Problems versprachen sie sich eine Stärkung der Gesamtorganisation.

Von Arbeitersportfunktionären wurde die geringe Attraktivität der Angebote zu sportlicher Betätigung für Frauen für die Misere verantwortlich gemacht. So kritisierte der sächsische Frauenturnwart Heyne die Sportpraxis im ATSB vom rein fachlichen Standpunkt. Mit den »früheren Methoden und Formen« sei es nicht gelungen, erwachsene und ältere Frauen in den Vereinen zu halten. Unterschiedliche Auffassungen der Sparten (Turnen, Fußball und Wassersport) hätten zu »Zerfahrenheit und Unvollkommenheit der weiblichen Leibesübungen«⁹ beigetragen. Das Kunstturnen der Männer sei nicht richtungweisend für das Frauenturnen. Heynes Vorstellung von Frauensport zielte auf Entwicklung einer spartenübergreifenden Konzeption sowie auf eine bessere Qualifizierung der (männlichen) technischen Leiter. Letzteren mangelte es nicht selten an sportmedizinischen Kenntnissen des weiblichen Organismus.

Wirkungen der sozialen Unterordnung der Frau

Diese Vorschläge stießen überwiegend auf Zustimmung. Anders verhielt es sich mit zwei weiteren Ursachen für den niedrigen Anteil erwachsener Arbeitersportlerinnen, die nicht im engeren Sinn sportfachlicher Natur waren. Sie fanden bei den Funktionären und in der Presse entweder keine Beachtung oder waren heftig umstritten. Ein Grund lag in den Geschlechterbeziehungen als Verhältnissen der sozialen Unterordnung der Frau: Hatten schon junge Arbeiterinnen, die im Haushalt helfen mußten, weniger Zeit zu eigener Verfügung als ihre gleichaltrigen Genossen, so schieden Arbeiterfrauen bei Heirat oder Geburt des ersten Kindes wegen der Doppelbelastung durch Erwerbs- und Hausarbeit bzw. Kindererziehung in der Regel für immer aus den Turn- und Sportvereinen aus. Frauen reagierten in ihrem Organisationsverhalten auf Herrschaftsstrukturen zwischen den Geschlechtern, die auch Arbeiterfamilien durchzogen. Zusätzlich war auch im Proletariat das Vorurteil wirksam, Sport sei Männersache und für — zumindest verheiratete — Frauen »unschicklich«. Selbständige sportliche Betätigung geriet notwendig in Konflikt mit dem männlichen Anspruch auf Kontrolle des weiblichen Körpers. Sicher, so manche Arbeiterfrau sah sich nach der Hochzeit mit der Erwartung ihres Mannes konfrontiert, sich nicht länger öffentlich und zweckmäßigsparsam bekleidet in sportlichen Übungen zu zeigen.

Die andere nicht unmittelbar sporttechnische Ursache für die geringe Anziehungskraft des Arbeitersports auf Frauen bildete ihr weitgehender Ausschluß von Funk-

tionen. Die Organisationskultur basierte auf männlicher Dominanz. Frauen als Vereinsvorsitzende waren undenkbar. Das Problem von Frauen in Funktionen stellte sich in den drei Funktionärgruppen (Vorstände; Spartenleitungen und Techniker; Delegierte) auf unterschiedliche Weise. Entsprechend divergent waren Formen und Ausmaß der Beteiligung von Frauen. Fast alle politischen Leitungsorgane, vor allem die Vorstände auf Bezirks- und Kreisebene, hatten bis Ende der zwanziger Jahre kein weibliches Mitglied in ihren Reihen. In den sportfachlichen Funktionen und Ausschüssen waren Frauen kaum besser repräsentiert. Auch in der Turnersparte, wo sie am stärksten waren, wurde Frauen ein ihrem Anteil entsprechende Einflußnahme auf die Geschicke der Organisation verwehrt. Die technische Leitung des Frauenturnens hatten die männliche Frauenturnwarte inne. Am häufigsten besetzten Frauen jene Funktionen, die am wenigsten Macht verliehen: die Delegiertenmandate.

»Nicht fanatisch genug« — Der Kampf um Funktionen

Wer Fraueninteressen am wirksamsten vertreten könnte, wie sie sich mit dem »Wohl« des Gesamtverbandes verbinden ließen, diese Fragen gehörten zu den umkämpfsten im ATSB. Dabei diente den Frauen nicht die Zusammensetzung der politischen Leitungsgremien als der strategische Ansatzpunkt für die Gewinnung von Macht, denn hier war ein Kampf ebenso machtpolitisch aussichtslos wie auch dem Erfahrungsbereich der mobilisierungsfähigen Frauen noch zu entrückt. Frauen thematisierten die männliche Dominanz in der sie unmittelbarer betreffenden Vereinspraxis, bei den technischen Leitern der Frauenabteilungen, in den Spartenleitungen und Sportausschüssen. Was Frauen im ersten Schritt ändern wollten, war die Zuständigkeit von Männern für den Frauensport. Offener Streit über Frauen als Funktionäre brach 1926 bei der Frage der sächsischen Vertretung in einem Bundesgremium des ATSB aus. Vor dem Bundestag 1926 entschieden die Frauen der mitteldeutschen ATSB-Kreise auf Drängen der sächsischen Vertreterinnen, daß ihre weibliche Vertretung im Bundesausschuß für das Frauenturnen vom 5. Kreis (Thüringen) auf den 4. Kreis (Sachsen) wechseln sollte.¹⁰ Da mit dem Kreisfrauenturnwart Heyne bereits ein sächsischer Funktionär Mitglied in diesem Ausschuß war, ergab sich ein schwieriges Problem: Entweder man nahm ein unproportional starkes Gewicht der Sachsen in Kauf, oder Heyne mußte in dieser Funktion abgelöst werden. Tatsächlich setzte der Vorstand des sächsischen ATSB eine dritte Lösung zu Lasten der Frauen durch und drängte die bereits gewählte Vertreterin zum Mandatsverzicht:

»Da aber die Sache nun so geschoben wurde, daß die Genossin unseren Kreisfrauenturnwart direkt ersetzen sollte, da haben unsere Genossinnen eingesehen, daß sie die Qualitäten dazu noch nicht haben. So ist die gewählte Genossin zugunsten unseres Kreisfrauenturnwarts zurückgetreten. Und wir freuen uns im Vorstand des 4. Kreises, daß unsere Genossinnen nicht fanatisch genug sind, sich unter allen Umständen von einer Genossin, sondern auch von einem Genossen vertreten lassen.«¹¹

Diese Argumentation, mit der der Anspruch auf eine weibliche Vertretung abgewehrt wurde, verzichtete weder auf den derben Vorwurf der Schiebung noch auf einen gönnerhaft-paternalistischen Ton. Im Kern sprach sie *allen* Funktionärinnen die Fähigkeiten ab, solche Führungsfunktionen zu besetzen. Der Bundesvorstand unterstützte

diese Haltung: »Die weiblichen Mitglieder des Frauenturnausschusses sollen die männlichen nicht ersetzen, sondern sie werden als gleichberechtigte neben die männlichen gesetzt.«¹² — In der Praxis konnte von einer gleichberechtigten Mitwirkung keineswegs die Rede sein. Wurde eine Frau auf Druck der weiblichen Mitglieder als zweite Frauenturnwartin gewählt, so blieb ihre Funktion zumeist solange ohne Bedeutung, wie sie nur stellvertretend tätig werden durfte. »Ist nun der erste Turnwart sehr gewissenhaft, wird ein Einspringen selten nötig sein. Also hat auch die zweite Turnwartin keine Gelegenheit, sich weiter auszubilden ...«¹³ Resignation und Ausgrenzung von Frauen waren offensichtlich häufig das Ergebnis der Konflikte, wenn Frauen darauf bestanden, ihre Funktionen als zweite Turnwartin aktiv und nicht nur im Falle der Verhinderung des ersten Turnwarts wahrzunehmen.

Dabei weigerten sich die männlichen Trainer und Übungsleiter in den Frauenabteilungen nicht, Frauen irgendwie zu fördern. Für sie galt sogar in gewisser Weise das Gegenteil: Sie hielten sich für unentbehrlich, wenn es darum ging, den Fortschritt der weiblichen Leibesübungen zu gewährleisten. Sie wehrten sich dagegen, ihre Positionen zu verlieren und an vielleicht anfangs weniger erfahrene Frauen abzugeben. Frauen würde es an technischen Kenntnissen und an persönlicher Autorität fehlen. Das Kompetenzgefälle zwischen Männern und Frauen, für das, soweit es existierte, die überwiegend männlichen Funktionäre immerhin eine Mitverantwortung trugen, diente als Rechtfertigung, Frauenansprüche zurückzuweisen. Auch Frauen bezweifelten ihre Eignung und plädierten für Selbstbeschränkung bei der Forderung nach Funktionen und Macht. Zwar räumte die Sportfunktionärin Hilde Munkelt »nicht unerhebliche Mißstände« ein; es bestünden bei vielen Frauen »eine Art wohlbegründeter Interesselosigkeit« und eine Unzufriedenheit mit der Situation in den Vereinen und Bundesgliederungen. Trotzdem lehnte sie eine Konfliktstrategie zur Durchsetzung von Fraueninteressen ab und warnte davor, Männer als Funktionäre und Trainer ersetzen zu wollen. »Was soll es für Nutzen bringen, wenn sofort weibliche Führerinnen an das Ruder sollen, ohne daß der Gesamtbewegung daraus Erfolge erwachsen, wenn sie nicht sogar darunter leiden wird.«¹⁴ Nach dieser Auffassung waren Männer als sportliche Betreuer und als Interessenvertreter der Frauenabteilungen zumindest für eine Übergangszeit notwendig und sinnvoll.

Andere Frauen richteten sich gegen diese weitgehend subalterne Form der Gemeinsamkeit mit Männern. Konkret ging es ihnen um mehr Einfluß zumindest auf die sportfachlichen Gremien. Die Frauenbeilage der *Arbeiter-Turnzeitung* informierte 1929 darüber, daß in keinem Bezirks- oder Kreissportausschuß für Leichtathletik auch nur eine Frau saß. Der bestehende Zustand, so eine Leipziger Leichtathletin, sei deshalb untragbar, weil Männer nicht angemessen für Frauen sprechen könnten. »Werden in diesen Ausschüssen nicht auch Frauenfragen behandelt? Wer kann die Interessen der Frau besser vertreten? Die Frau oder Mann?«¹⁵ Praktische Konsequenz konnte nur die Forderung nach mehr Funktionen und größerer Selbständigkeit für Frauen. Die Führung des ATSB lehnte Gedanken, die über das Modell der subalternen Beteiligung von Frauen hinausgingen, klar ab; »Gleichberechtigung mit den Männern«, wie er sie verstand und »bisher« unterstützt habe, müsse den Frauen schon »genügen«.¹⁶

Die Delegiertenquote

Während vereinzelte Forderungen nach Quotierung der Organisationsleitungen nie eine Chance auf statuarische Verankerung hatten, existierte bereits seit 1911 eine Bestimmung, wonach die Turnerinnen eine ihrem Mitgliederanteil entsprechende Vertretung auf den Bundestagen erhalten sollten. Ein Beschluß des Hamburger Bundestags 1926, die Quotierung auch bei den Delegationen der unteren Ebenen sowie auf den Spartentagungen anzuwenden, sah allerdings keine Abwahl bzw. Mandatsaberkennung im Fall von unzulässig gewählten männlichen Delegierten vor. Ein Antrag der Berliner Frauen zwei Jahre später, die Wahl von Männern als Frauendelegierte zu den Kreis- und Bezirkstagen ausdrücklich zu verbieten, fand keine Mehrheit.¹⁷ 1924 erhielt die Quotenregelung für die Bundesdelegierten im Statut die Fassung:

»Die Kreise [in Deutschland war der ATSB in 17 Kreisverbände eingeteilt; Anm.d.Verf.] müssen auf die Grundzahl der Delegierten umgerechnet weibliche Vereinsangehörige als Vertretung des Frauenturnens zum Bundestag entsenden.«

Obwohl die Turnerinnen diese Muß-Bestimmung verlangt hatten, setzte sich die Praxis fort, bisweilen statt der erforderlichen Frauen Männer zu delegieren, auch dann, wenn Frauen kandidierten. Widersprüchlich war die Reaktion der Verbandsspitze. 1928 und 1930 wählten die sächsischen Wassersportler nur männliche Vertreter zum ATSB-Bundestag, obwohl den Frauen jeweils eines von drei Mandaten zustand. Die Mandatsprüfungskommission des Leipziger Bundestages erteilte den Wassersportlern lediglich eine Rüge, ohne an den Mandaten etwas zu ändern. Vor dem Bundestag 1930 in Köln-Deutz entstand die gleiche Situation, die zu beanstanden der sächsische Kreisrat ablehnte. Daraufhin annullierte der Bundesvorstand die Delegiertenwahl der sächsischen Wassersportler und verlangte die Entscheidung des Bundestages. Der Bundestag erklärte nur zwei der drei männlichen Mandate für gültig und gab der als Ersatzdelegierten nominierten *Dorothea Philipp* aus Dresden volles Stimmrecht.¹⁸ Es handelte sich um den einzigen Fall, in dem Mandate auf Grund der Quotierungsbestimmung der ATSB-Satzung geändert wurden. Auf demselben Bundestag beschloß der ATSB die Delegiertenquotierung für alle Gruppen-, Bezirks- und Kreistage. Nunmehr fand sich eine Mehrheit auch für die eindeutige Festlegung: »Genossen haben für weibliche Mitglieder kein Stimmrecht.«¹⁹

Der Bundestag 1930 markierte damit wichtige Teilerfolge der Frauen. Darüber hinaus wurde der kontroverse Antrag, einen Bundesfrauenausschuß zu schaffen und satzungsmäßig zu verankern, gebilligt. Diesem Frauenausschuß gehörten sieben von den weiblichen Bundesdelegierten gewählte Frauen an.²⁰ Bedingungen waren damit geschaffen, um tatsächliche Veränderungen im Verhältnis zwischen Frauen und Männern durchzusetzen. Die Bilanz zeigte in den Augen von Arbeitersportlerinnen 1930 allerdings insgesamt, daß »die Frauenbewegung noch in den Anfängen« stand.²¹ Dorothea Philipp verlangte mehr Selbständigkeit für die Arbeitersportlerinnen. Offensiv wandte sie sich gegen die Unterstellung, Frauen seien unfähig für wichtige Funktionen. Sie wies darauf hin, daß die wenigen, die überhaupt »Ämter übernommen haben, diese gewissenhaft und zur Zufriedenheit ausübten, jedenfalls bestimmt nicht schlechter als

die Vertreter des männlichen Geschlechts«. Sie verwies darüber hinaus auf das strukturelle Problem, das mit dem männlichen Informations- und Organisationsmonopol gegeben war:

»Genossinnen, die zu erkennen geben, daß sie bereit sind, ernsthaft in der Bewegung mitarbeiten zu wollen, muß die Möglichkeit dazu *unbedingt* geboten werden. Solchen, die bereits verantwortungsvolle Funktionen übernommen haben, muß mehr als bisher die Gelegenheit geboten werden, ihr Wissen durch Teilnahme an Lehrgängen in der Bundesschule zu befestigen und zu erweitern.«²²

Dieser Aufgabe wurde im Arbeitersport nie wirklich gelöst. Linkssozialistische Organisationsgliederungen — der sächsische Verband beispielsweise — machten da keinen Unterschied zu den eher rechtsstehenden ATSB-Gliederungen. »Die Geschichte der Mädchen und Frauen in der Arbeitersportbewegung macht deutlich, daß ...in der Praxis ... sowohl bei Männern als auch bei den Mädchen und Frauen ein traditionelles Frauenleitbild und bürgerliche Normen und Rollenklischees weiterwirkten und zum Teil die Verwirklichung der emanzipatorischen Ansprüche verhinderten.«²³ Es gelang eben trotz einiger Ansätze und der progressiven Zielsetzungen einzelner im wesentlichen nicht, Chancen für die Verwirklichung einer gemeinsamen Organisation von Männern *und* Frauen zu nutzen, wie sie die Auseinandersetzung um Frauen in Funktionen durchaus bot.²⁴ Der Arbeiterturn- und Sportbund blieb auch die Weimarer Zeit hindurch eine kulturell männliche Organisation.

Anmerkungen

- 1 Der Artikel stützt sich in Problemanalyse und Schlußfolgerungen weitgehend auf die Verhältnisse in Sachsen. Der sächsische (4.) Kreis bildete die stärkste Organisationsgliederung des ATSB und stellte fast 25 % der Gesamtmitgliedschaft. Dominiert von linkssozialdemokratischen Sportfunktionären, gehörte er (sport-)politisch zum linken Zentrum der deutschen Arbeitersportbewegung.
- 2 Gertrud Pfister, »Macht Euch frei«. Frauen in der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. In: Illustrierte Geschichte des Arbeitersports, hrsg. von Gerhard Hauck und Hans Joachim Teichler, Bonn 1987, S.48.
- 3 Siehe Sigrid Block: Frauen und Mädchen in der Arbeitersportbewegung (Arbeiterkultur und Arbeiterbewegung, Bd. 19), Münster 1987, S.165.
- 4 Sächsischer Arbeitersport (SAS), Nr. 22/1925, S.411.
- 5 Siehe Arbeiter-Turnzeitung (ATZ), 28. Jg., Nr. 25/1920, S.253.
- 6 Gertrud Pfister, »Macht Euch frei«..., S.57.
- 7 Walter Heyne: Um die Leibesübungen der Frau. In: SAS, 9. Jg., Nr. 9/1927, S.126.
- 8 1925 waren in Sachsen 16,7 % der ATSB-Mitgliedschaft Frauen gegenüber 17,3 % in der DT; fünf Jahre später war der Frauenanteil im ATSB auf 21,2 %, in der DT aber auf 24,6 % gewachsen.
- 9 Walter Heyne, a.a.O.
- 10 Siehe Protokoll der Verhandlungen des Bundestages des ATSB vom 24. bis 27.7.1926 in Hamburg, Leipzig 1926, S.96.
- 11 Die Bundesgenossin (Beilage zur Arbeiter-Turnzeitung), Nr. 2/1927, S.8.
- 12 Ebd.
- 13 Die Bundesgenossin, 1. Jg., Nr. 3 vom 2.3.1927, S.10.
- 14 Hilde Munkelt: Die Frau als Leiterin. In: SAS, Nr. 4/1928.
- 15 Die Bundesgenossin, Nr. 13/1929, S.51.
- 16 Die Bundesgenossin, Nr. 10/1929, S.38.
- 17 Siehe Protokoll der Verhandlungen des Bundestages des ATSB vom 23. bis 26.6.1928 in Leipzig, Leipzig 1928, S.271.
- 18 Siehe Protokoll der Verhandlungen des Bundestages des ATSB vom 1. bis 6.6.1930 in Köln-Deutz, Leipzig 1930, S.10f.
- 19 Ebd., S.274.
- 20 Vgl. ebd., S.147.
- 21 Dorothea Philipp, Was berichtet die Kreisvertreterin? In: SAS, Nr. 3/1930, S.15
- 22 Ebd. — Kursivschrift im Original gesperrt.
- 23 Sigrid Block, a.a.O., S.359.
- 24 Vgl. Pfister, a.a.O., S.52 und 56f. - Gertrud Pfister tendiert trotz kritischer Überlegungen zu einer im Ganzen zu positiven Bewertung der Erfolge des ATSB in der Gleichstellung der Geschlechter, weil sie den Vergleich zu bürgerlichen Organisationen und nicht den Horizont historisch gegebener Möglichkeiten zum Maßstab nimmt.

Brecht

Sabine Kebir

Ist das Volk -tümlich?

Bertolt Brecht zu Volkstümelei und Volkstümlichkeit

Zweifellos haften dem Begriff der Volkstümlichkeit »etwas Hochmütiges an. Das Wort wird sozusagen von oben nach unten gesprochen«. Und: »Der Begriff *volkstümlich* selber ist nicht allzu volkstümlich ... Eine ganze Reihe von 'Tümlichkeiten' müssen mit Vorsicht betrachtet werden. Man denke nur an *Brauchtum, Königstum, Heiligtum*, und man weiß, daß auch *Volkstum* einen ganz besonderen, sakralen, feierlichen und verdächtigen Klang an sich hat, den wir keineswegs überhören dürfen. Wir dürfen diesen verdächtigen Klang nicht überhören, weil wir den Begriff *volkstümlich* unbedingt brauchen.« Brecht hätte den von ihm für unverzichtbar gehaltenen Begriff der Volkstümlichkeit sicher gern durch »Popularität« ersetzt. Allein, die »Volkstümlichkeit« wurde im Ringen um die Volksfront während der dreißiger Jahre zum kulturellen Fahnenwort der kommunistischen Linken. Brecht wollte an der Diskussion um die Sache teilnehmen und sie nicht in eine Diskussion um Termini verkürzen.

Da war der sogenannte Realismusstreit mit Georg Lukács. Dieser meinte, daß jene, vornehmlich aus dem 19. Jahrhundert stammenden Linien der Hochkultur zu fördern seien, die in die Rezeptionssphären des Proletariats und der potentiellen Bündnispartner, insbesondere des Kleinbürgertums, bereits eingedrungen waren oder leicht eindringen könnten. Brecht dagegen stimmte für aktuellere kulturelle Ausdrucksformen, die im Milieu des kämpfenden Proletariats der zwanziger Jahre und der mit ihm verbundenen Künstler unter Einbeziehung der neuesten technischen Kommunikationsformen entstanden waren. Während Lukács im Faschismus nur ein Herunterkommen bestimmter Linien der Hochkultur (»Die Zerstörung der Vernunft«) sehen konnte, begriff ihn Brecht als populistische Vergewaltigung der Volkskultur, als demagogisches Umfunktionieren volkstümlichen, oft sogar linken Gedankenguts. Damit kam er dem »Mysterium« des Faschismus als Massenphänomen weitaus näher als Lukács.

Der ehemalige Sozialist Mussolini hatte die Technik erfunden, Ideale der Arbeiterbewegung in einen rechten Diskurs einzumontieren bis hin zur Usurpation des Revolutionsbegriffs. Wie die soeben erschienenen Goebbelsstagebücher zeigen, betätigte sich auch der Propagandaminister Hitlers als Dieb linken Gedankenguts, als dessen wichtigsten Punkt er die ideologische Aufwertung der Arbeit erkannte. Brecht stellt heraus, der Faschismus unterwerfe sich in »riesigen Plebisziten ... der Stimme des Volkes (das er unterworfen hat) ... Das Regime legt den allergrößten Wert auf seine Volkstümlich-

keit. Es spricht unaufhörlich und immer zum Volk und vom Volk. Es zählt alles zum Volk, außer dem, was es nicht dazu zählt, das, wenn man es zählt, sich als das Volk herausstellt. Wir tun also gut, den Begriff des *Volkstümlichen* mit der allerschärfsten Kritik anzuwenden.« Und: »Die Geschichte der vielen Fälschungen, die mit diesem Begriff *Volkstum* vorgenommen wurden, ist eine lange, verwickelte Geschichte der Klassenkämpfe. Wir wollen hier nicht darauf eingehen, wir wollen nur die Tatsache der Verfälschung im Auge behalten, wenn wir davon sprechen, daß wir volkstümliche Kunst brauchen und damit Kunst für die breiten Volksmassen meinen ...«

Die von Brecht schon während des Faschismus formulierten Bedenken gegen den Begriff der Volkstümlichkeit finden sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik bei Intellektuellen der verschiedensten politischen Couleur. Daß heute wieder über Populismus und Volkstümlichkeit (oft unter dem Terminus der Alltagskultur) nachgedacht wird, ist dagegen neuer Populismus, d.h. das Phänomen rechter Argumentation mit Ideen und Forderungen, die im Volk oder gar in dessen linker Fraktion gewachsen sind, ist stets kultureller Ausdruck einer Herrschaftskrise. In den Jahren der Prosperität nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre hinein waren die Rechten und die Linken gleichermaßen und ganz bewußt als Hüter traditioneller und moderner Werte der Hochkultur aufgetreten, um sich möglichst deutlich von der Volkstümelei des Faschismus abzusetzen. Diese Haltung konnte aufrechterhalten werden, solange kontinuierliches Wachstum des Lebensstandards und zunehmende Demokratisierung des Bildungswesens einen linearen Aufstieg von immer mehr, theoretisch sogar allen Menschen in die höchsten Sphären der Kultur zu versprechen schienen. Das konservative Ideal der Hochkultur drückte sich nicht nur im Stil der Bundeskanzler von Adenauer bis Kiesinger aus, sondern ebenso in der von der Kritischen Theorie beeinflussten Linken: wie für Adorno Emanzipation auf der Ebene der Alltagskultur schlechthin undenkbar war, mobilisierten »SPD-Wählerinitiativen der Vergangenheit, wenn es um Kunst ging, Günter Grass, Siegfried Lenz, Theaterleute und ggfs. noch Kabarettisten. Literaturseiten linker bis konservativer Zeitschriften beschäftigten sich mit Werken in der Regel unterhalb der Auflage von 30000, eine literaturkritische Auseinandersetzung mit Texten der neueren Pop- und Rockmusik hat es bislang nicht gegeben. Dafür war *Bravo* zuständig ... die Feuilletonisten hingegen arbeiteten sich an wenig Gelesenem, meistens auch selbst ungelesen, noch komplizierter, ab.« (Diether Dehm)

Als Mitte der siebziger Jahre die Prosperitätskurve abfiel und sich die gegenwärtige Strukturkrise abzuzeichnen begann, gelang es der Rechten, die zeitweise verlorengegangene Hegemonie mit Hilfe eines gezielten, neuartigen Populismus zurückzuerobern, der den eigentlichen kulturellen Inhalt der »Wende« ausmacht. Es begann mit der besonderen Leutseligkeit des neuen Kanzlers, der jedoch zwischendurch gerne vorführt, daß er auch volkstümlich poltern kann. Die Rechte besetzte aber vor allem erfolgreich neue ideologische Felder wie z.B. die der Frauenbewegung. Die Mobilmachung des gerade erst gewonnenen weiblichen Selbstbewußtseins für das alte konservative Frauenbild der Haus- und Kindeshüterin gelang, weil der heutige Populismus im Gegensatz zum dogmatischen Populismus der Nazis sich liberaler gibt. Kein Familien-

minister und keine Frauenzeitschrift kann es sich heute mehr leisten, nicht gleichzeitig auch das Bild der berufstätigen, in der Gesellschaft aktiven Frau herauszustreichen. Die Widersprüchlichkeit des neuen Populismus schafft eine Unübersichtlichkeit, die seine Adressaten verunsichert und ständig zwischen Illusionen und Kritik schwanken läßt.

Daß sich die populistischen Formen historisch ständig wandeln, hatte bereits Brecht erkannt: »Die Unterdrücker arbeiten nicht zu allen Zeiten auf die gleiche Art ... Ihre Heerstraßen taufen sie Autostraßen. Ihre Tanks sind bemalt, daß sie wie die Büsche des Macduff aussehen. Ihre Agenten zeigen Schwielen an den Händen vor, als seien sie Arbeiter. Nein, den Jäger in das Wild zu verwandeln, das braucht Erfindung. Was gestern volkstümlich war, ist es nicht heute, denn wie das Volk gestern war, so ist es nicht heute.« Soll der Begriff der Volkstümlichkeit nicht der völligen Diskriminierung anheimfallen, muß er neu definiert und legitimiert werden.

Dazu bedarf es einer Konzeption, lehrte Me-ti, nach der das Volk »an der Entwicklung nicht nur voll teilnimmt, sondern sie geradezu usurpiert, forciert, bestimmt: Wir haben ein Volk vor Augen, das Geschichte macht, das die Welt und sich selbst verändert ...« Der Begriff der Volkstümlichkeit bezieht sich für Brecht nicht auf die Konservierung traditioneller Ausdrucksformen, sondern genau auf das Gegenteil: die Aktivierung neuen Denkens, neuer Ausdrucksformen, die freilich »allgemeinverständlich oder allgemein mitmachbar« sind.

Die Linke wurde vom Phänomen des heutigen Rechtspopulismus überrascht, und es ist ihr bis heute nicht gelungen, weitgreifende Gegenstrategien zu entwickeln. Theoretisch hält sie noch oft am alten linken Bildungsideal fest, nach dem ein rascher Eintritt aller in die Hochkultur prinzipiell für möglich gehalten wird, vielleicht sogar noch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Da soll dann die Bildzeitung vernichtet werden, ohne daß man darüber nachgedacht hat, was dem Leser als Ersatz anzubieten wäre. Wir bleiben also einstweilen noch Tuis.

Sigurd von Ingersleben

Boxen bei Brecht

Die Fotos eines älteren deutschen Dramatikers als Diskuswerfer haben wohl alle mit banger Sorge, nicht für die Zukunft des Mannes, für die gesorgt ist, erfüllt, sondern für den Sport.

(Bertolt Brecht, 1926)

Doch auch *dieses* Foto ist bekannt. Es heißt *Der Kinnhaken* und zeigt den deutschen Boxer mit dem überaus passenden Namen Samson-Körner, wie er mit der linken Hand Brechts Kopf in die richtige Position zu bringen scheint, um ihm mit der rechten, zur Faust geballten Hand einen ordentlichen Kinnhaken zu verpassen.¹ Das Bild entstand 1926 anlässlich der von Brecht verfaßten Autobiographie des Boxers mit dem schönen Titel *Die menschliche Kampfmaschine* und vermittelt nachdrücklich trotz aller Pose die Angst vor dem Faustschlag. Das gequälte Lächeln Brechts spricht für sich. — Elias Canetti berichtet, daß Brecht

»nichts so hochhielt wie Nützlichkeit und auf jede Weise merken ließ, daß er 'hohe Gesinnungen' verachtete. Er meinte eine praktische, eine handfeste Nützlichkeit und hatte darin etwas Angelsächsisches, in der amerikanischen Spielform. Der Kult des Amerikanischen hatte damals Wurzeln geschlagen, besonders bei den Künstlern der Linken. (...) Die Bücher Upton Sinclairs, die Mißstände aufdeckten, hatten eine zwiespältige Wirkung. Wohl teilte man die Gesinnung, die diese Mißstände geißelte, aber das amerikanische Lebenssubstrat, aus dem sie hervorstiegen, nahm man zu gleicher Zeit als Nahrung in sich auf und hängte seine Wünsche an sein Umsichgreifen und seine Zunahme.«²

Martin Esslin charakterisiert den frühen Brecht anders:

»Er haßte die wohlgezogene, ästhetische Atmosphäre der respektablen, gebildeten Gesellschaft. Er wollte Leben und Vitalität, gesunde Vulgarität, echte Volkstümlichkeit. Daher forderte er ein Theater, das so lebensvoll und volkstümlich sein sollte wie eine Sportart oder ein Fußballplatz.«

Hatten wir nicht von Brecht gelernt, das Volk sei nicht -tümlich? — Esslin beruft sich auf Brecht:

»Die Verderbtheit unseres Theaterpublikums rührt daher, daß weder Theater noch Publikum eine Vorstellung davon haben, was hier vor sich gehen soll. In den Sportpalästen wissen die Leute, wenn sie ihre Billette einkaufen, genau, was sich begeben wird; und genau das gibt sich dann, wenn sie auf ihren Plätzen sitzen: nämlich, daß trainierte Leute mit feinstem Verantwortungsgefühl, aber doch so, daß man glauben muß, sie machten es hauptsächlich zu ihrem eigenen Spaß, in der ihnen angenehmsten Weisen ihre besonderen Kräfte entfalten ... Es ist nicht einzusehen, warum das Theater nicht auch seinen 'guten Sport' haben sollte.«³

Beispielsweise habe Brecht sein Stück *Im Dickicht* (als Vorstufe von *Im Dickicht der Städte*) als einen Ringkampf bezeichnet, den das Publikum mit der Sachkenntnis der Zuschauer in einer Sportarena verfolgen sollte.⁴ Noch wenige Seiten zuvor hatte Esslin jedoch berichtet, daß

»dieses seltsame Stück, dessen motivlose Handlung das absurde Theater Becketts, Adamovs und Ionescos vorwegnimmt, vom Publikum begrifflicherweise verständnislos aufgenommen (wurde).«⁵

Brecht selbst hat über Stück und Inszenierung später vermerkt:

»In diesem Stück wird um bürgerliches Erbe mit teilweise unbürgerlichen Mitteln ein äußerster, wildester, zerreißender Kampf geführt. Es war die *Wildheit*, die mich an diesem Kampf interessierte, und da in diesen Jahren (nach 1920) der Sport, besonders der Boxsport mir Spaß bereitete, als eine der 'großen *mythischen* Vergnügungen der Riesenstädte von jenseits des großen Teiches', sollte in meinem neuen Stück ein 'Kampf an sich', ein Kampf ohne andere Ursache als den Spaß am Kampf, mit keinem anderen Ziel als der Festlegung des 'besseren Mannes' ausgefochten werden. *Hinzufügen muß ich, daß mir damals eine merkwürdige historische Vorstellung vorschwebte, eine Menschheitsgeschichte in Vorgängen massenhafter Art von bestimmter, eben historischer Bedeutung, eine Geschichte immer anderer, neuer Verhaltensarten, die da und dort auf dem Planeten gesichtet werden konnten.*

In meinem Stück merkte ich, daß es eigentümlich *schwierig* war, einen *sinnvollen Kampf*, d.h. nach meinen damaligen Ansichten, einen Kampf, der etwas bewies, herbeizuführen und aufrechtzuerhalten. Mehr und mehr wurde es ein Stück über die Schwierigkeit, einen solchen Kampf herbeizuführen.«⁶

Erkennbar klingt hier das seit der Jahrhundertwende (vor allem unter dem Einfluß Freuds) verbreitete Interesse an unbewußten, aber desto signifikanteren, kollektiven Verhaltensmustern an. Brecht ging es aber offenkundig um die realistische *Stilisierung* des Theaters unter dem Eindruck des als unverdächtiges, vitales Massenspektakel idealisierten Boxsports.

Die animierende, beim Boxsport spürbare und den Kampf befördernde *Lust am Zweikampf* sollte auf das Theater übertragen werden. Der Zuschauer sollte die inszenierten Konflikte auf der Bühne wahrnehmen wie ein *boxmatch*. Brecht erhoffte sich ein ähnlich engagiertes und urteilsfähiges Publikum für das Theater, wie er es von Boxkämpfen kannte. Auf der Bühne sollten Regeln gelten wie im Ring, womit gleichzeitig der Schaucharakter von Boxkämpfen und deren *dramatische Inszenierung* nach den Regeln des Theaters herausgestellt wurde. — Gleichwohl hielt Brecht auf den Mythos des Zweikampfs —

»Je weiter sich der Boxsport vom k.o. entfernt, desto weniger hat er mit wirklichem Sport zu tun. Ein Boxer, der seinen Gegner nicht niederschlagen kann, hat ihn *natürlich* nicht besiegt. Sehen Sie sich zwei Männer an einer Straßenecke oder in einem Lokal einen Kampf liefern. Wie stellen Sie sich hierbei einen Punktsieg vor?«⁷

— und kam zu der bemerkenswerten Schlußfolgerung:

»Ich bin gegen alle Bemühungen, den Sport zu einem Kulturgut zu machen, schon darum, weil ich weiß, was diese Gesellschaft mit Kulturgütern alles treibt, und der Sport dazu wirklich zu schade ist. Ich bin für den Sport, weil und solange er riskant (ungesund), unkultiviert (also nicht gesellschaftsfähig) und Selbstzweck ist.«⁸

In seiner *Gedenktafel für 12 Weltmeister* gilt Brechts Respekt zwar den großen Technikern des *Infighting*, doch das Gedicht lebt von Brechts Begeisterung über den Kampfgeist der Helden des Rings:

...

Jack O'Briens' Nachfolger war
STANLEY KETCHEL

Berühmt durch vier wahre Schlachten
gegen Billie Papcke
Und als rauhster Kämpfer aller Zeiten
Hinterrücks erschossen mit 23 Jahren
An einem lachenden Herbsttage
Vor seiner Farm sitzend
Unbesiegt.

...

HARRY GREBB, der menschlichen Windmühle
Dem zuverlässigsten aller Boxer
Der keinen Kampf ausschlug
Und jeden bis zu Ende kämpfte
Und wenn er verloren hatte, sagte:
Ich habe verloren.
Der den Männertöter Dempsey
Den Tigerjack, den Manassamauler
Verrückt machte, daß er beim Training
Seine Handschuhe wegwarf
Das 'Phantom, das nicht stillstehen konnte'
Geschlagen 1926 nach Punkten von
TIGER FLOWERS, dem Neger und Pfarrer
Der nie k.o. ging.⁹

In seinem Roman *Erfolg* hat Lion Feuchtwanger Brecht als Ingenieur dargestellt und damit laut Esslin seinen »Respekt vor Brechts kühler Haltung der Kunst gegenüber, die er als eine Art geistige Technik betrachtete«, bezeugt.¹⁰ Diese bemühte Analogie zwischen sportlicher und künstlerischer, im Sinne einer technischen Vernunft entspricht der Mentalität der Linken der zwanziger Jahre, wie sie Canetti beschrieben hat (s.o.).

Was Brecht seinerzeit an der Technik, an technischen Apparaten und Maschinen anzog, erfahren wir aus dem »Radiolehrstück« *Der Ozeanflug*, in dem Naturbeherrschung als Kampf dargestellt wird, der zwar mit Maschinen geführt, aber durch menschliche Härte, durch Mut und Intelligenz gewonnen wird. Brecht bestand auf der aufklärerischen Kraft der technischen Entwicklung und setzte auf deren Suggestivität.

»Aber es ist eine Schlacht gegen das Primitive
Und eine Anstrengung zur Verbesserung des Planeten
Gleich der dialektischen Ökonomie
Welche die Welt verändern wird von Grund auf.
Jetzt nämlich laßt uns bekämpfen die Natur
Bis wir selber natürlich geworden sind.
Wir und unsere Technik sind doch nicht natürlich
Wir und unsere Technik sind primitiv.

...

So auch herrscht immer noch
 In den verbesserten Städten die Unordnung
 Welche kommt von der Unwissenheit und Gott gleicht.
 Aber die Maschinen und die Arbeiter
 Werden sie bekämpfen, und auch ihr
 Beteiligt euch an
 Der Bekämpfung des Primitiven!¹¹

Bei der Uraufführung des kleinen Songspiels *Mahagonny* (dem Vorläufer der *Mahagonny-Oper*) bediente sich Brecht eben solcher technischer Mittel, weil er um deren Suggestivität wußte: Die Bühne stellte einen Boxring dar, dahinter wurde auf einer Projektionswand das Spiel im Ring kommentiert — ein Spiel, das wie ein *boxmatch* nach feststehenden Regeln abzulaufen schien, in Wirklichkeit aber von seiner neuen technischen Aura und seiner unverbrauchten Artifizialität lebte.

Das eher existenzialistische Wissen Brechts um Vereinzelung und Einsamkeit des Menschen der Moderne (und sein entsprechend absurdes kollektives Verhalten) zeigt sich in seinen frühen Stücken in der Darstellung gesellschaftlicher Außenseiter, die dem Niedergang der *bürgerlichen* Welt offenbar ohne Bedauern zuschauen. Anklänge an Becketts Thema der absoluten Isoliertheit und Motivationslosigkeit des Individuums in einer sinnentleerten Welt, das gelassen den Untergang erwartet, sind unbestreitbar.¹² Doch während Becketts Figuren in hermetischer Abgeschlossenheit ihrer Auslöschung gleichgültig entgegensehen, *kämpfen* Brechts unbürgerliche Gestalten, erfüllt wie er selbst von einem »baalischen Lebenswillen«:

»Bei den Erdbeben, die kommen werden, werde ich hoffentlich
 Meine Virginia nicht ausgehen lassen durch Bitterkeit
 Ich, Bertolt Brecht, in die Asphaltstädte verschlagen
 Aus den schwarzen Wäldern, in meiner Mutter, in früher Zeit.«¹³

Anmerkungen

- 1 Vgl. M. Kesting, Bertolt Brecht in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1959, S.42.
- 2 E. Canetti, Fackel im Ohr. Lebensgeschichte 1921-1931, Frankfurt/M. 1982, S.254.
- 3 B. Brecht, Mehr guten Sport, in: Berliner Börsen-Courier, 6.2.1926, zit. n. M. Esslin, Brecht. Das Paradox des politischen Dichters, München 1970, S.48.
- 4 Esslin, ebda.
- 5 Ders., ebda., S.32.
- 6 Zit. n. M. Kesting, a.a.O., S.28 (Hervorh.d.Verf.)
- 7 B. Brecht, Die Todfeinde des Sports (1926), in: ders., Schriften zur Politik und Gesellschaft 1919-1956, Frankfurt/M. 1967, S.29 (Hervorh.d.d.Verf.).
- 8 B. Brecht, Die Krise des Sportes, in: ders., ebda., S.28.
- 9 B. Brecht, Gedenktafel für 12 Weltmeister, in: Die Gedichte von Bertolt Brecht in einem Band, Frankfurt/M. 1981, S.306ff. (Auszug)
- 10 vgl. M. Esslin, a.a.O., S.36.
- 11 B. Brecht, Der Ozeanflug, in: Die Stücke von Bertolt Brecht in einem Band, Frankfurt/M. 1978, S.231f.
- 12 Vgl. M. Kesting, a.a.O., S.31, bzw. M. Esslin, a.a.O., S.32.
- 13 Bert Brecht, Vom armen B.B. (1922). Die erste Fassung von *Im Dickicht der Städte* stammt aus der gleichen Zeit.

Faschismusforschung

Kurt Schilde

Allerhöchstens Pfennige

Zwangsarbeit im deutschen Faschismus
Ein Literaturbericht

Die Geschichte der Zwangsarbeit zur Zeit des faschistischen Regimes in Deutschland ist in den letzten Jahren durch vereinzelte Veröffentlichungen etwas stärker ins Licht gebracht worden. Insbesondere das Schicksal der ausländischen Arbeitskräfte wurde in das öffentliche Bewußtsein gerückt, wozu unter anderem die Ergebnisse des »Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten« von 1982/83 (vgl. Galinski/Schmidt 1985, S.71ff.) beigetragen haben. Darüber hinaus sind in den letzten Jahren einige sozial- und wirtschaftshistorische Publikationen erfolgt, die als Voraussetzung für die weitere Erforschung dieses Komplexes dienen können. Die meisten dieser Veröffentlichungen wurden von der *Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts* (früher: Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg) herausgegeben und beschäftigen sich neben anderem auch mit dem Ausländer-einsatz im »Dritten Reich«.

Bereits vor der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Siegermächte bereiteten sich die Stäbe der US-Regierung darauf vor, die auch in die Organisation massenhafter Zwangsarbeit verwickelten Großbanken zur Rechenschaft zu ziehen und sie zu zerschlagen. Dies ist bekanntlich nicht erfolgt. Bei der Planung spielte die im November 1944 im Rahmen der späteren amerikanischen Militärregierung (Office of Military Government for Germany-U.S., abgekürzt: OMGUS) gebildete Finanzabteilung (Finance Division) eine große Rolle. Von dieser Institution wurden Ermittlungen gegen die Deutsche und Dresdner Bank sowie die I.G. Farben angestellt, deren Ergebnisse seit 1985 veröffentlicht sind (vgl. Dokumentationsstelle 1985; dies. 1986 und Hamburger Stiftung 1986). Obwohl über ein Gesamtregister erschlossen (Hamburger Stiftung 1987), wurden die genannten Studien bislang kaum in Ansätzen ausgewertet. Für die Forschung über die Nachkriegszeit bilden sie eine wichtige Quelle und sollen kurz vorgestellt werden.

Neben verschiedenen lokalthistorischen Arbeiten bieten vor allem zwei Studien von Ulrich Herbert viele Anhaltspunkte für weitergehende Untersuchungen. Sein umfangreiches Werk über die »Fremdarbeiter« (Herbert 1985) markiert eine Pionierleistung für den Bereich der westdeutschen Forschung, wobei die zahlreichen diesbezüglichen Arbeiten älteren Datums aus der DDR nicht vergessen werden dürfen (z.B. Seeber 1964; vgl. auch Elsner/Lehmann 1979).

Dimensionen und Formen des Zwangsarbeitseinsatzes seit 1939

Die zwangsweise Beschäftigung von Millionen ausländischer Männer und Frauen in und für Deutschland während des Zweiten Weltkrieges ist trotz dieser neueren Veröffentlichungen mehr als vier Jahrzehnte nach der Befreiung der Überlebenden ein noch weitgehend unerforschtes Gebiet. Diese Feststellung ist beschämend, wenn man die Dimensionen bedenkt: Allein im letzten Kriegsjahr waren fast acht Millionen ausländische Arbeitskräfte — davon zwei Millionen Kriegsgefangene — in der (Rüstungs-)Produktion beschäftigt. Wenn darüber hinaus berücksichtigt wird, daß in den Jahren davor bereits viele Ausländer/innen an den Folgen der Zwangsarbeit starben oder ermordet wurden, zudem viele ausländische Kinder wegen der unzureichenden Lebensverhältnisse nicht überlebten, dann war die tatsächliche Gesamtzahl der ausländischen Zwangsarbeitskräfte weit höher. Mehr als drei Millionen sowjetrussischer Kriegsgefangener sind in der Haft gestorben; Hunderttausende von ihnen wurden hingerichtet — allein etwa 18000 im Herbst 1941 in dem Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin (vgl. Sachsenhausenkomitee 1984, S.200). Deutsche und ausländische Jüdinnen und Juden arbeiteten in einzelnen Betrieben oder in Konzentrationslagern und konnten nicht überleben, ebenso viele Zwangsverpflichtete deutscher Staatsangehörigkeit. Die Summe aller Zwangsverpflichteten dürfte deutlich über zehn Millionen liegen. Im Vergleich dazu betrug die Gesamtzahl der Beschäftigten (1944) etwa 30 Millionen. Etwa ein Drittel aller im »Dritten Reich« Beschäftigten arbeitete also unter Zwang und erhielt dafür allerhöchstens Pfennige.

Die nationalsozialistische »Fremdarbeiterpolitik« begann unmittelbar nach Kriegsanfang mit der Überführung polnischer Kriegsgefangener nach Deutschland, wo sie überwiegend in der Landwirtschaft die als Soldaten dienenden deutschen Männer ersetzen sollten. Auf Grund des alarmierenden Arbeitskräftemangels wurde die Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften verstärkt. Schon im Mai 1940 waren etwa 1,2 Millionen Kriegsgefangene und Zivilarbeiter/innen in Deutschland beschäftigt. Etwa 700000 Polen arbeiteten überwiegend — an Saisonarbeitstraditionen anknüpfend — in der Landwirtschaft (Herbert 1985, S.88). Deren Einsatz wurde durch die »Polenerlasse« geregelt, mit denen unter anderem die erste öffentliche Kennzeichnung von Menschen im »Dritten Reich« eingeführt wurde.

Neben den polnischen Zwangsarbeitern wurden — vor allem in der Industrie — mit Fortdauer des Krieges auch französische Kriegsgefangene, belgische und jugoslawische Zivilarbeiter beschäftigt. Während die Anwerbung von ausländischen Zivilarbeitern und -arbeiterinnen anfangs auf Grund von Verträgen mit verbündeten Staaten des »Dritten Reiches« (z.B. Italien und Spanien) erfolgte, nahm die »Beschaffung ausländischer Arbeitskräfte« im Laufe des Krieges auch hier schnell gewaltsame Formen — von der Meldepflicht bis hin zu Massendeportationen — an. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juli 1941 wurden schließlich massenhaft russische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene im Deutschen Reich zur Arbeit gezwungen.

Der Einsatz von ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen in deutschen Betrieben war durch die dem Faschismus eigentümliche rassistische Hierarchie bestimmt. An

oberster Stelle standen die deutschen Arbeitskräfte. Nach ihnen kamen die »Westarbeiter«, wobei die französischen Zivilarbeiter vor ihren Kollegen aus Belgien und den Niederlanden rangierten. Auf der nächstniedrigen Stufe folgten die Arbeitskräfte aus den mit Deutschland verbündeten Ländern (Ungarn, Rumänen, Slowenen, Griechen, Serben, Kroaten) und darunter wiederum die Arbeiter aus der Tschechoslowakei und danach die Polen. Ganz unten waren die Sowjetrussen. »Die während des letzten Kriegsjahres vermehrt in der Rüstungsindustrie beschäftigten KZ-Häftlinge bildeten zudem noch eine eigene Kategorie unterhalb dieser rassistischen Stufenleiter, weil sich bei ihrem Arbeitseinsatz eine auf Leistung orientierte Behandlung bis Kriegsende nicht durchsetzte; in der Praxis begannen sich die Unterschiede zwischen der Situation etwa der sowjetischen Arbeitskräfte und der jüdischen KZ-Häftlinge im Chaos der letzten Kriegsphase in manchen Betrieben zu verwischen.« (Herbert 1986, S.153) Ähnlich wie in den Konzentrationslagern gelang es weitgehend, die verschiedenen Gruppen und Nationalitäten gegeneinander auszuspielen. Fast gar nicht erforscht ist die Situation der ausländischen Zwangsarbeiterinnen, die in ihrer Arbeit und als Frauen einer doppelten Unterdrückung unterlagen. — Die Lage dieser Menschen berührte nur wenige Deutsche. Die meisten zeigten wenig Interesse, beteiligten sich weder an Mißhandlungen noch regten sich bei ihnen Sympathien: »Die Ausländer waren einfach da und gehörten zum Kriegsalltag wie Lebensmittelmarken und Luftschutzbunker. Die Diskriminierung der Russen und Polen wurde dabei ebenso als gegeben hingenommen wie die Kolonnen halbverhungelter Menschen, die täglich durch die Straßen der Städte in die Fabriken marschierten.« (Herbert 1985, S.358)

Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte, der 1939 noch weniger als ein Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl ausmachte, stieg bis 1944 von etwa 300000 auf über sieben Millionen und damit auf etwa 20 Prozent. Herbert kommt zu dem Ergebnis: »Der Arbeitseinsatz der Millionen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen während des Zweiten Weltkrieges hatte es dem nationalsozialistischen Deutschland erlaubt, den Krieg weiterzuführen, als seine eigenen Arbeitskraftressourcen längst aufgebraucht waren. Ohne Ausländer wäre für Deutschland dieser Krieg spätestens im Sommer 1943 verloren gewesen. Gleichzeitig erlaubte der Ausländereinsatz es der Regimeführung aber auch, die Versorgungslage der deutschen Bevölkerung bis in die letzte Kriegsphase auf hohem Niveau zu halten und sich dadurch ebenso die Loyalität der Bevölkerung zu erhalten wie durch den Verzicht auf den massenhaften Einsatz deutscher Frauen in der Industrie.« (Herbert 1986, S.144)

Die Versuche der deutschen Behörden, die Beziehungen zwischen der Reichsbevölkerung und den »Gastarbeitnehmern« — so eine Formulierung aus dem Jahre 1941 — zu regeln, nahmen absurde Züge an: »Ein korrekt den Vorschriften folgendes Verhalten der Bevölkerung mußte jeder dieser vier Gruppen nach gesonderten Maßgaben entgegenreten: Den Polen als Herrenmensch, den Kriegsgefangenen zurückhaltend, den Italienern freundschaftlich und den Belgiern neutral — in der Praxis ein kaum durchführbares Ansinnen.« (Herbert 1985, S.99) Damit war einem sich ausbreitenden Denunziationswesen Tor und Tür geöffnet, um private Rache mit staatlicher Gewalt aus zuüben.

Die Löhne der zivilen ausländischen Zwangsarbeiter/innen waren im Verhältnis zu den Einkünften der Deutschen erheblich geringer und differierten zwischen den verschiedenen Nationalitäten bis hin zu den Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen, die keinen Pfening erhielten. In manchen Unternehmen wurden ausländische Arbeitskräfte bevorzugt, die viel billiger waren. Dies wurde 1942 unterbunden durch »eine Steuer, die der Unternehmer zu zahlen hatte, um zu verhindern, daß die sowjetischen Arbeiter so billig würden, daß es für den einzelnen Betriebsführer lohnend wurde, deutsche Arbeiter zu entlassen, um Ostarbeiter einzustellen.« (Ebd., S.173)

Die Rolle von deutschen Unternehmen

Daimler-Benz und I.G. Farben

Im Zusammenhang mit dem hundertjährigen Jubiläum des Automobil-Konzerns Daimler-Benz sind mehrere Bücher veröffentlicht worden, die Informationen über die Situation der ausländischen Zwangsarbeiter/innen enthalten, zum Beispiel im Panzerwerk in Berlin-Marienfelde. Mit dem gestiegenen Anteil der Zwangsarbeiter/innen wurden auch bei Daimler Benz die erst aufrüstungs- und dann kriegsbedingten Personalverluste aufgefangen. In einem kritischen Bericht wird festgestellt: »Bei den im Jahre 1941 im Gesamtwerk eingesetzten 700 ausländischen Arbeitskräften handelte es sich vornehmlich um französische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter, die über den Bevollmächtigten für das Luftfahrtindustriepersonal beim Reichsluftfahrtministerium bei der Gruppe Arbeitseinsatz des Chefs der deutschen Militärverwaltung in Frankreich eingefordert und zugewiesen wurden.« (Schmid 1987, S.578) In den ersten Monaten des Jahres 1942 kamen sowjetrussische Zwangsarbeiter dazu. Die offiziöse Firmengeschichte verschweigt die Zwangsarbeit nicht. »Da die Anwerbung von freiwilligen Kräften nicht ausreichend gelungen war, wurden zusätzlich französische Deportierte und Kriegsgefangene beschäftigt.« (Pohl u.a. 1986, S.148)

Zu diesen gehörten auch die Insassinnen des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück, die in dem Werk Genshagen (bei Berlin) beschäftigt waren. Über die Lebensbedingungen der Frauen liegen Berichte vor, die von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts veröffentlicht wurden (vgl. Hamburger Stiftung 1987, S.304ff.)

Bei »Arbeitsverweigerung« scheute sich die Betriebsleitung nicht, die ausländischen Zwangsarbeiter an die Geheime Staatspolizei auszuliefern, mit dem Ziel der Einweisung in ein Konzentrationslager (vgl. ebd., S.327). Vor allem in den »Kriegswerken« in Polen und der Sowjetunion wurden »Ostarbeiter« ausgebeutet. »Im größten polnischen Treuhandbetrieb der Daimler-Benz AG in Rzeszow kamen Arbeitssklaven aus dem 'Zwangsarbeiterlager für Juden' hinzu, die seit Sommer 1940 in einem betriebseigenen Konzentrationslager untergebracht wurden.« (Hamburger Stiftung 1987b, S.329; vgl. auch Pohl u.a. 1986, S.164). Diese Praxis von Daimler-Benz bezeichnet Karl Heinz Roth als Übergang zum »arbeitspolitisch motivierten Verbrechen« (Hamburger Stiftung 1987b, S.239).

Aktuellere Bezüge zum Umgang mit ausländischen Arbeitskräften und zur Rüstungsproduktion von Daimler-Benz heute bietet die eher regional angelegte Studie von Angelika Sörgel (vgl. Sörgel 1986). Neben der »Biografie des Konzerns« (ebd., S.4) wird die exemplarische Bedeutung für Baden-Württemberg behandelt (ökonomische Situation, Hauptabsatzmärkte, Arbeitsplätze, Gewinne und Eigentumsverhältnisse). Durch eine »geschickte« Beteiligungspolitik und Neuerwerbung (Dornier, AEG usw.) wird Daimler-Benz heute mehr als früher zu einem gigantischen Rüstungskonzern: »So gewinnt das Daimler-Benz-Symbol, der dreigezackte Stern, eine ganz neue Bedeutung: Im Wasser, zu Lande und in der Luft mit Waffen von Daimler-Benz!« (Ebd., S.114f.)

Die Interessen-Gemeinschaft Farbenindustrie AG — ein bis 1945 bestehender Zusammenschluß der nach dem Krieg wieder entflochtenen Firmen Hoechst, BASF und Bayer — und insbesondere deren Werk in Auschwitz beutete in größtem Maßstab die Arbeit von KZ-Häftlingen aus. Die Beweisführung dafür war allerdings erschwert, »weil selbst I.G.-Direktoren, die den Aufbau von Auschwitz-Monowitz überwacht hatten und häufig in Auschwitz gewesen waren, behaupteten, sie hätten von nichts gewußt.« (Dokumentationsstelle 1986, S. LVIII)

Deutsche Bank und Dresdner Bank

Von der Zwangsarbeit profitierte die Industrie — Daimler-Benz und I.G. Farben sind ja nur Beispiele — ebenso wie die Großbanken. Der Automobil-Konzern Daimler-Benz als »Industriefiliale der Deutschen Bank« stand nur unwesentlich hinter dieser zurück. In den »Ermittlungen gegen die Deutsche Bank« wird in einem besonderen Kapitel auf die Zwangsarbeit eingegangen.

»Die Kontrolle, die von der Deutschen Bank über bestimmte große Aktiengesellschaften ausgeübt wurde, war von so umfassender Art, daß der Einsatz von Zwangsarbeitern, Arbeitskräften aus Konzentrationslagern und Kriegsgefangenen durch diese Unternehmen eine besondere Behandlung im Zusammenhang mit den Operationen der Deutschen Bank rechtfertigt. Die Mißhandlung von Zwangsarbeitern, der Mißbrauch der Häftlinge von Konzentrationslagern und die Beschäftigung von Kriegsgefangenen in Rüstungsunternehmen stellen Kriegsverbrechen dar.« (Dokumentationsstelle 1985; S.177ff.)

Die Deutsche Bank verdiente auch direkt an der Zwangsarbeit, zum Beispiel an den Überweisungen der Zwangsarbeiter/innen. »Das bedeutet beispielsweise, daß die Deutsche Bank allein für 298 422 Überweisungen von ersparten Beträgen nach Dänemark, einem Land mit nur einem kleinen in Deutschland arbeitenden Kontingent, im Jahre 1943 179 053 RM einstrich.« (Ebd., S.281) Die Dresdner Bank profitierte, vermittelt über die Kreditvergabe an wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, an Zwangsarbeit. In einem Verhör gab ein Bankdirektor zu: »In den letzten Kriegsjahren war auch die Arbeiterfrage ein wichtiges Moment in der Beurteilung des Kreditantrages, da sehr viel mit Frauen, Anlernlingen und ausländischen Kräften und in einer Reihe von Betrieben auch mit Konzentrationslager-Häftlingen gearbeitet wurde.« (Hamburger Stiftung 1986, LI). Die Organisation von Zwangsarbeit und die »Arisierungen« jüdischen Eigentums bildeten die Hauptquellen für Extraprofite der deutschen Großbanken.

Widerstand/Befreiung/»Wiedergutmachung«

Schwer vorstellbar ist es, daß organisierte politische Widerstandsgruppen der ausländischen Zwangsarbeiter existierten. Neben den eher individuellen Akten von Arbeitsverweigerung durch Bummelerei, Selbstverstümmelung oder Flucht bildete sich zum Beispiel in einem Kriegsgefangenenlager ein Kreis »sowjetischer Gefangener, dessen praktische Arbeit in erster Linie darin bestand, Fluchten zu organisieren, Hilfe für kranke Kriegsgefangene zu leisten, Informationen über die Kriegslage zu verbreiten und den Zusammenhalt untereinander zu stärken ...« (Herbert 1985, S.316) Herbert kommt sogar zu der Einschätzung, daß im letzten Kriegsjahr bei den ausländischen, insbesondere sowjetischen Arbeitskräften »das größte aktive Widerstandspotential« (ebd., S.322) gegen das »Dritte Reich« bestand. Diese These sollte einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Zutreffend ist zumindest, daß die Widerstandsgruppen ausländischer Arbeiter »bei der Masse der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen auf ein erheblich größeres Maß an Sympathie oder Unterstützung rechnen konnten, als dies bei den in der Bevölkerung weitgehend isolierten deutschen Widerstandsgruppen kommunistischer und sozialdemokratischer Ausprägung der Fall war« (ebd.).

Nach der Befreiung vom faschistischen Regime wurden die ehemaligen KZ-Häftlinge ebenso wie französische Zivilarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene, polnische Landarbeiterinnen usw. von den Alliierten als »Displaced Persons« (DP) bezeichnet. Damit wurden die Unterschiede zwischen ihnen nicht nur im Bewußtsein von Besatzungsoffizieren, sondern auch der deutschen Bevölkerung verwischt. Hinzu kommt, daß bei vielen Deutschen »Ausländerbanden« das Verdrängen erleichterten: Entflohene und herumirrende Ausländer mußten erst im Krieg und später im Frieden zum Überleben Diebstähle begehen und »rächten« sich nach ihrer Befreiung in Einzelfällen auch an ihren Peinigern. Dazu heißt es in einem Bericht der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration): »Es ist eine Tatsache, daß einige DPs sich krimineller Tätigkeit schuldig machen. Ebenso ist es eine Tatsache, daß, wann immer eine kriminelle Handlung deutschen Behörden berichtet wird, der Verdacht gegen die DPs gelenkt wird ... Der Begriff 'DP' hat schon eine nahezu beleidigende Bedeutung erhalten ...« (zit. nach Herbert 1985, S.343)

Die den überlebenden ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern abgepreßte Arbeitskraft, die ja nur mit einem sehr geringen Teil ihres Wertes »vergütet« wurde, hat bis heute nicht zu einem Rechtsanspruch auf »Wiedergutmachung« geführt. Zwangsarbeiter/innen haben keine ausreichende Anerkennung als Opfer des deutschen Faschismus erhalten. An sie wurden bisher nur von wenigen bundesdeutschen Firmen Leistungen erbracht, die zudem erst durch internationalen Druck erzwungen wurden.

In einer sehr informativen und erschütternden Untersuchung hat der ehemalige US-Zivilankläger zur Verfolgung von Kriegsverbrechen, Benjamin B. Ferencz, den Antworten deutscher Privatfirmen auf die bescheidenen Forderungen von Juden nachgespürt (vgl. Ferencz 1986, S.19). Die an jüdische Zwangsarbeiter/innen gezahlten Beträge von ein-, zwei- oder dreitausend Mark wurden, obgleich in ihrer Höhe beschämend, aus Not angenommen: »Es war eben viel Geld für sie gewesen damals, hatte

ihnen ein bißchen geholfen. Ich brauchte sie, als ich sie sah, auch nicht mehr nach den gesundheitlichen Schädigungen durch die Sklavenarbeit zu fragen. Ich sah es: es sind kranke Leute. Mit Herz-, Nieren-, Leberschäden, mit kaputten Wirbelsäulen.« (Rosh 1986, S.286)

Die bisher verweigerte Anerkennung der ausländischen Zwangsarbeitskräfte als Opfer des Faschismus hängt mit der damit verbundenen finanziellen »Wiedergutmachung« zusammen. Milliarden müßten geleistet werden, wobei die grundsätzliche Frage, ob Wiedergutmachung überhaupt möglich ist, ausgeklammert wird. So bleibt die Voraussage von Lea Rosh, es werde noch eines Tages dazu kommen, daß die deutsche Industrie »einen Fond (wird) einrichten müssen, in den alle einzahlen, die sich schuldig gemacht haben«, wohl vorderhand ein Wunschtraum.

Literaturverzeichnis

- Dokumentationsstelle 1985: Office of Military Government for Germany, United States. Finance Division — Financial Investigation Section: Ermittlungen gegen die Deutsche Bank — 1946/1947. Hrsg., übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg. Nördlingen
- Dokumentationsstelle 1986: Office of Military Government for Germany, United States. U.S. Group Control Council — Finance Division: Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie AG — September 1945 — hrsg., übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik Hamburg. Nördlingen.
- Elsner, Lothar, und Joachim Lehmann, 1979: DDR-Literatur über Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus. Bemerkungen zum Forschungsstand und Bibliographie. In: Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus, H.5. Rostock
- Ferencz, Benjamin B., 1986: Lohn des Grauens. Die Entschädigung jüdischer Zwangsarbeiter — Ein offenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte. Aus dem Amerikanischen von Ruth Treudt. Mit einem Vorwort von Telford Taylor und einem Nachwort von Lea Rosh. Frankfurt/New York
- Galinski, Dieter, und Wolf Schmidt (Hrsg), 1985: Die Kriegsjahre in Deutschland. 1939-1945. Ergebnisse und Anregungen aus dem Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1982/83. Hamburg
- Hamburger Stiftung 1986: Office of Military Government for Germany, United States. Finance Division — Financial Investigation Section: Ermittlungen gegen die Dresdner Bank — 1946 — herausgegeben von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Übersetzt von Ulrike Bischoff. Nördlingen
- Hamburger Stiftung, 1987a: Gesamtregister zu OMGUS: Ermittlungen gegen die Deutsche Bank; OMGUS: Ermittlungen gegen die I.G. Farben; OMGUS: Ermittlungen gegen die Dresdner Bank. Herausgegeben von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, zusammengestellt von Michael Bischoff. Nördlingen
- Hamburger Stiftung, 1987b: Das Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im »Tausendjährigen Reich«. Hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Redaktion und Koordination: Angelika Ebbinghaus. Nördlingen
- Hamburger Stiftung, 1987c: Die Daimler-Benz AG 1916-1948. Schlüsseldokumente zur Konzerngeschichte. Herausgegeben von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, zusammengestellt von Karl Heinz Roth und Michael Schmid unter Mitarbeit von Rainer Fröbe. Nördlingen
- Herbert, Ulrich 1985: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches«. Berlin/Bonn

- Herbert, Ulrich, 1986: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter. Berlin/Bonn
- Pohl, Hans, Stephanie Habeth, Beate Brüninghaus, 1986: Die Daimler-Benz AG in den Jahren 1933 bis 1945. Eine Dokumentation. Stuttgart
- Rosh, Lea, 1986: Nachwort, in: Ferencz 1986, S.284ff.
- Sachsenhausenkomitee 1984: Niemand und nichts vergessen. Ehemalige Häftlinge aus verschiedenen Ländern berichten über das KZ Sachsenhausen, hrsg. vom Sachsenhausenkomitee West-Berlin. West-Berlin
- Schmid, Michael, 1987: »Unsere ausländischen Arbeitskräfte«. Zwangsarbeiter in den Werken und Barackenlagern des Daimler-Benz-Konzerns. Ein Überblick. In: Hamburger Stiftung 1987b, S.559ff.
- Seeber, Eva, 1964: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement 1939-1945. Berlin/DDR
- Sörgel, Angelika (unter Mitarbeit von Hildegard Kaluza, Werner Voß, Dietmar Düe und Heinz-J. Bontrup) 1986: Daimler-Benz — der Multi im Musterlände. Bremen

Kampf um die Umwelt

Hans Gluck

Brauchen wir nachwachsende Rohstoffe?

Über nachwachsende Rohstoffe — kurz Biomasse genannt — wird in der BRD seit der sogenannten Ölkrise in den siebziger Jahren diskutiert. Vor dem Hintergrund der andauernden Krise in der Landwirtschaft fordert die Agrarlobby unter Verweis auf die schwindenden fossilen Rohstoffe Kohle, Öl und Erdgas seit geraumer Zeit den Anbau von Biomasse als neue Erwerbsquelle. Auch Chemiekonzerne zeigen inzwischen Interesse. In fast allen Bundesländern ist mit Forschungsprogrammen und Entwicklungsprojekten begonnen worden, mit denen die Verzahnung zwischen Behörden, Forschungseinrichtungen, Industrie und Landwirtschaft angestrebt wird. Der folgende Beitrag geht der Frage nach, ob der Anbau von Biomasse überhaupt dringlich ist, auch und gerade vor dem Hintergrund der schwindenden fossilen Rohstoffe. Es wird erörtert, welche Mengen an Biomasse auf der Erde erzeugt werden können, welche Überlegungen dazu angestellt worden sind, wo Grenzen liegen und welche aktuellen und längerfristigen Entwicklungen sich zur Nutzung in EG und BRD anbahnen.

Nachwachsende pflanzliche Rohstoffe haben stets eine bedeutsame Rolle in der Menschheitsgeschichte gespielt. Farbstoffe, ätherische Öle, Gerbstoffe, Flachs, Baumwolle, Naturkautschuk und Holz sind nur einige Beispiele. Art und Umfang ihrer Nutzung wie auch deren Folgen für Mensch und Natur hingen immer von den jeweiligen Gesellschaftsformationen ab. Oft hat der Glanz der Naturprodukte die Schattenseiten ihrer Gewinnung verdeckt. Kaum jemand denkt heute noch an die elenden Arbeitsbedingungen der Kautschukarbeiter in Brasilien oder der Negersklaven auf den Baumwollplantagen der USA sowie den Zuckerrohrfeldern Kubas zu den Zeiten der spanischen Kolonialherrschaft. Auch die Folgen für die Umwelt durch die Nutzung von Biomasse sind vielfach nicht bekannt. So beruht die Entstehung der Lüneburger Heide zu einem guten Teil auf dem Abholzen großer Waldgebiete für den enormen Holzbedarf der Salzsiedereien im Mittelalter. Von der Vernichtung der tropischen Regenwälder unter Beteiligung der international tätigen Holzkonzerne droht eine Klimaveränderung nicht nur in der Region. Der dauernde Anbau von Monokulturen mindert die Bodenfruchtbarkeit und führt zur Bodenversalzung (z.B. beim Anbau von Baumwolle unter ungeeigneten Bedingungen wie in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken). Gewässer werden durch hochkonzentrierte Abfälle aus der unvollständigen Verwertung von Biomasse vergiftet (z.B. bei der Herstellung von Zucker und Stärke aus Zuckerrüben bzw. Kartoffeln).

Zur Größenordnung fossiler Rohstoffvorräte und der Frage des beschleunigten Anbaus von Biomasse

Das Rohstoffmonopol der *lebendigen* Natur für Biomasse wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts vielfach durch die Herstellung synthetischer Ersatzstoffe auf der Basis von Kohle und Erdöl als *fossilen* Rohstoffen gebrochen: Prinzipiell läßt sich jedes Produkt der organischen Chemie, das heute aus fossilen Rohstoffen gewonnen wird, auch aus pflanzlichen Kohlenhydraten, Ölen und Fetten herstellen.

Beim jetzigen Stand der Technik reichen die wirtschaftlich gewinnbaren, regional unterschiedlich verteilten, weltweiten Vorräte für Kohle noch rund 260 Jahre (Verbrauch z. Zt. ca. 2,9 Mrd t/a), für Erdgas noch ca. 57 Jahre (Verbrauch z. Zt ca. 2 Mrd t/a) und für Erdöl noch rund 40 Jahre (Verbrauch z. Zt. ca. 3,0 Mrd t/a). Diese Prognosen sind jedoch mit Vorbehalt zu betrachten. Politisch-wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Änderungen der Prämissen (wie z.B. Nutzung von Sonnenenergie oder Einschränkung des Autoverkehrs) können die jeweiligen Zeiträume erheblich kürzen oder verlängern. Beim Erdöl zeigt sich aber ein besonders krasses Mißverhältnis zwischen Vorräten und Verbrauch.

Die OECD-Staaten beherbergen lediglich 20 Prozent der Weltbevölkerung, verbrauchen aber 63 Prozent des weltweit geförderten Erdöls (Angaben aus 1981). Ein sparsamer und überwiegender Verbrauch von Erdöl für die Herstellung synthetischer Produkte würde noch für mehrere Jahrhunderte die petrochemische Produktion garantieren: nur etwa fünf Prozent des geförderten Erdöls werden derzeit für diesen Zweck benötigt. Von dieser Seite stellt sich offenkundig nicht die Notwendigkeit einer beschleunigten Produktion nachwachsender Rohstoffe. Außerdem kann beim Versiegen der Erdölquellen noch auf große Vorkommen an Kohle, Ölschiefer und Teersanden zurückgegriffen werden. Soweit diese Vorräte ausschließlich für die Petrochemie genutzt werden, bleiben die Umweltschäden durch Abbau, Aufbereitung und Veredelung vergleichsweise gering. Allerdings setzen die global unterschiedlich verteilten Vorräte immer drängender eine Weltwirtschaftsordnung voraus, die eine gerechte Verteilung dieser Ressourcen sicherstellt.

Zur Größenordnung des Biomassepotentials und zu den Grenzen und Problemen seiner Nutzung

Nachwachsende Rohstoffe in Form von Holz bzw. Zellulose, Zucker, Stärke, Ölen und Fetten werden erst in ferner Zukunft eine zentrale Stellung für die Rohstoffversorgung einnehmen. Das Potential ist gewaltig: jährlich entstehen durch Sonnenlicht und Photosynthese etwa 200 Mrd. Tonnen Biomasse durch alle Land- und Wasserpflanzen einschließlich Algen (bezogen auf Trockenmasse). Etwa zwei Drittel davon leisten die Landpflanzen auf knapp 30 Prozent der Erdoberfläche. Hauptproduzenten sind die Wälder. Regionen mit günstigen klimatischen und Bodeneigenschaften kommt dabei besondere Bedeutung zu. Tropischen und subtropischen Ländern droht daher Gefahr, durch den Druck des großen Geldes und ihrer eigenen Armut zu Standorten für den Anbau nachwachsender Rohstoffe im Großmaßstab zu Lasten der Lebensmittelproduk-

tion zu werden. Bereits heute importiert die chemische Industrie der BRD ca. 90 Prozent ihres Bedarfs an Fetten und Ölen in Form von Kokos- bzw. Palmkernöl aus solchen Ländern.

Obwohl das sich ständig erneuernde Biomassepotential gegenwärtig durch den Menschen nur zu etwa zwei Prozent ausgeschöpft wird, schafft dieser bescheidene Umfang bereits erhebliche Umweltprobleme. Deshalb sind Schätzungen mit äußerster Skepsis aufzunehmen, die eine globale Steigerung der Biomassenutzung auf 10 bis 20 Prozent für möglich halten, zumal hierfür keinerlei Umweltfolgeabschätzungen vorliegen. Dennoch steht zu erwarten, daß unter dem Druck von Gewinninteressen Höchstserträge Maßstab des Handelns bleiben. Erhebliche und langfristige Umweltschäden (Bodenerosion, Grundwasservergiftungen durch Pestizide und Dünger, Verarmung der Tier- und Pflanzenwelt) dürften dann ebenso unvermeidlich sein wie bei falschen Bewirtschaftungsweisen in nicht-kapitalistischen Gesellschaftssystemen.

Grenzen für den Anbau nachwachsender Rohstoffe erwachsen aber nicht nur durch mögliche Umweltfolgen und vorgegebene naturräumliche Faktoren (z.B. Bodenfruchtbarkeit, Klima), sondern auch durch konkurrierende Nutzungsansprüche der Böden wie Nahrungsmittelerzeugung, Waldbau, Platz für Siedlungsflächen etc. Deshalb halten es führende Experten der OECD für ausgeschlossen, daß im Bereich der EG der Rohstoffbedarf der chemischen Industrie allein durch Biomasse von Landpflanzen gedeckt werden könnte. Diese Aussage beruht aber auf der Annahme von Höchstserträgen und dem bisherigen Umfang der Chemikalienproduktion.

Langfristig könnten allerdings Mikroalgen zur Ergänzung herangezogen werden. Ihre Produktion ist in großen Tanks (sog. Photo-Bioraktoren) möglich, jedoch kommen nur auch langfristig ökotoxikologisch unbedenkliche Arten in Betracht. Algen erlauben durch bessere Nutzung des Sonnenlichts wesentlich höhere Erträge als Landpflanzen. Ihre umweltverträgliche Produktion ist in großem Maßstab durchaus möglich, und würde zur Schonung der Land-Ökosysteme beitragen.¹

EG-Abschätzungen zur Nutzung von Biomasse

Nach *systemkonformen* Schätzungen werden in der EG bis zum Jahre 2000 bei gleichbleibender Produktivität in der Landwirtschaft mehr als 13 Millionen Hektar Agrarflächen (BRD: ca. 3 Mio Hektar) nicht mehr für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion benötigt. Da Ertrag und Qualität von Biomasse jedoch erheblich von den Standorteigenschaften abhängen, wird nur ein kleiner Teil dieser freiwerdenden Flächen für einen Biomasse-Anbau in Frage kommen. So belaufen sich in der BRD die ertragsstarken Flächenpotentiale für Öle, Fette, Fasern, Stärke und Zucker auf etwa 0,35 Millionen Hektar, auf denen sich ca. 0,9 Millionen Tonnen verwertbarer Biomasse gewinnen ließen. Angesichts des Gesamtbedarfs der chemischen Industrie der BRD an organischen Chemierohstoffen von 16,9 Millionen Tonnen im Jahre 1980 (davon ca. 9 Prozent Biomasse) wird diese bescheidene Nutzbarkeit die Landwirtschaft insgesamt kaum entlasten. Nutzen dürften daraus in hohem Maße nur Landwirte mit ertragsstarken, fruchtbaren Böden ziehen. Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen be-

günstigt also bereits bestehende kapitalkräftige Betriebe und dürfte sich zudem in der Nähe von Chemiestandorten zur Kostenreduzierung für Transport und Weiterverarbeitung konzentrieren. Gleichzeitig gerät die Landwirtschaft in zunehmende neue Abhängigkeiten von der chemischen Großindustrie und deren möglichen Krisen. Die Umkehr zu einem ökologischen Landbau wird dadurch weiter erschwert, zumal dieser nicht in Einklang zu bringen ist mit der Aufgabe derart großer Flächenpotentiale.

Nach *realistischen* Abschätzungen wird es auf EG-Ebene bis zum Jahre 2000 auf Grund von Forschungsdefiziten, fest am Markt verankerten Produktlinien, dem günstigen Rohölpreis und den niedrigen Weltmarktpreisen für pflanzliche Öle und Fette nur zu einem geringfügigen Anstieg des Einsatzes von Biomasse kommen. Die chemische Industrie ist an einer weiteren preistreibenden Subventionspolitik im Agrarsektor nicht interessiert, sondern orientiert sich am niedrigen Weltmarktpreisniveau für den Einkauf von Biomasse. Damit werden sowohl der Anbau einheimischer nachwachsender Rohstoffe als auch das Bauernsterben und die Konzentration in der Landwirtschaft gefördert.

Strategische Ziele von Staat und Wirtschaft im Bereich von Anbau und Nutzung von Biomasse

Seit geraumer Zeit werden dennoch im Interesse der Rohstoffsicherung, einer Abpufferung der Agrarkrise sowie der Entwicklung des EG-Binnenmarktes erhebliche Anstrengungen der EG ebenso wie einzelner Mitgliedsstaaten deutlich, den Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen zu forcieren. Die chemische Industrie signalisiert zumindest für einzelne Verwendungszwecke Interesse. So wird gegenwärtig das erste mehrjährige EG-Programm (1988-93) für biotechnologische, agrarindustrielle und technologische Forschung und Entwicklung — »Eclair« — diskutiert, das mit insgesamt 80 Millionen ECU ausgestattet werden soll. — Ziel ist die Erzeugung *maßgeschneiderter* Rohstoffe, die die industrielle Verwertung vereinfachen und verbilligen, und eine EG-Kooperation zwischen Forschung, Industrie und Landwirtschaft. Unabhängig davon sind in der BRD eigene Programme entwickelt worden. Ihre Schwerpunkte liegen bei

- Züchtung geeigneter Pflanzen mit speziellen Stoffprofilen unter Einschluß der Gentechnik,
- Optimierung von Anbau-, Ernte- und Lagertechniken,
- Entwicklung ökonomischer Aufschluß-, Umwandlungs- und Verarbeitungsverfahren bis hin zur umweltfreundlichen Aufarbeitung von Reststoffen,
- ökonomischen Untersuchungen zur Wettbewerbsfähigkeit.

Beteiligt sind Max-Planck-Institute, die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, die Kernforschungsanstalt Jülich, die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung sowie Hochschulinstitute. Das BMFT will für derartige Projekte von 1987 bis 1990 über 80 Millionen DM ausgeben.² Damit ist den Erwartungen der Chemiekonzerne entsprochen worden, die insbesondere an Produkten mit hohem Kohlenhydrat- und Ölanteil interessiert sind³, um langfristig insbesondere den Import von Ölen und Fetten als Grundstoffe vor allem für Haushaltschemikalien und Kunststoffe zu ersetzen.

Da die EG rund 50 Prozent ihres Gesamtbedarfs an Holz sowie Holz- und Zelluloseerzeugnissen einführt, wird auch zunehmend über die Anlage von Holzplantagen mit schnellwachsenden Baumarten (Pappeln, Weiden) diskutiert. Auch hier werden vor allem Projekte gefördert, die sich auf den gesamten Holz- und Zellstoffbereich erstrecken. In der BRD dürften sich jedoch zusammenhängende, großflächige Holzplantagen auf Grund der zersplitterten Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden nur zögerlich — wenn überhaupt — entwickeln. Hohe Holzerträge setzen zudem von Klima und Boden begünstigte Standorte voraus. Entscheidender jedoch ist es, den enormen Holzverbrauch zu senken. Gegenüber der Schaffung starker Waldökosysteme im Rahmen einer naturgemäßen Waldwirtschaft (u.a. standortgerechter Waldbau, artenreiche Waldbestände) ist die Förderung schnellwachsender Baumarten nachrangig.

Schlußfolgerung

Angesichts der noch verfügbaren fossilen Rohstoffe stellt sich die beschleunigte Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen in den nächsten Jahrzehnten nicht. Erst in ferner Zukunft werden sie bei Erschöpfung der fossilen Rohstoffvorräte einen zentralen Platz bei der Rohstoffversorgung für die Güterproduktion einnehmen. Eine umweltfreundliche Produktion ist sowohl mit nachwachsenden als auch mit fossilen Rohstoffen möglich (s. Bimboes/Brückner, *spw* 41, S.248ff.). Die sich anbahnende Verwendung von Biomasse entspringt dem Druck einer verfehlten Agrarpolitik, berücksichtigt aber auch langfristige Überlegungen zur Rohstoffsicherung im Interesse der Konzerne. Dem ist angesichts der gewaltigen mineralischen und fossilen Rohstoffverschwendung und der auf neuer Grundlage ausbeuterisch angelegten Inbesitznahme der lebendigen Natur in Form von Biomasse die Forderung nach *größtmöglicher* Verringerung des Rohstoffverbrauchs und Materialdurchsatzes entgegenzusetzen. Damit würden etliche Umweltprobleme (selbst unter Beibehaltung gegebener, die Umwelt schädigender Produktionsverfahren und Produkte) drastisch reduziert. Diese Position schließt Anbau und Nutzung nachwachsender Rohstoffe nicht aus und verkennt auch nicht deren zukünftige Perspektiven. Verlangt werden müssen eine (auf langfristigen gesamtgesellschaftlichen und ökologischen Zielsetzungen beruhende) *Bedarfsanalyse und -planung*, auf deren Grundlage ermittelt wird, wie und in welchem Umfang in der BRD/EG überhaupt (Standort, Klima, Agrarstruktur) Biomasse produziert werden kann und muß. Die umweltverträgliche Gestaltung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe bedeutet u.a. den Verzicht auf Höchsterträge, die Nutzung des biologisch-integrierten Pflanzenschutzes und weitgestellte Fruchtfolgen statt Monokulturen. Gleichzeitig muß eine möglichst restlose Verwertung von Biomasse zu einer vielfältigen Produktpalette sichergestellt werden.

Literaturverzeichnis

- Bull, A.T., u.a., 1984: Biotechnologie — Internationale Trends und Perspektiven (OECD-Studie), Verlag TÜV-Rheinland, Köln.
MBFT (Hrsg.) 1986: Nachwachsende Rohstoffe, Bonn.
Zoebelein, H., 1988: Fruchtbare Ansätze für Kooperation, in: Chemische Industrie Nr. 3.

Besprechungen

Hortleder, Gerd, und Gunter Gebauer (Hrsg.): Sport-Eros-Tod. Suhrkamp Verlag (=NF 335), Frankfurt/M. 1986 (286 S., br., 14,- DM).

Seit der Körper und seine Geschichte ins Rampenlicht des öffentlichen Interesses und der Sozialwissenschaften gerückt ist, kann eine Disziplin, die sich als Anwalt des Körpers verstehen darf, mit besonderer Aufmerksamkeit rechnen: die Sportwissenschaft.

Jahrzehntlang als Hilfswissenschaft einer zweifelhaften Sportpraxis abgetan und von den etablierten Wissenschaften wenig ernst genommen, weil mit einem scheinbar profanen Gegenstand beschäftigt, führte die Sportwissenschaft nur ein Schattendasein und besaß als bloßes Anhängsel der großen Wissenschaftsdisziplinen (-Soziologie, -Psychologie, -Pädagogik, -Geschichte, -Medizin) nur geringes eigenständiges Profil.

Das scheint sich heute grundlegend geändert zu haben. Nicht erst die aktuelle Virulenz der Körperthematik war dabei ausschlaggebend, auch die Trendwende der Sozialwissenschaften zur Alltagsgeschichte und nicht zuletzt die immer größer werdende gesellschaftliche Bedeutung ihres Gegenstandes haben die Aufwertung der Sportwissenschaft begünstigt und ihr zu neuen Möglichkeiten der Profilierung verholfen. Wie dem auch sei, die Sportwissenschaft scheint diese Chance zu nutzen, aus ihrem spezifischen Gegenstand heraus selbst einmal zum Stichwortgeber in der sozialwissenschaftlichen Diskussion werden zu können. Dies zeigen eine Reihe interessanter sportwissenschaftlicher Arbeiten der letzten Jahre, allen voran der von Gert Hortleder und Gunter Gebauer herausgegebene Sammelband »Sport-Eros-Tod«.

Acht Autoren internationaler Provenienz, die unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen angehören, entfalten in insgesamt vierzehn Aufsätzen ein komplexes Bild des modernen Sports, seiner Inszenierungsformen, seiner sozialen Funktionsweisen, seiner Begehrens- und Ordnungsstrukturen. Gewissermaßen erschließt »Sport-Eros-Tod« eine neue Sichtweise des Sports. Beispielsweise werden Sexualität und Erotik weniger unter dem Signum ihrer Verdrängung oder Unterdrückung wahrgenommen, wie lange Zeit in der Sportwissenschaft geschehen, als vielmehr in erster Linie hinsichtlich ihrer wohlkalkulierten Entfesselung in den Inszenierungs- und Präsentationsformen des modernen Sports nachgezeichnet.

Die Erotik des Sports gehört zu dessen Darstellung und Gestaltung wie der Wettkampf selbst und ist für die Faszination des Sports ebenso konstitutiv, wie die Todesnähe für dessen Dramatik sorgen soll. »Der Tod als Grenze, die nicht überschritten werden darf, zu deren Verletzung die Athleten aber ständig angereizt werden — Verbot und Stimulierung zur Übertretung des Verbots —, soll die Echtheit der Leidenschaften garantieren, die der Sport entstehen läßt.« (S.8)

Auf dem Hintergrund des Kontextes von Eros und Tod machen die Herausgeber in einem gemeinsamen Beitrag auf tiefreichende Veränderungen und Wandlungsprozesse im modernen Hochleistungssport aufmerksam. An manchen Stellen vielleicht selbst zu

sehr in die Showeffekte eigener Sprachmagie verliebt, zeichnen sie als genaue Kenner der Sportszenerie kritisch und scharfsichtig die Entwicklung des modernen Show-sports seit Ende der sechziger Jahre nach. Showsport wird dabei als »technisch-wissenschaftlich fundierte, arbeitsmäßig vorbereitete, häufig als Beruf ausgeübte und als Show präsentierte Unterhaltung« (S.65) verstanden.

Dieses Buch wendet sich nicht ausschließlich an speziell sportwissenschaftlich interessierte Leser. Der Sport wird nicht isoliert betrachtet, sondern eher als Paradigma aufgefaßt, als ein Symbolsystem von hoher Aussagekraft hinsichtlich der Verfaßtheit der modernen Gesellschaft. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß in diesem Sammelband Autoren zu finden sind, die man nicht ohne weiteres mit dem Sport in Verbindung gebracht hätte.

Roland Barthes z.B. vergleicht in einem den »Mythologies« (1957) entnommenen Beitrag (bezeichnenderweise ist dieser Aufsatz in der deutschen Ausgabe — Mythen des Alltags — von 1964 nicht enthalten) die Tour de France mit dem Epos und deckt dabei die Künstlichkeit medialer Inszenierung auf, die darauf zielt, die Tour in die Mythen von Natürlichkeit und Ursprünglichkeit zu kleiden und bei Fahrern und Zuschauern höchste Emotionen auszulösen.

Pierre Bourdieu arbeitet in seinem Beitrag explizit die politischen Implikationen des modernen Sports heraus. Seine sozialgeschichtliche Untersuchung zeigt, daß der Sport ein Bereich von Klassenauseinandersetzungen ist. Auf der Grundlage der Bourdieuschen Unterscheidung von kulturellem und ökonomischen Kapital (vgl. »Die feinen Unterschiede«, dt. 1982) widerlegt Gunter Gebauer, sich dabei ausschließlich auf den Freizeitsport beziehend, die Behauptung von der Intergrationsfunktion des Sports. Gebauer zeigt dagegen, daß der Freizeitsport der Logik der sozialen Abgrenzung folgt und wie andere kulturelle Bereiche oder Subsysteme ein Feld zur Erlangung von »Distinktionsprofiten« (Pierre Bourdieu) darstellt. So verstanden, ist Freizeitsport Ausdruck und Aktualisierung, nicht Aufhebung von Schicht- und Klassenunterschieden.

Ulrich Aufmuth wendet sich demgegenüber der Innenperspektive der Sporttreibenden zu und zeigt am Beispiel des Extrembergsteigens die Identitätsproblematik der Athletenexistenz. Mit der Bedeutung der Verführung im Sport, mit den Begehrensformen und Größenphantasien der Sportler setzt sich Gunter Gebauer in zwei weiteren Aufsätzen auseinander.

Wenn auch nicht alle Beiträge vorgestellt werden können, so seien Michel Bernards Studie »Das sportliche Spektakel«, Friedrich Wilhelm Korffs Impressionen vom Drachenfliegen und Gerd Hortleders Reflexionen zum Stierkampf, einem »Ritual satanischer Schönheit«, wenigstens erwähnt.

Auf Ellis Cashmore's Abhandlung »Meister des Mißerfolgs: Schwarze Sportler« möchte ich aber mit Blick auf die bevorstehenden Olympischen Spiele, wenn die Medien wieder einmal das Rätsel der schwarzen »Wunderläufer« beschäftigen wird, noch kurz eingehen. Cashmore erklärt das Phänomen der im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (z.B. 12 % in den USA) ungemein erfolgreichen schwarzen SportlerInnen nicht auf der Grundlage eines biologistischen Rassentheorems (z.B. bessere Hebelverhältnisse, schmalere Hüften, geringerer Anteil an Körperfett), sondern

entwickelt eine soziale Theorie ihres Erfolgs. »Um das Szenario vereinfacht darzustellen: schwarze Jugendliche erhalten im Schulsport tendenziell eine Sonderbehandlung« (Klischeevorstellung der Lehrer: wer schwarz ist, muß sportlich talentiert sein.), »sie entwickeln Interessen für den Sport, die von den Eltern nicht gebremst werden; sie nehmen ihre Alternativen in der übrigen Berufswelt als eher begrenzt wahr, insbesondere wegen ihrer Hautfarbe; sie wählen sich Vorbilder in Form erfolgreicher schwarzer Sportstars, denen sie nacheifern.« (S.159) Aber das entscheidende für ihren Erfolg ist, daß Schwarze mit dem Bewußtsein Sport treiben, auch in diesem Bereich benachteiligt zu sein. Motto: Wenn du schwarz bist, mußt du doppelt so gut sein, um eine Chance zu haben — und dich doppelt so sehr anstrengen. Der Erfolg der schwarzen SportlerInnen erklärt sich demnach weniger mit einer besonderen natürlichen Begabung als aus ihrer sozialen Diskriminierung.

Es ist ein Vorzug dieses Buches, daß es die Mehrdeutigkeit, die Vielschichtigkeit und die Ambivalenzen seines Gegenstandes hervorhebt. Vor allem macht es Schluß mit einer unsäglichen Polarisierung, die im Sport immer nur ein Entweder-Oder sehen will: Freizeit oder Arbeit, Natürlichkeit oder Künstlichkeit, Sittlichkeit oder Amoralität, Freiheit oder Zwang, Archaik oder Modernität. Denn »der Rausch des Sports ... enthält beide Seiten: er vereinigt die Kälte des Geldverdienens mit den Leidenschaften des Körpers, die Techniken der Bewegung mit den Emotionen des Kampfes, das Artifiizielle der Sportarten mit der primitivsten Lust des Stärkerseins, die Brutalität des Agons mit physischer Kunstfertigkeit, Anpassung an die Macht mit subversiven Nebenwirkungen, Erotisches mit Todesnähe.« (S.9) Darin liegt vielleicht der besondere Reiz des Sports, daß er Ambivalenzen duldet, daß in ihm Gefühle ausgelebt werden dürfen, denen in der Gesellschaft ansonsten wenig Raum gegeben wird. Allerdings: nur »unter der Bedingung, daß sie zur rechten Zeit wieder gezügelt werden können.« (S.9)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf einen weiteren wichtigen, dieser Tage erst erschienenen Sammelband: »Körper- und Einbildungskraft. Inszenierungen des Helden im Sport«, hrsg. von Gunter Gebauer (Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1988) hinweisen. In ihm wird der Versuch unternommen, in gesellschaftlicher Perspektive den Sport im Spannungsfeld zweier Begriffe, von Disziplinierung und individuellem Glück zu betrachten. Im Zentrum steht dabei die konstitutive Bedeutung der Imagination für die Realität des Sports. Mehr noch als in »Sport—Eros—Tod« werden historische und pädagogische Aspekte berücksichtigt und das Spektrum der Darstellung des Sports um die Phänomene der Masse, des Festcharakters sowie die zentrale Rolle von Sprache, Mythen und Ritualen erweitert.

Bernhard Boschert (Oberkirch/Wolfhag)

Fichter, Tilmann: SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei. Westdeutscher Verlag, Opladen 1988 (426 S., br., 56,- DM)

Bislang hat sich niemand an die Aufgabe herangewagt, das gestörte Verhältnis der SPD vor und nach Godesberg zum autonomen Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und seiner Folgeorganisationen auf der Grundlage der Partei- und Ver-

bandsakten zu dokumentieren und zu analysieren: Fichters historischer Bericht be-
steht zunächst durch seinen ausführlichen wissenschaftlichen Apparat. In diesem
Steinbruch werden noch viele graben. Doch Streit ist bereits angesagt. Drei Monate
vor Fichters Schlußstrich unter seine Arbeit gab die Abteilung Politische Bildung der
Friedrich-Ebert-Stiftung eine Schrift »Zum 40. Jahrestag der Gründung des Sozialisti-
schen Deutschen Studentenbundes (SDS)« von Willy Albrecht heraus, der außerdem
ebenfalls an einer »stiftungsoffiziösen Geschichte des SDS« arbeitet, von der Fichter
»eine andere Interpretation des historischen Materials« erwartet (18).

Fichter strukturiert seinen Bericht anhand der am SDS beteiligten politischen Gene-
rationen: Front-, HJ- und Flakhelfer- sowie Kampf-dem-Atomtod-Generation mar-
kieren in der Tat völlig unterschiedliche Erfahrungshorizonte und politische Konstella-
tionen. Die Verbandsgeschichte des SDS in dieser Weise auf die deutsch-deutsche
Nachkriegsgeschichte zu projizieren und mit der Vor- und Nachkriegsgeschichte der
SPD zu verschränken, ist eine wissenschaftlich und politisch produktive Idee: Das Re-
sultat ist eine handbuchähnliche Schilderung der linken Nachkriegsgeschichte bis in
die sechziger Jahre. Im Vordergrund stehen dabei der Kampf des SDS um Autonomie
vor und nach Godesberg 1959 und sein Weg in die außerparlamentarische Opposition.
Die vorliegende Arbeit ist angelegt als »erster Abschnitt einer dreiteiligen Gesamtdar-
stellung der Geschichte des SDS«. Fichter arbeitet an einer »vergleichenden Arbeit
über die SDS-Hochschulgruppen« und hat sich außerdem »eine Analyse der Revolte
1967/68 bzw. der vierten SDS-Generation« vorgenommen (13).

Man wird damit allein nicht auskommen, gewinnt aber einen detaillierten Überblick
und stößt auf frappierende Dokumente und Quellen: CIA-Avancen an den SDS (146),
Vereinnahmungsversuche seitens der FDJ (225), Stillhalten des DGB bei der Wieder-
bewaffnung (108ff.), Putschversuche der Gruppe um »konkret« (268ff.), Kuriosa wie
ein Streitgespräch Nohara/Ulbricht (303ff.), Matthöfer als SDS-Förderer (326) — wer
weiß davon schon/noch?

Fichters Studie ist eine pointierte Bestandsaufnahme der anti-restaurativen Abwehr-
kämpfe insbesondere der jungen Nachkriegslinken, aus der klar hervorgeht, wie sich
die SPD nach und nach aus diesen Auseinandersetzungen ausklinkte und auf den Weg
machte in die große Koalition und die sozialliberale Entspannungspolitik — um dem
Preis der Ära Schmidt. Solchermaßen von ihrer Stammpartei zusehends nicht nur al-
leingelassen, sondern auch beföhdet, mußte sich der SDS — als organisierte Avant-
garde einer allgemeinen jugendlichen Emanzipationsbewegung — außerparlamenta-
risch profilieren und radikalieren - um den Preis der Fraktionierung dieser Bewegung
(vgl. spw 42/335 ff.). Man lese bei dem früheren Stuttgarter Intendanten Ivan Nagel
über Peter Stein (Zeit 36, 2.9.88) nach, wie nötig diese Republik diesen jugendlichen
Zorn auch als künstlerisches Purgatorium hatte, oder erinnere sich an »Biermann bei
Neuss« 1965 in Frankfurt (die Platte ist bei der Büchergilde wieder zu haben).

Dieser Prozeß wird bei Fichter plastisch durch diverse historische Rückgriffe und
bisweilen recht drastische Charakterisierungen der Protagonisten (Ollenhauer, III ff.,
oder Ruth Fischer, 275, Anm. 17, u. a. m.). Man wünschte sich da manchmal mehr Zu-
rückhaltung im Urteil oder ausführlichere Belege.

Ein Kuriosum ist Fichters Interpretation des SDS als »selbstverwaltete und autonome Lebensform« (Hervorhebg. svi), die »an Organisationstraditionen (erinnert), wie sie vor dem ersten Weltkrieg in der 'Freideutschen Jugend' und während der Weimarer Jahre in der 'Bündischen Jugend' existierten«. Zum Beweis dieses »bündischen Organisationsprinzips« des SDS beruft sich Fichter auf die Dissertation des Vor- und Nachkriegs-Jungenschafters und zum Bataillon 999 verurteilten Mike Jovy, für den »das eigentlich Kennzeichnende der Bündischen Jugend ihr Auszug in einen eigenen 'Lebensraum' gewesen« sei. (48).

Nun gab es zwar etliche Bündische, die — nach ihren Erfahrungen in den eher eskapistischen Jugendbünden der Nachkriegszeit — im SDS eine politisch verbindliche und handlungsfähige Studentenorganisation sahen und *deshalb* eintraten. Diese Ex-Bündischen dürften ihren Eintritt in *die* sozialistische Studentenorganisation der Nachkriegszeit jedoch kaum als »Auszug in einen eigenen (nämlich männerbündlerischen und entsprechend reaktionären/svi) Lebensraum«, sondern vielmehr als *Rückkehr* in das gesellschaftliche und als *Einzug* in das politische Leben vollzogen haben (vgl. hierzu Nietzsche, Bund und Staat. Wesen und Formen der bündischen Ideologie, o.O. 1942).

Fichters Rückgriff auf den Gründer des *Internationalen Jugendbundes*, Leonard Nelson, und seinen »Versuch, (im SDS, svi) die philosophischen Vorstellungen von Immanuel Kant und Karl Marx miteinander zu versöhnen« (59, Anm. 40) steht dazu nicht im Widerspruch. Nelsons Bund gehörte nicht zur (bürgerlichen) bündischen Jugendbewegung, sondern war ein Arbeiterjugend- und Schülerbund.

Die Traditionslinie Harro Schulze-Boysen (Rote Kapelle/KPD) — Eberhard Koebel (Jungenschaft/KPD) — Rudi Dutschke (SDS) allerdings, deren Gedenken Fichter seine Studie widmet, entspricht der alten bündischen Unart der *biographischen Eingemeindung*: Schulze-Boysen stand der bündischen Jugend kritisch gegenüber (wie bei Jovy nachzulesen ist); Koebel trat erst nach gescheiterter Anbieterung bei der »Reichsjugendführung« in die KPD ein, faßte dort aber nie Fuß; Dutschke entstammte den anarchistischen Zirkeln der »Situationistischen Internationale«. Als Kronzeuge bündisch geprägter, sozialistischer Jugendbewegung kommt keiner von ihnen in Frage. Vermutlich hätten sich auch alle drei eine derartige Klassifizierung verboten.

Das *Autonomiebewußtsein* des SDS beruhte von Anfang an auf dem Wissen um das gesellschaftlich zwar verpflichtende, aber eben auch qualifizierende Privileg einer akademischen Ausbildung: »Studium ist Arbeit und als solche zu bewerten«, hieß es auf der VII. Delegiertenkonferenz 1952 in Münster (184). Außerdem spielten die schlechten Vorkriegserfahrungen mehrerer Jugendorganisationen aus dem Umfeld der Sozialdemokratie mit dem Parteivorstand eine Rolle (112, 167). Entsprechend versöhnlich fiel Schumachers Rede auf dem Hamburger Gründungskongreß 1946 aus (52 ff.).

Eher schon läßt sich eine Parallele zwischen bündischer Jugend nach dem Kriege und SDS über die Prägung ihrer jeweiligen Protagonisten durch »die Werte, Verhaltensnormen und Gefühle der Frontgeneration« ziehen. »Das (*militärische!* — svi) Gruppenerlebnis war ein fester Bestandteil dieser Gefühlswelt« (S.77 ff.).

Ärgerlicher ist Fichters Stilisierung einer »undogmatischen, marxistischen Mittelfraktion um Günter Kallauch, Jürgen Seifert und Monika Mitscherlich« 1959 (295) in

Anlehnung an die begriffliche und politische Entwicklung erst der siebziger Jahre. Zwar gab es im SDS von Beginn an KPD-Anhänger: Helmut Schmidt hielt 1947 als frisch gewählter SDS-Vorsitzender »im abgeschabten Offiziersledermantel« (69) für die britische Zone eine »Unterstützung der KP bei [der] Gründung eigener [SDS-] Gruppen für notwendig«, um Fraktionierungen einzelner SDS-Gruppen zu vermeiden (S.73)

Derselbe Schmidt unterschied aber 1959 als PV-Mitglied vier Fraktionen im SDS: »SBZ-gesteuerte Gruppe, Trotzlisten oder linke SPD, SPD-Anhänger, Ultrarechte« (295). Die Gruppe Kallauch, Seifert, Mitscherlich repräsentierte keineswegs eine eigene, »undogmatische« Fraktion (für deren Fraktionsstatus Fichter den statistischen Nachweis denn auch schuldig bleibt), sondern stellte lediglich den interimistischen Bundesvorstand als kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den sich die vier Fraktionen einigen konnten. Die Beteiligung Seiferts am Elzer Kreis um Oertzen ändert daran nichts (283).

Der SDS als autonome, meta-bündische Organisation, in deren Reihen undogmatische Marxisten etwa zerrieben wurden zwischen den Mühlsteinen einer »intransigenten (d.i. unversöhnlichen) sozialdemokratischen *Opposition*« a la Schumacher (65, Anm. 34) und den Putschversuchen der KP-nahen »konkret«-Fraktion (287 ff.) ist eine Chimäre. Die SPD trennte sich vom SDS, weil ihr der Gesamtverband — mitten in Zeiten des Kalten Krieges und nach den Maßstäben des Godesberger Programms — insgesamt zu aufmüpfig wurde und politische Initiativen ergriff, die *dieser* SPD nicht mehr opportun erschienen. Womit die SPD aber eben auch die jugendliche Emanzipationsbewegung, die ihren Nachwuchs bedeutete, in die DKP, in die K-Gruppen oder später zu den Grünen trieb. »Insofern versteht sich diese Studie denn auch als ein Beitrag zur Aufarbeitung der leidvollen Geschichte gegenseitiger Enttäuschungen, die rund 25 Jahre nach dem Unvereinbarkeitsbeschlüß möglich sein müßte« (19).

Merkwürdig nimmt es sich aus, wenn Fichter ausgerechnet zwei Seiten hinter einem Kapitel über Aktionen des SDS gegen den Nachkriegs-Antisemitismus den Begründer der Wissenschaftssoziologie Karl Mannheim als »deutschsprachigen, jüdisch-ungarischen Soziologen« (164) bezeichnet. Und aufmerken läßt einen auch das folgende Zitat von T.W. Mason und Fichters Nachsatz dazu (94, Anm. 1):

»Daß es im Zweiten Weltkrieg nicht doch zu einer *Wiederholung* des 'Dolchstoßes' durch die Arbeiterbewegung kam, ist wohl in erster Linie dem staatspolizeilichen Terror zuzuschreiben, dem — vor allem zwischen 1933 und 1936 und zwischen 1942 und 1945 — zahlreiche linke Widerstandsgruppen zum Opfer fielen.' Andererseits versuchten die nationalsozialistischen Technokraten aber auch, die Arbeiter durch eine konsequente *Arbeitsbeschaffungspolitik*, durch eine Beibehaltung der Tarifverträge aus der Zeit vor 1933 sowie *Lohnsteigerungen in den Konjunkturindustrien* für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Trotz gewisser Erfolge in seiner Lohn- und Sozialpolitik konnte das Regime letztlich nicht auf die Ausübung des offenen Terrors als 'letzten und wichtigsten Garanten des Fortbestandes ökonomischer und politischer Herrschaft' verzichten« (Hervorhebungen svi). Ist das Naivität oder Zynismus?

Sigurd v. Ingersleben (Berlin/West)

Duerr, Hans Peter: Nacktheit und Scham. Der Mythos vom Zivilisationsprozeß. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1988 (516 S., br., 48,- DM)

H.P. Duerr will aufräumen mit den Thesen des Norbert Elias, die erstmalig und unbeachtet 1939 in Basel unter dem Titel »Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen« erschienen (Norbert Elias: Über den Prozess der Zivilisation, 2 Bände, Frankfurt/M. 1978).

Erst die zweite Auflage 1969 (!) eröffnete die Elias-Rezeption. Seitdem gehören seine Bücher zur Standardliteratur der Gesellschaftswissenschaften. Elias beschreibt und analysiert, wie sich die Muster der zivilisatorischen Trieb- oder Lustbewältigung der verschiedenen Gesellschaften in der Geschichte Westeuropas wandeln. Er problematisiert zugleich den Begriff 'Zivilisation'. Elias unterscheidet die Soziogenese der Begriffe 'Kultur' und 'Zivilisation', die keineswegs abgeschlossen ist, und das 'Bewußtsein' der Zivilisation (als deren 'Überbringer' sich z.B. die Kolonialmächte bei ihren Eroberungen sahen).

Wie ideologisch belastet diese Begriffe sind, weshalb ein Umgang mit ihnen nicht ohne theoretische Reflexion möglich ist, stellte Elias noch einmal kürzlich in der *Zeit* vom 17.6.88 heraus und wies Duerrs Vorwurf zurück, der ihn als potentiellen Kolonialisten anprangert. Elias' behutsame Annäherung an den Begriff der Zivilisation, die der Entfaltung seiner Theorie vorausgeht, hat Duerr offensichtlich überlesen. Anders läßt sich seine Meinung nicht erklären, nach der Elias' 'Zerrbild' Kolonialisten die Rechtfertigung lieferte, »die 'Kulturarmen' zu gesitteten und mithin zu wahren Menschen zu machen.« (Duerr, S.7)

Ein Mythos soll die Theorie »Über den Prozess der Zivilisation« sein, und Duerr will die Entmythisierung leisten, also »die dem Begriff zugrunde liegende Erscheinung, die die Gesellschaft als rational unerfahrbar und unbegreiflich, statt dessen aber ehrfürchtig hinnimmt« (Heinrich Schmidt: Philosophisches Wörterbuch, Stuttgart 1982), nunmehr richtig deuten. Er will zeigen, daß z.B. auch »die Scham ... keine historische Zufälligkeit ist.« (Duerr, S.384) (Wer wollte das auch glauben?)

Elias' These von den immer dichter werdenden 'Interdependenzketten', die einen tiefgreifenden Wandel des 'Affekthaushaltes' bewirkten, hält Duerr entgegen, »daß die Menschen in kleinen, überschaubaren 'traditionellen' Gesellschaften mit den Angehörigen der eigenen Gruppe viel enger verflochten waren ..., daß die unmittelbare soziale Kontrolle ... viel unvermeidbarer und lückenloser gewesen ist.« Duerr, S.10)

Wieso diese Thesen sich gegenläufig zueinander verhalten, wird deutlich am jeweiligen Charakter der Abhängigkeiten, um die es Elias bzw. Duerr geht. »Wandel des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes« — der Untertitel des ersten Bandes von Elias' Studie weist auf den sozialen Ort des Untersuchungsgegenstandes hin. Es geht um die Herrschenden des jeweiligen Gemeinwesens und um Mechanismen der Herrschaftsausübung. Diese sich verändernden Bedingungen (Elias nennt als Beispiel die Geldwirtschaft) verändern auch die Regelungen der Affekte des Einzelnen. Die spezifische Ausformung dieser Windungen erweist sich als abhängig vom jeweiligen gesellschaftlichen Status. Bei der Untersuchung der »Wandlungen der Angriffslust« geht Elias von der sozialgeschichtlichen Situation aus, in der es »keine

Zentralgewalt (gibt), die mächtig genug ist, um die Menschen zur Zurückhaltung zu zwingen.« (Elias I, S.178) Der Adelige auf seiner Burg ist weit und breit der Einzige seines Standes und kann über Land und Leute verfügen, wie es ihm beliebt. Erst wenn die »Macht einer Zentralgewalt wächst, wenn über ein größeres oder kleineres Gebiet hin die Menschen gezwungen werden, miteinander im Frieden zu leben, dann ändert sich auch ganz allmählich die Affektmodellierung und der Standard des Triebhaushaltes.« (Elias I, S.300) Dieser neue Zwang, »eine neue eingehendere Regulierung und Modellierung des Verhaltens, wie sie das alte ritterliche Leben weder nötig noch möglich machte, wird jetzt von dem Edelmann verlangt.« (Elias I, S.300) Aus diesem Beispiel der Veränderung eines zivilisatorischen 'Standards' geht hervor, daß es im wesentlichen um »bestimmte Spitzengruppen der weltlichen Oberschicht des Mittelalters« (Elias I, S.79) geht und nicht um »die Menschen des Mittelalters« (Duerr, S.9) schlechthin, unabhängig vom Stand. In der mittelalterlichen Gesellschaft, die sich über ihre »drei Ordnungen« (vgl. Georges Duby: Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus, Frankfurt/M.. 1968) überhaupt erst definiert, kann ein Mensch erst als Angehöriger eines dieser Stände als soziales Wesen begriffen werden.

Duerr läßt nicht nur Elias' Bestimmung seines Gegenstandes unberücksichtigt, er unterläßt es auch, seinen eigenen Untersuchungsgegenstand abzustecken. Spätestens hier fragen sich die LeserInnen ob da nicht von ganz unterschiedlichen Dingen die Rede ist. Der Verdacht erhärtet sich beim Blick auf das Inhaltsverzeichnis: Der griechische Held, der mittelalterliche Ritter, die Japaner sowie diverse Ethnien (ihnen gilt ein besonderes Register) — sie alle müssen dazu herhalten, zu beweisen, »daß vieles für die Wahrheit des biblischen Mythos spricht, nachdem die Scham vor der Entblößung ... zum Wesen des Menschen gehört.« (Duerr, S.334)

Duerrs Material ist ungeordnet aus Raum und Zeit zusammengeholt, es geht um keine sozial bestimmbare Gruppe von Menschen, die Quellen gehören unterschiedlichen Gattungen an. Es sind Berichte von ethnologischen Feldforschern, Stadtrechte und Verordnungen aus Mittelalter und Neuzeit, Briefe, Traktate, Predigten, Autobiographien, fiktionale Texte u.ä.m. Diese Gattungen haben zwar mit der 'Wirklichkeit' zu tun, die sie hervorgebracht hat. Es gilt jedoch, zunächst einmal die genaue Beschaffenheit dieser Zusammenhänge zu bestimmen. Geben uns Moralvorschriften, wie sie die zahlreichen Ehelehren oder Kinderzuchtordnungen formulieren, Auskunft über tatsächliche Verhaltensnormen einer Gemeinschaft oder sind sie als Reflex der Mentalität und des Verhaltens ihrer Zeit zu lesen? Spricht aus der großen Anzahl solcher Verordnungen nicht eher ein hinreichender Beleg für ihre Wirkungslosigkeit, als daß sie gültige und allgemein akzeptierte Einsichten und Ansichten repräsentieren?

Duerr häuft Anekdote auf Anekdote, ohne sich solche Fragen zu stellen. Er fängt an bei der »geschichtlichen Kindheit der Menschen, wo sie am schönsten entfaltet ist« (MEW 42, S.45), beim homerischen Epos der Antike, und enthüllt den LeserInnen, daß Odysseus sich vor Nausikaa und ihren Begleiterinnen seiner Nacktheit schämte. Die Nacktheit auf späteren Abbildungen sei rituell motiviert, sofern es sich nicht um Prostituierte nebst Kunden handelt. Die Badesitten der Ritter, die nach Elias entsprechend dem niedrigen Stand der Schamgrenze recht locker waren, hält Duerr keines

wegs für unbefangen. (vgl. S.24ff.) Als Gewährsmann ruft er Parzifal auf, der sich geschämt habe, als er in Gesellschaft junger Frauen nackt im Bade saß. Duerr weist den möglichen Einwand, Parzifal sei als »tumber tōr« noch kein gestandener Ritter, zurück. Denn auch Ulrich von Lichtenstein schreibe schon davon, daß das Badewasser, um den Blick auf entblößte Genitalien zu vermeiden, dicht mit Rosenblättern bestreut wurde. Wenn die LeserInnen von eben jenem Ulrich von Lichtenstein erfahren, er habe sich auch einer angebeteten Dame zu Ehren einen krummen Finger abgehackt und ihn ihr geschickt und das Badewasser seiner Herrin getrunken, wird klar wie dünn der *Boden* solcher Texte ist. Sowenig diesen Aussagen unmittelbarer Wahrheitsgehalt zukommt (Wissenschaftler lesen Ulrichs 'Frauendienst' als ironische Stilisierung des Minnedieners), sowenig eignen sich Aussagen aus fiktionalen Gattungen überhaupt, um unmittelbar etwas über die Wirklichkeit der Gefühle zu erfahren.

Ähnlich fahrlässig geht Duerr mit dem Bildmaterial um. Auf einer Darstellung aus dem frühen 13. Jahrhundert wird eine Ehebrecherin von Bewaffneten nackt durch die Stadt geführt. »Hier scheinen erhebliche Zweifel angebracht zu sein, es läßt sich auch vermuten, daß die bildliche Darstellung ... von einem Illustrator stammt, der das Wort nudus falsch verstanden hat.« (Duerr, S.276) Gut, daß es Hans Peter Duerr richtig versteht!

An anderer Stelle sind ihm Abbildungen bekleideter Bettlägeriger Beweis genug, um gegen Elias zu behaupten, die Menschen des Mittelalters und der Neuzeit trügen aus Schamgründen Nachthemden. Duerr betont, daß ihm die Problematik des »Wirklichkeitscharakters« seines Materials durchaus bewußt sei, er wisse, »daß man praktisch aus allen Zeiten ... Berichte heranziehen kann, um die eine, aber auch die andere These zu stützen, zumal wenn deren Verfasser zeitkritische Motive hatten oder die Sitten einer anderen Gegend auf- oder abwerten wollten.« (Duerr, S.65) Aber die LeserInnen warten vergeblich darauf, etwas über die Standpunkte, Absichten, kurz den 'Sitz im Leben' der kulturellen Zeugnisse bzw. ihrer Schöpfer zu erfahren, von denen Duerr spricht. Genausowenig weist er sein eigenes Erkenntnisinteresse oder die Methode aus, mit der er seine Untersuchung vorgenommen hat. Sein Erkenntnisinteresse, wenn es so zu nennen ist, scheint sich darin zu erschöpfen, Elias zu widerlegen. Dabei werden dessen theoretische Konzepte durch ihre verkürzte Darstellung geradezu verfälscht.

Das vierzehnte Kapitel beispielsweise handelt vom mehr oder weniger schamvollen öffentlichen »Urinieren, Defäkieren und Furzen in der eigenen und in der fremden Kultur«. (Duerr, S.227) In einem Nebensatz Elias paraphrasierend, der 'Naturvölker' und 'Primitive' den Menschen des europäischen Mittelalters gleichsetze, beginnt Duerr mit der Aneinanderreihung von Anekdoten über die große Schamhaftigkeit der Lakalei an der Nordküste Neubritanniens, den Hagenbergstämmen in Neuguinea, den Kurtatschi, den Santa Cruz-Indianern, den Marinad-anin, den Chagga und vielen anderen Ethnien. Die Analogie von 'Primitiven' und Menschen den europäischen Mittelalters stellt sich jedoch bei Elias nicht so einfach dar. Er beschreibt vielmehr, wie die Oberschichten des Abendlandes »dazu drängten und gedrängt sind, ihr besonderes Verhalten und ihre spezifische Triebregulierung als Unterscheidungsmerkmal mit allen

Kräften aufrechtzuerhalten.« (Elias II, S.347) Unterscheidungsmerkmale, die sie brauchen, um ihren Anspruch auf Vorherrschaft weiterhin zu legitimieren. Eine solche »Oberschichtsfunktion haben ... in mancher Hinsicht abendländische Nationen als Ganzes« (Elias II, S.347), wenn sie als Kolonialmächte auftreten. Denn auch hier geht es um gesellschaftliche Rangordnung, um die spezifische Triebregulierung, die Herrschaftsansprüche legitimieren soll, zunächst die einer gesellschaftlichen Gruppe über eine andere, dann einer Gesellschaft als Ganze über andere Gesellschaften. Dieser Zusammenhang taucht bei Duerr nicht auf: Hier wird deutlich, wie die Verkürzung wissenschaftlicher Thesen zu deren Verfälschung führt. Duerrs Arbeit ist im Wesentlichen ein Vergleich sehr unterschiedlicher Bereiche der sozialen Wirklichkeit bzw. historisch und geographisch weit auseinanderliegender Erscheinungen. Er unterläßt es allerdings, die Bedingungen näher zu bestimmen, unter denen ein solcher Vergleich legitim und möglich ist.

Nur, »wenn man es vermeidet, sich auf oberflächliche, rein formale und bisweilen zufällige Analogien zu verlassen, sind der konkreten Wirklichkeit die Strukturen abzulesen, die sich in ihr sei es ausdrücken, sei es verbergen und die für den Vergleich und die Darstellung der gemeinsamen Eigenschaften der Vergleichsgrößen tauglich sind.« (Pierre Bourdieu: Zur Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt/M. 1983, S.126) Was Bourdieu über die Arbeit des Kunsthistorikers schreibt, gilt, denke ich, für die Arbeit aller Kulturwissenschaftler: sonst bleibt es wie bei Duerr — beim bloßen Philosophieren über das Wesen des Menschen — zu dem, gleichsam als anthropologische Konstante die Scham vor der Entblößung der Genitalien gehört.

Zum umfangreichen Anmerkungsteil bleibt zu bemerken, daß diese Fleißarbeit ein Aufschließen der Quellen nicht gerade erleichtert, verzichtet Duerr doch darauf, auf Übersetzungen derselben hinzuweisen. 'Der Mythos vom Zivilisationsprozess' leistet mitnichten den Nachweis, daß Elias' 'Zivilisationstheorie' falsch ist, wie der Umschlagtext behauptet. Duerr fehlt jeder Ansatz theoretischer Reflexion. Die Arbeit verdankt sich vielmehr einem Zeitgeschmack, der sich durch seine Lust am Exotischen, Weitentfernten, sei es räumlich oder zeitlich, auszeichnet. Elias' 'Historisierung' des Zivilisationsprozesses war geleitet von der Idee, »solche Prozesse, die sich heute in uns und um uns nicht viel anders als Naturereignisse vollziehen, und denen wir auch gegenüberstehen, wie mittelalterliche Menschen den Naturkräften, durch ein klareres Verständnis einer bewußteren Lenkung zugänglich zu machen.« (Elias I, XXIII) Solch emanzipatorische Gedanken sind Duerrs Sache nicht. Er interessiert sich dafür, »warum die verschiedenen Lebensformen sich — trotz aller Unterschiede — gleich sind.« (H.P. Duerr in der Zeit vom 27.5.88) Der Mensch, seinem Wesen nach schamhaft, war es schon immer und wird es immer bleiben. Ursula Vogel, Berlin/West

Über die Autorinnen und Autoren

Boschert, Bernhard, 1954; Literatur- und Sportwissenschaftler

Buttgereit, Monika, 1949; frühere Juso-Landesvorsitzende Berlin, Mitglied des Landesvorstandes der Berliner SPD, Bundesparteitagsdelegierte, Mitglied in GEW und SPD

Gluck, Hans, 1946; Dr.rer.nat., Dipl.-Biologe

Goos, Manuela, 1955; Historikerin mit zweitem Staatsexamen, Mitglied in Berliner Mieterverein, Berliner Geschichtswerkstatt, DFG/VK, GEW

Heidenreich, Frank, 1956; Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaft, Doktorand und Bildungsreferent. Wichtigste Veröffentlichung: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983). Mitglied der SPD, GEW, SJD-Die Falken und *spw*-Redaktion

Ingersleben, Sigurd v., 1944; Dr.phil., Soziologe/Publizist. Veröffentlichungen zu Wissenschafts- und Medizintheorie, Drehbücher. Mitglied in SPD, ÖTV und *spw*-Redaktion

Kebir, Sabine, 1949; Dr.phil., Lehrtätigkeit an den Universitäten Oran und Algier. Seit 1988 freie Schriftstellerin in Berlin. Veröffentlichungen: *Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis* (1980); Übersetzung: *Gramsci und die Kultur* (1983/1987); *Ein akzeptabler Mann? Bertolt Brechts Liebesbeziehungen* (1987)

Klein, Peter, 1939; geschäftsf. Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)

Krüger, Stephan, 1953; Dr., Dipl.-Volkswirt, -Betriebswirt, -Soziologe. Veröffentlichungen u.a.: *Keynes contra Marx?* (1984), Mitglied der ÖTV

Pelinka, Peter, 1951; Redakteur der Arbeiterzeitung (AZ) Wien. Veröffentlichungen zum Austromarxismus und zur Geschichte der sozialistischen Jugend. Mitglied in SJÖ und SPÖ

Schilde, Kurt, 1947; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Arbeitsschwerpunkte und Veröffentlichungen: Jugendarbeit und Sport, Regional- und Sozialgeschichte und ihre Didaktik. Jugendopposition im Faschismus, Kulturindustrie und Ideologie. Mitarbeit in der Berliner »Geschichtswerkstatt«

Vogel, Ulla, 1955; Erzieherin, Studium der Germanistik, Mitglied der ÖTV

Zimmer, Jochen, 1947; Professor am Studiengang Sozialwissenschaften der Universität Gesamthochschule Duisburg. Jüngste Veröffentlichungen: *Besiegte Natur — Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert* (Mitautor), *Frankfurt zu Fuß* (Mitautor), *Ill. Geschichte des Arbeitersports* (Mitautor). Mitglied der Naturfreunde Bundesleitung

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus

Herausgeber:

Holger Börner · Walter Dirks · Eugen Kogon † · Johannes Rau
Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

Thema des September-Heftes:

Medien

mit Beiträgen von

Wolfgang R. Langenbacher · Wilhelm Neufeldt · Rolf Uessler

Amerika

mit Beiträgen von

**Norman Birnbaum · Klaus Bloemer · Gabriele Eckart
Anita M. Mallinckrodt · Eckard Marten**

Horst Klaus:

Eine Betriebsverfassung zur
„Lösung der Gewerkschaftsfrage?“

Manfred Scharrer:

Max Diamant – Erzählte Lebensgeschichte

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint
monatlich, kostet im Jahresabonnement DM 66.- zzgl. Versandkosten.

Abonnements und Probehefte:

Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
Postfach 20 13 52, 5300 Bonn 2

Sozialismus der Zukunft

Herausgegeben
von D. Albers
F. Heidenreich
H. Lienker
K. Neumann



Chaplin in: "Modern Times"

Mit
Beiträgen von
Diether Dehm
Joachim Ebert
Jürgen Egert
Katrín Fuchs
Frigga Haug
Jürgen Herter
Hans Janßen
Michael Krätke
Manfred Muster
Heinke Salisch
Andreas Westphal

Grundlagen für das neue Programm der SPD

spw

ISBN 3-922489-11-7

Bestellung: spw-Vertrieb

· Graefestraße 71

· 1000 Berlin 61

17,50 DM